

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2022-2023

- Bericht über die Aktivitäten im Zeitraum September 2022 bis August 2023
- Finanzbericht 1.1.–31.12.2022
- Vorschau auf 2024



Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228/60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30/57 71 328-0, Fax -11

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Stand: 24.10.2023

Bestellnr.: 23-9-01

Bildquellen: Germanwatch, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Porträtbilder der Mitarbeitenden und des Vorstands (sofern bei Redaktionsschluss vorliegend und Veröffentlichung erwünscht): privat oder Germanwatch

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

<https://www.germanwatch.org/de/89587>

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen	4
B	Die Basis unserer Arbeit.....	11
C	Unsere Arbeit.....	15
	Internationale Klimapolitik	16
	Impulse für eine ehrgeizige und kohärente Klimaaußenpolitik von Bundesregierung und EU.....	17
	Umgang mit klimawandelbedingten Schäden und Verlusten	20
	Reformen der internationalen Finanzarchitektur.....	22
	Ausblick	24
	Unternehmensverantwortung.....	29
	Europaweit unternehmerische Sorgfaltspflichten verbindlich festschreiben.....	29
	Deutsches Lieferkettengesetz konsequent umsetzen.....	30
	Schutz von Menschenrechten und Umwelt in Unternehmenslieferketten stärken	31
	Primärrohstoffbedarf durch Kreislaufwirtschaft senken	32
	Ausblick	33
	Deutsche und Europäische Klimapolitik	36
	EU: Mehr Klimaambition trotz Energie- und Sicherheitskrise	36
	Verkehr: Weichen stellen für mehr Bahn, weniger Autobahn und klimafreundlicheres Fliegen	37
	Ukraine und Westbalkan: Europäische Solidarität für den klimafreundlichen Strukturwandel gerade in Krisenzeiten stärken	38
	Energie: Infrastrukturen für die Transformation.....	39
	Deutsche Klimaschutzpolitik: Kommunen als Akteure für die Transformation	40
	„Bits & Bäume“: Weichen für eine nachhaltige Digitalisierung stellen	40
	Ausblick	41
	Welternährung, Landnutzung und Handel	44
	Deutsche und europäische Agrarpolitik nachhaltig gestalten	44
	Tierhaltung nachhaltig reformieren.....	45
	Handelspolitik und Lieferketten nachhaltig gestalten.....	47
	Ausblick	48
	Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	51
	Vom Fußabdruck zum Handabdruck	51
	Engagement mit dem Handabdruck vertiefen	52
	Jugendbeteiligung stärken und verankern.....	53
	Handabdruck Beratung – #Handwerkszeug für Zukunftshandeln	54
	Newsletter „Transformation gestalten lernen“	55
	Ausblick – #Transformation wählen und gestalten.....	55
	Pressearbeit.....	57
	Unsere Pressearbeit erreicht Leitmedien und beeinflusst Debatten.....	57
	Große Fortschritte bei der Medienkompetenz	58
	Ausblick: Ein großer Fokus auf Europawahl.....	58
	Kommunikation und Fundraising	60
	Globale Nachbarschaft in der Klimakrise.....	60
	Zukunftsfähig: Der neue Germanwatch-Podcast für eine nachhaltige globale Gesellschaft	61
	Soziale Medien: Reflektierte Kommunikation und kritische Auseinandersetzung	62
	Unser vielfältiges Informationsangebot.....	63
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen.....	65
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2022	67

A Politische Rahmenbedingungen

Perspektiven in einer Umbruchszeit

Im grellen Wetterleuchten einer Krisenkaskade (Corona, russischer Angriffskrieg auf die Ukraine und immer wieder Klima) wird weltweit um die Zukunft der ökologischen Lebensgrundlagen, der Menschenrechte und der Demokratie sowie der Rolle des Völkerrechts gerungen. Nachhaltige Energiesicherheit, Eindämmung der Klimakrise und Erhalt anderer natürlicher Lebensgrundlagen, der Kampf für soziale Gerechtigkeit, für Menschenrechte und Ernährungssouveränität, internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe für resiliente zukunftsfähige Lieferketten und wirkungsvolle, kooperative globale Governance – zentrale Germanwatch-Themen sind unübersehbar ins Zentrum der geopolitischen Auseinandersetzungen gerückt.

Sowohl unsere Arbeit zum G20-Gipfel in Indien, zur Kommentierung der deutsch-chinesischen und der deutsch-indischen Klimakooperation, als auch die Vorbereitung auf den nächsten UN-Klimagipfel waren immer stärker von der Polarisierung zwischen den USA und der aufstrebenden Supermacht China geprägt. Für die EU stellt sich immer dringlicher die Frage, ob sie zwischen den beiden Giganten – gemeinsam mit Partner:innen in der Welt – selber wirkungsvolle Akzente setzen kann. Die mit Dringlichkeit forcierten Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der EU und wichtigen lateinamerikanischen Staaten (Mercosur) sind dafür ein Beispiel: Die EU ist im Zugzwang, der Druck auf wichtige Errungenschaften europäischer Umweltpolitik durch Mercosur, wie z. B. die von Germanwatch erfolgreich mit vorangetriebene Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten, wächst. Zugleich versucht die Regierung von Großbritannien der EU handelspolitisch den Rang abzulaufen, indem sie etwa gemeinsam mit dem indischen Premierminister Narendra Modi ankündigte, ein neues Freihandelsabkommen „mit Tempo“ voranzutreiben.

Die Germanwatch-Ziele in einer durch den russischen Angriffskrieg veränderten Welt zur Geltung bringen

Der in den vergangenen Jahren klar ausgerichtete Kompass von Germanwatch zeigt gerade auch in dieser veränderten Situation die Richtung an. Zentral ist eine nach innen und außen handlungsfähige EU, die entschieden auf ein Wirtschafts- und Wohlstandsmodell zusteuert, das nicht länger systematisch ökologische Lebensgrundlagen und Menschenrechte global unterminiert. Eine EU, die global Partnerschaften eingeht, die die Interessen ihrer Partner:innen viel ehrlicher als bisher berücksichtigt und die Chance eröffnet, mit diesen gemeinsam ein neues Wohlstandsmodell zu entwickeln – all dies eingebettet in ein System der kollektiven Sicherheit, orientiert an Menschenrechten und Völkerrecht. Deutschland kann für sich genommen hingegen nur eine begrenzte, wenn auch relevante Rolle spielen. Denn Verantwortung und Relevanz Deutschlands als Gründungsmitglied, bevölkerungsreichstes Land und größte Volkswirtschaft sind enorm, um die Debatten in der EU gemeinsam mit Partnerländern zu prägen und mitzugestalten.

Das Umfeld für die Erreichung dieser Ziele hat sich durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine deutlich verändert. Die damit einhergehenden höheren Energie- und Nahrungsmittelpreise hatten und haben weltweit für viele Menschen erhebliche direkte Konsequenzen. Besonders betroffen waren und sind verletzte Länder, deren Resilienz bereits im Rahmen der Coronakrise erheblich gelitten hat. Auch über den Energie- und Nahrungsmittelsektor hinaus gab es einen kräftigen Inflationsschub.¹ Die weltweiten öffentlichen Schulden haben 2022 einen Rekordwert von 92 Billionen US-Dollar erreicht. Für die Länder des Globalen Südens verschärften nicht nur die

¹ <https://www.2030agenda.de/de/article/weltweite-staatsverschuldung-auf-rekordhoch-neuer-schuldenreport-der-vereinten-nationen>

Corona-Pandemie, die Lebenshaltungskostenkrise und die Klimakrise den Finanzierungsbedarf enorm, sondern es mangelt auch an alternativen Finanzierungsquellen. Für ihre Kredite sind die Zinssätze bis zu achtmal höher als für die der Industrieländer. Als Folge leben heute 3,3 Milliarden Menschen in Ländern des Globalen Südens, die mehr für Zinszahlungen ausgeben als für Bildung und Gesundheit. Die galoppierende Verschuldung verhindert oft dringend notwendige Investitionen in den Klimaschutz, die Anpassung an die Klimakrise und den Umgang mit Schäden und Verlusten aus Extremwetterereignissen. Auch 2022 und 2023 litten eine ganze Reihe der ohnehin verletzlichen Länder und Regionen unter Extremwetterereignissen: Überschwemmungen im Westen Afrikas und in Pakistan, extreme Hitze in Nordafrika, im Süden Lateinamerikas und in Südasien sowie seit einigen Jahren anhaltende Dürren, beispielsweise im Horn von Afrika, oder jüngst große Überflutungen in Libyen. Dieses Zusammenspiel der Krisen führt immer mehr Länder in eine Überschuldung.

Ein für die Zukunft entscheidendes Tauziehen in der globalen Energiepolitik

Viel hängt sowohl klima- als auch geopolitisch daran, wie sich die sehr volatile globale Energiesituation weiterentwickelt. Das Zusammenspiel des russischen Angriffskriegs und der bereits vorher begonnenen strategischen Absprachen der OPEC+ Staaten, die das Angebot, wann immer die Preise sanken, wieder verknappten, führte zu Rekordpreisen für Gas und Öl und entsprechenden Rekordeinnahmen der Öl- und Gas-Staaten sowie -Unternehmen.

Zugleich aber wurden Erneuerbare Energien und Energieeffizienz durch die hohen Energiepreise immer wettbewerbsfähiger. Viele Staaten investierten viel mehr als zuvor in Zukunftstechnologien. Die US-Regierung verpflichtete sich durch den Inflation Reduction Act hunderte Milliarden Dollar für den Kampf gegen die Klimakrise zu investieren. China erhöht seit Jahren den Anteil nicht fossiler Energieträger (allerdings inklusive Atomkraft) an seinem Energiemix. Bis 2030 soll er auf 25 % am Primärenergieverbrauch und bis 2060 auf 90 % steigen. Ende 2023 dürfte er bereits 18,3 % erreichen, wie die Nationale Energieagentur (NEA) im April 2023 verkündete. In Australien hat die Regierung der Clean Energy Finance Corporation (CEFC) gerade zusätzlich 13 Milliarden US-Dollar bereitgestellt, damit das Ziel von 82 % Erneuerbaren Energien bis 2030 erreicht werden kann. Die Afrikanische Union will ihre Kapazität an Erneuerbaren Energien bis 2030 versechsfachen. Auch Elektroautos boomen.

Dieser globale Wettlauf ist möglich, weil die Technologiekosten für Solar, Wind, Batterien sowie für Elektrolyseure, die zur Wasserstoffherstellung notwendig sind, dramatisch sinken. Und er treibt die Kosten weiter nach unten. Die neuen Projektionen des Jahresberichts der Internationalen Energieagentur (IEA) für 2023 lassen erwarten, dass global der Höhepunkt der Nachfrage nach Kohle, Öl und Gas nun doch schon vor 2030 erreicht wird. Fatih Birol, Chef der IEA, erläutert der Financial Times die Prognosen: „Wir erleben den Anfang vom Ende der Ära der fossilen Brennstoffe und wir müssen uns auf die nächste Ära vorbereiten.“ Das zeige, dass Klimapolitik funktioniere. Als Grund für den Rückgang nennt die IEA das schnelle Wachstum Erneuerbarer Energien wie Solar- und Windenergie. Auch das Elektroauto trage einen Teil dazu bei. Birol spricht diesbezüglich von einem „historischen Wendepunkt“. Der Generalsekretär der OPEC und damit einer der einflussreichsten Erdöl-Lobbyisten, Haitham A-Ghais, reagierte ausgesprochen nervös: „Es ist ein äußerst riskantes und unpraktisches Narrativ, fossile Brennstoffe abzulehnen oder zu suggerieren, dass sie am Anfang ihres Endes stünden.“

Die gute Nachricht ist: Die Transformation scheitert meist nicht mehr an Technologiekosten. National und international herausfordernd sind nun die Gerechtigkeitsfrage der Umsetzung sowie die notwendige immense Transformationsgeschwindigkeit in Zeiten großer Verunsicherung. Umso wichtiger sind wirkungsvolle Partnerschaften zwischen Regierungen aus Süd und Nord und zwischen den Zivilgesellschaften.

Mit unseren Partner:innen in verschiedenen afrikanischen Ländern, aber auch in Indien und Indonesien setzen wir uns dafür ein, dass Nichtregierungsorganisationen (NGOs), lokale Gemeinschaften und Bürger:innen in die Transformationsprozesse einbezogen werden und beobachten kritisch das Handeln der Regierungen. Zunehmend sehen viele in diesen Ländern etwa in der Produktion, Verarbeitung und im Export von grünem Wasserstoff und dessen Derivaten ein Zukunftsversprechen. Aber Wasserstoffpartnerschaft ist nicht Wasserstoffpartnerschaft. Es hängt sehr vom „wie“ ab, ob hier unter neuem Deckmantel unfaire Machtstrukturen fortgesetzt werden oder ob die Partnerländer tatsächlich auch eine Rolle in der Wertschöpfungskette spielen und neue Wohlstandsmodelle aufbauen können. Germanwatch macht deshalb sowohl auf Chancen als auch auf Risiken der Kooperationen aufmerksam und präsentiert gemeinsam mit Partner:innen konstruktive Vorschläge.

Sehr spannend ist auch die Entwicklung der Relevanz des jährlich von uns bei der Weltklimakonferenz (COP) vorgestellten Climate Change Performance Index (CCPI; Klimaschutz-Index)². Er wurde im Berichtszeitraum des vorliegenden Rechenschaftsberichts allein in Online-Medien über 2.300-mal zitiert. Vor allem in Indien und Australien konnte er in den letzten Monaten auch die politische Debatte beeinflussen. Zugleich nutzen immer mehr Unternehmen des Finanzmarktes diesen Index, um bei Staatsanleihen Geld in Länder mit stärkerem Klimaschutzengagement umzuschichten.

Germanwatch hat zudem durch jahrelange Vorarbeit in Konsortien mit verletzlichen Staaten und Menschen eine relevante Rolle dafür gespielt, dass beim Thema Schäden und Verluste (Loss und Damage bei besonders von der Klimakrise betroffenen Menschen und Staaten) bei der letzten COP im ägyptischen Sharm El Sheikh (COP27) erstmals ein Durchbruch erzielt werden konnte. Wir bauen dabei u. a. auf jahrelang gewachsene Partnerschaften im Globalen Süden, u. a. in Bangladesch und im Senegal. Wir nehmen zudem mit Freude wahr, dass die Klimaklage von Saúl Luciano Lliuya, die Germanwatch unterstützt, eine Triebfeder für Staaten ist, sich beim Thema Schäden und Verluste zu bewegen. Um die Transformation, die Anpassung an den Klimawandel, den Umgang mit Schäden und Verlusten und die Stärkung der natürlichen Ressourcen zu ermöglichen, wird es 2030 das 8- bis 10-fache der aktuellen Investitionen brauchen. Die zunehmend hoch verschuldeten Länder werden nur einen geringen Anteil davon selbst stemmen können.

Turbulente Zeiten auch in Deutschland und der EU

Weltweit, wie auch in Deutschland und der EU, hat sich in den letzten Monaten die Debatte über den notwendigen gerechten Umbau des Energiesystems zugespitzt: Die EU hat erfreulicherweise als Konsequenz auf die massiv gestiegenen Energiepreise insgesamt nicht die Klimapolitik verlangsamt, sondern hat im Berichtsjahr ihr Fit-for-55-Klimaschutzprogramm für die Zeit bis 2030 in fast allen Details mit wegweisenden Entscheidungen u. a. für einen deutlich beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien beschlossen. Unter kräftiger Mithilfe von Germanwatch hat etwa ein deutlich gestärkter EU-Emissionshandel einen starken Schub für die Emissionsminderungen im Energie- und Industriesektor erzeugt. Es ist nun davon auszugehen, dass gegen 2030 der Kohleausstieg in der EU umgesetzt wird. Und etwa zehn Jahre später wird demnach auch die Industrie komplett auf treibhausgasneutrale Geschäftsmodelle umgestellt sein.

Doch zugleich blieben – trotz eines massiv beschleunigten Ausbaus der Erneuerbaren Energien – die Fortschritte bei den Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland, insbesondere in den Sektoren Verkehr und Gebäude, hinter den Erwartungen zurück. Zu groß sind trotz allen Drucks der aktiven Zivilgesellschaft die Widerstände aus Teilen der Bevölkerung und Regierung. Zu ungeschickt wurde das Heizungspaket angegangen. Zu sehr verhetzten eine Koalition von fossiler Lobby (etwa Prometheus-Institut), Bild-Zeitung und einige Akteur:innen aus der FDP auch die konstruktiven Ansätze des Gesetzes. Es zeichnet sich deshalb ab, dass Deutschland das sich selbst – nach

2 <https://ccpi.org>

entsprechendem Druck des Bundesverfassungsgerichts – zugestandene Treibhausgasbudget für die Zeit nach 2030 deutlich überschreiten wird.

Immerhin: Germanwatch konnte auch in den Problemsektoren an wichtigen Weichenstellungen für den Klimaschutz in den kommenden Jahren mitwirken: Im Verkehrsbereich haben wir unseren Anteil geleistet, dass sich nun wirkmächtige gesellschaftliche Allianzen für mehr innereuropäischen Zugverkehr, weniger und klimafreundlicheres Fliegen und die zentrale Umsteuerung der Staatsinvestitionen vom Straßenneubau in die unterfinanzierte Schiene bilden. Für die Gebäudesanierung insbesondere bei den am schlechtesten gedämmten, vor der ersten Wärmeschutzverordnung 1976 errichteten Gebäude, haben wir in einem größeren Konsortium ein Konzept erarbeitet, wie durch sogenanntes Energie-Contracting viele der Sorgen in Bezug auf Bezahlbarkeit, soziale Hürden, mögliche Überforderung usw. recht elegant überwunden werden könnten. Wir hoffen, dass dies in den nächsten Monaten noch politisch aufgegriffen wird.

Für eine erfolgreiche Transformation der Industrie

Intensiv begleiten wir auch die Transformation der Industrie. Die europäische Industrie steht vor großen Herausforderungen. Neben hohen Energiepreisen und steigenden Zinsen sehen sich viele Unternehmen auch einem wachsenden Arbeitskräftemangel, Lieferkettenproblemen und zunehmender Konkurrenz aus den USA, China und anderen asiatischen Ländern ausgesetzt. Gleichzeitig stellt der dringliche Kampf gegen den Klimawandel Industrieunternehmen vor die Herausforderung, innerhalb von zwei Jahrzehnten eine tiefgreifende Industrietransformation zu bewerkstelligen. Spätestens 2045 muss Deutschland klimaneutral sein und damit auch alle in Deutschland tätigen Unternehmen. Für die EU gilt das derzeit für 2050.

Deutschland ist mit seinem starken industriellen Kern hier in einer anderen Situation als die anderen EU-Länder. So hat Deutschland etwa die größte Chemieindustrie Europas. Diese produziert 10 – 20 % weniger als vor dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022. Obwohl die Gaspreise mittlerweile ausgehend von ihrem Höchststand deutlich gesunken sind, hat sich die Produktionsmenge nicht wieder deutlich erhöht. Damit stellt sich die Frage: Wie können Schwerindustrie und energieintensive Mittelständler so unterstützt werden, dass sie sich zügig transformieren – rasch weg von den Importen von Öl und Gas – und durch eine Innovations- und Investitionswelle im Zeichen von Treibhausgasneutralität und Kreislaufwirtschaft eine neue europäische Industrie aufbauen? Wie kann das gelingen trotz des Wettbewerbsdrucks vor allem aus den USA und aus China? Die Stahlindustrie in Deutschland – wir sind im intensiven Dialog etwa mit Thyssen Krupp und Salzgitter – tätigen jetzt mit staatlicher Unterstützung die ersten großen transformativen Investitionen, ähnlich wie ihre Konkurrenten etwa in den USA oder Skandinavien.

Eine erfolgreiche Transformation der Industrie in der EU und in Deutschland ist die Grundlage dafür, dass die EU und Deutschland auf der geopolitischen Bühne mit den zwei Supermächten USA und China noch etwas zu melden haben. Eine weitgehend deindustrialisierte EU wäre einerseits ein abschreckendes Beispiel für die Schwellenländer, die ihre Transformation voranbringen müssen. Zum anderen würde es das Gewicht der EU diplomatisch (bilateral, innerhalb von G20, UN, Welthandelsorganisation, ...) massiv schwächen. Wenn aber in Europa die Transformation gelingt, dann bietet die Kooperation mit anderen sich transformierenden Regionen in der Welt auch enorme ökonomische Chancen. Internationale grüne Rahmensetzungen, grüne Leitmärkte usw. liegen auch im wohlverstandenen Eigeninteresse.

Für eine zukunftsorientierte Wirtschaft, die die Grenzen des Planeten und die Menschenrechte auch in der Lieferkette respektiert, ist auch das EU-Lieferkettengesetz sehr relevant, das derzeit verhandelt und wohl noch in dieser EU-Legislatur verabschiedet wird. Wir setzen uns – koordinierend für die Zivilgesellschaft – mit voller Kraft dafür ein, dass dieses Gesetz die Schwächen des deutschen Lieferkettengesetzes ausgleicht.

Der G20-Gipfel in Indien im September 2023 hat wie ein Brennglas die Herausforderungen für die Klimadebatte in diesem Jahr verdeutlicht.

Der G20-Gipfel legte die Grundlage für einen Beschluss auf der nächsten Weltklimakonferenz in Dubai (COP28), die Kapazität Erneuerbarer Energien bis 2030 zu verdreifachen. Zugleich unterstützen die G20-Staaten das Ziel, den ärmeren Ländern Zugang zu billigem Geld zu organisieren, damit sie von diesem Boom auch profitieren.

Die Unterstützung für das kurz zuvor von der Afrikanischen Union ausgerufene Ziel, ihre Kapazitäten an Erneuerbare Energien bis 2030 zu versechsfachen, ist ein wichtiger Prüfstein für diese Ankündigung.

Allerdings konnten sich die G20-Staaten noch (?) nicht dazu durchringen, die fossilen Energien gleichzeitig so runterzufahren, dass der von der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) vorgezeichnete 1,5 °C-Pfad noch erreicht werden könnte. Dies würde bedeuten, zwei Drittel des globalen Strommixes bis 2030 auf der Basis Erneuerbarer Energien bereitzustellen.

Saudi-Arabien und Russland verhinderten beim G20-Gipfel, dass zumindest das Runterfahren von „unabated“ Öl und Gas zusätzlich zu Kohle angekündigt wurde (bei sog. „unabated“ Emissionen handelt es sich um unverminderte Emissionen, die nicht durch die Abscheidung und Lagerung von CO₂ reduziert wurden; bei der Verwendung des Begriffs bei politischen Beschlüssen ist es zentral, dass dabei zumindest die Definition des Weltklimarats IPCC zu Grunde gelegt wird, um den Ausstieg aus fossilen Energien voranzutreiben und Schlupflöcher zu vermeiden). Denn klar ist: bis 2030 kann nicht die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (Carbon Capture and Storage – CCS), sondern nur ein massives Runterfahren

von Kohle, Öl und Gas den Weg bahnen, dass die Emissionen um gut 40 % sinken, was für einen 1,5 °C-Pfad nötig wäre. Kann hier die nächste Weltklimakonferenz in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in einem der großen Ölländer, Fortschritte bringen?

Zentral ist diesbezüglich, dass es nicht ein wertloses Lippenbekenntnis bleibt, dass die G20-Staaten, die für 80 % der globalen Emissionen verantwortlich sind, beim G20-Gipfel mehr Tempo und Geld für die Umsetzung der Pariser Klimaziele versprochen haben. Interessant ist, dass Brasilien, das die Weltklimakonferenz 2025 ausrichten wird, die G20 dazu bewegen will, die Emissionen zügig um 80 % zu verringern und zugleich die Kluft zwischen Arm und Reich um 80 % abzubauen.

Es mehren sich die Anzeichen, dass es den Industrieländern dieses Jahr erstmals gelingen könnte, die jährlich versprochenen 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Anpassung in ärmeren Ländern zu mobilisieren. In den nächsten Monaten geht es nun darum, die multilateralen Entwicklungsbanken so umzubauen, dass sie Klimaschutz und Anpassung in armen Ländern viel wirkungsvoller als bisher unterstützen können. Zentral ist auch ein Finanzierungsziel für Anpassung. Auf diesen Grundlagen gilt es dann auch, darum zu ringen, dass die reichen Öl- und Schwellenländer – wie China – sich an der Klimafinanzierung beteiligen.

Gut, dass es G20-Konsens war, die Unterstützung für die Menschen, die von Schäden und Verlusten angesichts der Klimakrise betroffen sind, zu operationalisieren, auch durch den im letzten Jahr beschlossenen neuen Fonds für Schäden und Verluste und durch den globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken.

Der Verunsicherung entgegenwirken

Deutlich ist, dass sich ein nicht unerheblicher Teil der Bürger:innen durch die Coronakrise, durch hohe Energiepreise und die hohe Inflation, aber auch durch die notwendige Transformation aus ihrer Komfortzone herausgedrängt fühlt. Während dieser Bericht entsteht, kommt die AfD in Gesamtdeutschland auf gut 20 % und ist in Ostdeutschland in den Meinungsumfragen sogar die stärkste Partei. Es gilt diejenigen gezielt und wirkungsvoll anzusprechen, die aktuell am wenigsten Halt in unserer Gesellschaft finden – denen aus Enttäuschung oder Selbstbezogenheit das Gefühl von Gemeinschaft verloren gegangen ist. Indem wir glaubwürdig Perspektiven des konstruktiven Umbaus für betroffene Regionen, Unternehmen und Menschen entwickeln; indem wir in gesellschaftlichen Netzwerken unsere Themen mit den Antworten auf zentrale Themen verknüpfen, die den Menschen neben dem Klimawandel unter den Nägeln brennen: die Bildungskrise, die Krise des Gesundheits- und Pflegesystems, die zerbröselnde Infrastruktur von Schienen bis hin zu Brücken; indem wir ungewöhnliche Allianzen mit Unternehmen, Gewerkschaften, Akteur:innen des Gesundheitssystems usw. aufbauen, die ganz andere gesellschaftliche Gruppen als wir ansprechen.

Die immer stärker spürbaren Folgen der Klimakrise verunsichern auch viele Kinder und Jugendliche. Zur Unzufriedenheit trägt bei, dass Kinder und Jugendliche vom Handeln der Politik und dessen Auswirkungen in der Zukunft sehr stark betroffen sind, aber wenig Mitsprachemöglichkeiten haben. Ein lange nicht für möglich gehaltener großer Krieg vor der eigenen Haustür – in der Ukraine – sorgt für eine Zunahme der Verunsicherung. Das Bildungssystem reagiert unzureichend auf diese Herausforderungen: 86 % aller Lehrer:innen haben in ihrer Ausbildung nichts oder wenig von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gehört. Die notwendigen Freiräume, um sich motivierend mit den Herausforderungen einer nachhaltigen Transformation der Gesellschaft auseinanderzusetzen existieren im Schulsystem kaum. Außerschulische Akteur:innen bieten hier bereits spannende Angebote. Der Bildungsbereich von Germanwatch ist mit dem Bildungs- und Engagementkonzept des gesellschaftlichen und politischen Handabdrucks gut aufgestellt, um passende Handlungsoptionen für die Herausforderungen zu liefern und Transformation gestalten zu lernen. Es freut uns sehr, dass der Handabdruck immer mehr wahrgenommen, nachgefragt und vor allem aufgegriffen wird.

Ausblick: die Europawahl im Juni 2024 wird sehr relevant

Intensiv haben wir uns bei der Herbstklausur unseres Teams und Vorstands mit der Frage auseinandergesetzt, welche Akzente wichtig sind für die Europawahl 2024, die eine Schicksalswahl für Europa werden könnte. Ausgehend davon, wo die Bürger:innen nach den derzeitigen Umfragen eine starke Rolle der EU sehen wollen, haben wir drei Kernpunkte identifiziert:

- Zwischen den EU-Staaten hat es nach zwei Weltkriegen keinerlei Kriege mehr gegeben. Die EU schafft Sicherheit. Diese Qualität schätzen die deutschen Wähler:innen am meisten an der EU. Das ist auch ein wichtiger Grund, warum viele Staaten in die EU wollen. Durch eine nach innen und außen stringente Umsetzung des European Green Deals kann die EU für die Eindämmung der größten Sicherheitskrisen – Klima und Biodiversität – gemeinsam mit Partner:innen in der Welt auch angesichts der neuen Herausforderungen Sicherheit befördern.
- Unser Wohlstandsmodell ist – gerade in Deutschland – zu einem großen Teil vom Handel mit den EU-Partner:innen abhängig. Wenn es nun gelingt, den Industriekern in Deutschland und der EU zukunftsfähig zu transformieren, kann diese Wirtschaft Träger eines neuen Wohlstandsmodells sein, das nicht mehr Menschenrechte und ökologische Lebensgrundlagen untergräbt, sondern auf Partnerschaften auf Augenhöhe auch mit ärmeren Ländern setzt.

- Die Mehrheit der Deutschen kritisiert, dass die EU international nicht als relevant (genug) wahrgenommen wird. Eine Außenpolitik, die wirkungsvoll den Umbau des Energiesystems, den Klimaschutz, die Menschenrechte und die Armutsbekämpfung mit unseren geopolitischen Interessen verknüpft, kann gemeinsam mit Partnerländern ein relevantes und notwendiges Gegengewicht gegen andere Tendenzen der Supermächte USA und China setzen.

Aber lesen Sie in den folgenden Kapiteln selbst, wie vielfältig sich unser Team mit all seinen Bereichen in diesem Sinne engagiert.

Ein dickes Dankeschön an ein tolles Team

Es ist immer wieder faszinierend zu sehen, wie unser Team selbst in den Fällen, wo die Großwetterlage deprimierende Signale sendet, mit Analyse, Strategie, Wirkkraft und bisweilen auch einer Prise Humor reagiert. Als Vorstand und Geschäftsführung freuen wir uns darüber, das zu sehen und unterstützen zu können. DANKE! Germanwatch wird hoffentlich durch seine Weiterentwicklung ein noch agilerer und fundierterer Kompetenzträger.

Wir wünschen Ihnen nun viel Freude bei der spannenden Lektüre der Berichte über die Arbeit der vergangenen 12 Monate in unseren Arbeitsbereichen.

B Die Basis unserer Arbeit

Der Erfolg von Germanwatch ruht auf den Schultern von vielen Menschen, die dabei unterschiedliche Verantwortung und Rollen übernehmen. Gemeinsam mit Mitgliedern und Förderer:innen sowie haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen konnte Germanwatch in den vergangenen zwölf Monaten erneut wirkungsmächtige Akzente setzen, auf die wir im Kapitel C (Unsere Arbeit) ausführlicher eingehen.

Unsere Mitglieder und Spender:innen

Zu Germanwatch gehören aktuell 929 Mitglieder, darunter 409 stimmberechtigte Mitglieder, 509 Fördermitglieder und 11 Ehrenmitglieder (Stand 27.09.2023).

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
535	560	575	603	600	632	644	675	709	779	824	838	857	929

Tabelle B.1: Mitgliederentwicklung seit 2010.

Neben den Mitgliedern gibt es einen noch größeren Kreis von Menschen, die Germanwatch auf anderen Wegen unterstützen: mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen oder durch aktive Mitarbeit in der ein oder anderen Form. Die nicht projektgebundenen finanziellen Beiträge der Mitglieder und Spender:innen sichern ganz besonders unsere Unabhängigkeit und den langen Atem der Organisation. Die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen haben auch 2022 wieder – in absoluten Zahlen gerechnet – einen neuen Höchststand erreicht. Wir wissen die deutliche Steigerung sowohl bei freien Spenden als auch bei den Mitgliedsbeiträgen in solch herausfordernden Zeiten sehr zu schätzen. Bei allen Unterstützer:innen bedanken wir uns herzlich!

Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Kapitel E (Finanzbericht) gesondert vorgestellt.

Vorstand und Ehrenvorsitzender

Die Umsetzung der gemeinnützigen Ziele von Germanwatch, der Projekte und des öffentlichen Auftritts liegt vor allem in den Händen der Mitarbeiter:innen der beiden Büros in Bonn und Berlin, der Geschäftsführung sowie des ehrenamtlichen Vorstands.

Der Vorstand tagt im Abstand von ein bis zwei Monaten und bringt sich auch darüber hinaus in seinem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit und öffentliche Präsenz von Germanwatch ein. Seine Mitglieder ebenso wie der Ehrenvorsitzende nehmen dabei auch hochrangige Advocacy-, Repräsentations- und Vernetzungsaufgaben wahr. Während Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeiter:innen finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung von Germanwatch statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

Strukturelle Weiterentwicklungen innerhalb von Germanwatch

Konsequent entwickelt sich Germanwatch auch strukturell weiter. Im Folgenden berichten wir über einige wichtige Entwicklungen.

Die bisherige Teamstruktur wurde zu einer Bereichsstruktur weiterentwickelt. Diese beinhaltet auch, dass wir innerhalb der größeren Bereiche und bereichsübergreifend Cluster etablieren, um einerseits mehr Agilität zu ermöglichen und andererseits unseren tollen, erfahrenen Mitarbeiter:innen mehr Wirkmächtigkeit zu erlauben.

Eine achtsame, angstfreie, respektvolle und diskriminierungssensible Arbeitsumgebung ist uns wichtig. Dies unterstützen wir mit der Ernennung unserer beiden Diversity-Managerinnen – Julia Grimm und Sylwia Andralojc-Bodych – sowie der Implementierung einer externen Ombudsperson. Unsere Diversity-Managerinnen haben erste Diversity-Trainings organisiert und entsprechende Impulse wurden bei einer Germanwatch-Klausur mit allen Mitarbeiter:innen vertiefend diskutiert. Zudem wurden Debatten über blinde Flecken auch in der eigenen Organisation angestoßen.

Viele Germanwatch-Kolleg:innen in den politischen Bereichen haben in puncto Medienkompetenz einen großen Schritt nach vorn gemacht. Dies gelang durch interne Schulungen zu Interviews, O-Tönen und Pressemitteilungen sowie mit Hilfe eines externen Mediencoaches.

Auch haben wir interne Schulungen in Bezug auf Advocacy-Arbeit aufgebaut. Bezüglich dieser Arbeitsweise gehören wir zu den erfahrensten Organisationen zu unseren Themen und wollen diesen Schatz an Wissen an die vielen Mitarbeiter:innen weitergeben.

Geschäftsführung und Mitarbeiter:innen

Als Resultat der erfolgreichen Akquise von zusätzlichen Projektmitteln und wachsenden Einnahmen durch Spenden und Mitgliedsbeiträge konnte Germanwatch seine Aktivitäten in den letzten Jahren erfreulicherweise deutlich ausweiten und die Anzahl der Mitarbeiter:innen auch im Berichtsjahr trotz dynamischen Umfeldes bei gut 100 stabilisieren.

Die Geschäftsführung liegt seit 2005 in den Händen von Christoph Bals und Dr. Gerold Kier. Kompetent unterstützt werden sie dabei von Katharina Hierl als Referentin der Politischen Geschäftsführung sowie von Sandra Ulsperger als Referentin der Administrativen Geschäftsführung, die auch dem Vorstand als Assistenz zur Seite steht, sowie seit Oktober 2022 von Ramona Sander als Assistenz der Geschäftsführung. Den Bereich der Projektakquise und -kommunikation verantwortet wirkungsvoll Susanne Laudahn. Sie alle sind wichtige Garant:innen für unseren Erfolg.

Die Politische Leitung unserer Aktivitäten am Standort Berlin wird von Lutz Weischer wahrgenommen – dies beinhaltet auch das Wahrnehmen vieler damit verknüpfter hochrangiger Außenvertretungskontakte. Zu seinen thematischen Schwerpunkten zählen die EU-China-Strategie, europäische Klimaaußenpolitik und entwaldungsfreie Lieferketten. Darüber hinaus ist das Weiterentwickeln der politischen Germanwatch-Gesamtstrategie in Kooperation mit Geschäftsführung und Bereichsleiter:innen eine zentrale Aufgabe – insbesondere zu Querschnittsthemen, die mehrere Germanwatch-Bereiche betreffen.

Eine weitere wichtige Basis für unsere Arbeitsfähigkeit bildet der Bereich IT und Infrastruktur: Es stellt die – gerade im Zeitalter der Digitalisierung wichtiger gewordenen – Lösungen für Informations- und Kommunikationstechnologien sowie für die Büroinfrastruktur zur Verfügung. Er arbeitet an deren Weiterentwicklung, leistet Support und erarbeitet Lösungen für die speziellen technischen Erfordernisse einzelner Projektmaßnahmen.

Zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch leisten außerdem ehrenamtliche Mitarbeiter:innen, Praktikant:innen, Honorarkräfte sowie Teilnehmer:innen am Freiwilligen Sozialen Jahr im Politischen Leben einen regelmäßigen und wichtigen Beitrag.

Die erfolgreiche Arbeit eines solchen Teams erfordert selbstverständlich eine professionelle Personalverwaltung. Diese wird – einschließlich der mit Stellenschaffungen und -wechseln verbundenen Stellenbesetzungsprozesse – vom Bereich Personal, Finanzen und Verwaltung geleistet (Übersicht der Mitarbeiter:innen dieses Bereiches sowie von IT und Infrastruktur siehe Seite 14).

Der besondere Dank und vor allem außerordentliche Respekt des Vorstands gilt der Geschäftsführung, den Bereichsleiter:innen und unseren Mitarbeiter:innen sowie allen Personen und Institutionen, die die Arbeit von Germanwatch weiterhin und teilweise verstärkt unterstützen.

Ausgewählte Resultate der Tätigkeit des Germanwatch-Teams – von der fachlichen Arbeit über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Finanzen – werden ebenso wie die dahinterstehenden Mitarbeiter:innen in den folgenden Kapiteln dargestellt.

Geschäftsführung und Mitarbeiter:innen






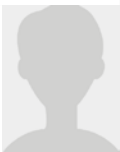

Germanwatch-Vorstand

	Silvia Kreibehl Vorstandsvorsitzende		Ingmar Jürgens Stellvertretender Vorstandsvorsitzender		Michael Windfuhr Schatzmeister
	Sven Harmeling Vorstandsmitglied		Anne-Kathrin Kirchhof Vorstandsmitglied		Prof. Dr. Stefanie Lorenzen Vorstandsmitglied
	Dr. Karl-Eugen Huthmacher Vorstandsmitglied		Fiona Marker Vorstandsmitglied		Dr. Artur Runge-Metzger Vorstandsmitglied
	Dr. Klemens van de Sand Vorstandsmitglied				

Ehrenvorsitzender

	Klaus Milke Ehrenvorsitzender
-------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------

Geschäftsführung und Stabsstellen

	Christoph Bals Politischer Geschäftsführer		Dr. Gerold Kier Administrativer Geschäftsführer		Lutz Weischer Politische Leitung Berlin
	Katharina Hierl Referentin der Politischen Geschäftsführung		Susanne Laudahn Referentin Projektabwicklung und -kommunikation		Ramona Sander Assistentin der Geschäftsführung (seit 10/2022)
	Sandra Ulsperger-Wittig Referentin für Wissens- & Prozessorganisation und Assistentin des Vorstands				

Unentgeltlich tätige Mitarbeiter

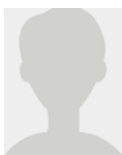


Dr. Will Frank †

Berater für Klimarecht

Wir trauern um Will Frank, mit dem wir die letzten 15 Jahre großartig zusammengewirkt haben. Für seine unschätzbaren Verdienste in der juristischen Debatte um Klimaklagen sind wir ihm zu großem Dank verpflichtet.

IT und Infrastruktur



Karsten von Berg

Bereichsleiter
IT und Infrastruktur



Alexander Festl

Fachkraft für
IT und Infrastruktur

Finanzen, Personal und Verwaltung



Lisa Claus

Bereichsleiterin
Finanzen, Personal und
Verwaltung



Ulrike Koll

Bereichsleiterin
Finanzen, Personal und
Verwaltung



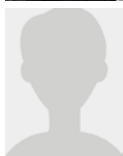
Yvonne Horstink

Bereichsleiterin
Finanzen, Personal und
Verwaltung



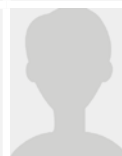
Heike Blankenstein

Referentin
Finanzen und
Projektcontrolling



Amelie Bornemann

Referentin
Finanzen und
Projektcontrolling
(seit 04/2022)



Ljiljana Djuric

Sekretariat und
Projektassistenz
Büro Berlin



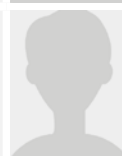
Maria Fiedler

Referentin
Finanzen und
Projektcontrolling



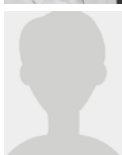
Marie Genger

Personalreferentin
(seit 09/2022)



Anne-Maria Illés

Referentin
Finanzen und
Projektcontrolling



Veronika Kaiser

Referentin
Finanzen und
Projektcontrolling
(seit 11/2022)



Julia Keller

Personalreferentin



Gabriela Maldonado Castro

Assistentin internationale
Projektfinanzadministration
(bis 03/2023)



Judit Mays

Personalreferentin



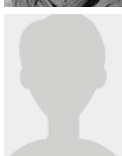
Tanja Morgner

Referentin
Finanzen und
Projektcontrolling



Christine Noel

Referentin
Finanzen und
Projektcontrolling
(seit 08/2023)



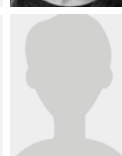
Brigitte Rolfes

Referentin
Finanzen und
Projektcontrolling



Sandra Röttger

Personalreferentin
(seit 01/2023)



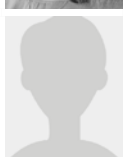
Beate Runze

Referentin
Finanzen und
Projektcontrolling
(bis 10/2022)



Andrea Taubert

Sekretariat und
Projektassistenz



Heike Zbick

Referentin
Finanzen und
Rechnungswesen

Mit Unterstützung von Carolina Groß sowie von unseren Freiwilligen (Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben): Jolana Bosse, Leonardo Martin Dimeo, Pia Enders, Hannah Fuge, Zoe Hollmann, Antonia Koch, Elisabeth Lettinga, Frieda Meckel, Frida Marei Mühlhoff, Tara Runze, Niklas Schweitzer, Monica Tavares Krause, Julian Zirinig.

C Unsere Arbeit

In herausfordernden Zeiten setzt Germanwatch Akzente für ein Deutschland und eine EU, die nach innen und außen handlungsfähig sind. Es geht uns darum, dass wir demokratisch und mit Partner:innen in der Welt den Rahmen für ein Wohlstandsmodell etablieren, das die ökologischen Lebensgrundlagen und Menschenrechte der heutigen und künftigen Generationen hier und anderswo schützt. Dazu brauchen wir mehr Gerechtigkeit – hier und global.

Die sozial-ökologische Transformation erfordert eine weise, vorausschauende und integrative Analyse, deren Ausgangspunkt der lauter werdende Schrei der Verletzlichsten und der Natur ist. Unser Team deckt zentrale kritische Themen ab, denkt vernetzt und entwickelt konstruktive Narrative. Die Dringlichkeit, möglichst schnell aus Öl und Gas auszusteigen, hat durch den russischen Angriffskrieg oder auch die fossile Finanzierung der Revolutionsgarden des Iran noch zusätzliche Argumente erhalten. Aber die Transformation muss auch so gestaltet werden, dass sie hier und global neue konstruktive Perspektiven auf- und ungerechte Strukturen abbaut.

Mit klarem Kompass in diesem Sinn trotz aller Herausforderungen Perspektiven für unsere Gesellschaft und global aufzuzeigen, das zeichnet unser Team aus: Den **Schutz der Lebensgrundlagen** zu sichern, um – wie vom Bundesverfassungsgericht 2021 dargelegt – den Freiheitsraum auch für künftige Generationen zu bewahren. Die **Menschenrechte** als Richtschnur für die politische Gestaltung durchzusetzen, ist gerade in Krisenzeiten besonders relevant. Regierungen dürfen Menschen nicht durch eigene Politikmaßnahmen von der Umsetzung einzelner Menschenrechte ausschließen („Achten der Menschenrechte“). Sie müssen die Wirtschaft kontrollieren, um Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden („Schutz“). Schließlich müssen sie ein Maximum der verfügbaren Ressourcen einsetzen, um alle Menschenrechte möglichst weitgehend umzusetzen („Gewährleisten“) – und wo nötig andere dabei international unterstützen. In Zeiten, wo die Zivilgesellschaft weltweit unter Druck gerät, wird das immer wichtiger. Mehr **Gerechtigkeit** in Krisenzeiten bedeutet die schwächsten und verwundbarsten Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und Prozesse, die Menschen ausschließen, konsequent abzubauen. In der deutschen Umweltdebatte sind wir gegenüber anderen Verbänden und der Politik in Deutschland sowie der EU geduldiger und stetiger Anwalt der internationalen Perspektive.

Unsere fünf politischen Teams haben – unterstützt von den Teams, die die Basis unserer Arbeit sichern und wichtige Querschnittsaufgaben leisten – in den letzten zwölf Monaten wichtige Meilensteine auf dem Weg zum Erreichen dieser Ziele vorangebracht.

Internationale Klimapolitik

Der Globale Süden ist erheblich von den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine getroffen. Eine beschleunigte Inflation durch steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie die Effekte des Kapitalabflusses aufgrund veränderter Geldpolitik im Globalen Norden hat viele Länder im Globalen Süden und insbesondere die verletzlichsten, deren Resilienz bereits im Rahmen der Coronakrise erheblich geschwächt wurde, erneut stark getroffen. Auch 2022 und 2023 litten einige von ihnen unter Extremwetterereignissen – Überschwemmungen im Westen Afrikas und in Pakistan, extreme Hitze in Nordafrika, im Süden Lateinamerikas und in Südasien sowie seit einigen Jahren anhaltende Dürren beispielsweise im Horn von Afrika. Die Klimakrise gepaart mit den zuvor genannten Krisen führt immer mehr Länder auch in eine Überschuldung. Die galoppierende Verschuldung verhindert die Möglichkeit von Investitionen in den Klimaschutz, die Anpassung an den Klimawandel und den Umgang mit Schäden und Verlusten aus Extremwetterereignissen. Gleichzeitig sinken Technologiekosten für Solar, Wind, Batterien und Elektrolyseure, die für die Wasserstoffherstellung notwendig sind, dramatisch. **Weltweit beteiligen sich Länder an der Energietransformation** – selbst stark von Kohle abhängige Länder wie Südafrika, Indonesien oder Indien. Die hohen Kosten für Öl und Gas beschleunigen diesen Prozess weiter. Germanwatch begleitet diese Transformation wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich eng. Mit unseren Partner:innen in afrikanischen Ländern, aber auch in Indien und Indonesien setzen wir uns dafür ein, dass NGOs, lokale Gemeinschaften und Bürger:innen in die Transformationsprozesse einbezogen werden. Dabei fördern wir auch den **zivilgesellschaftlichen Austausch** – beispielsweise zwischen Ländern, die eine Partnerschaft für die sozialgerechte Energiewende (Just Energy Transition Partnership – JETP) geschlossen haben. Zunehmend sehen Länder etwa in der Produktion, Verarbeitung und im Export von grünem Wasserstoff und dessen Derivaten ein Zukunftsversprechen. Germanwatch macht dabei auf Chancen und Risiken aufmerksam und präsentiert gemeinsam mit Partner:innen konstruktive Vorschläge.



Auch wenn der mittlere globale Temperaturanstieg „erst“ bei 1,1 – 1,2 °C liegt, sehen wir allorts bereits die Auswirkungen des Klimawandels. Umso wichtiger wird die **Stärkung der Resilienz**. Die langjährige Arbeit von Germanwatch mit Partner:innen zum Umgang mit Schäden und Verlusten erreichte bei der Weltklimakonferenz im ägyptischen Sharm El Sheikh (COP27) einen historischen Höhepunkt mit der Grundsatzvereinbarung zur Einrichtung eines **neuen Fonds sowie weiteren Finanzierungs- und Absicherungsmaßnahmen für Schäden und Verluste**. Germanwatch förderte diesen Prozess maßgeblich durch informelle Treffen auf Regierungs- und Nichtregierungssebene, durch wissenschaftliche Beiträge und Prozessvorschläge. Wir bauen dabei auf jahrelang gewachsene

Partnerschaften mit Partner:innen im Globalen Süden, u. a. in Bangladesch und im Senegal. Um die Transformation, die Anpassung an den Klimawandel, den Umgang mit Schäden und Verlusten und die Stärkung der natürlichen Ressourcen zu ermöglichen, wird es 2030 das 8- bis 10-fache der aktuellen Investitionen brauchen. Die zunehmend hoch verschuldeten Länder werden nur einen geringen Anteil davon selbst stemmen können. Die **Länder des Globalen Nordens haben hierbei eine historische Verantwortung**. In der Kombination von glaubwürdiger Umsetzung zu Hause und globalen Partnerschaften der Umsetzung liegt auch deren größte Hebelwirkung für globalen Klimaschutz. Wir fordern die Bundesregierung deshalb regelmäßig dazu auf, ihre **internationalen Versprechen für Klimafinanzierung** einzuhalten und auszuweiten. Finanzkanäle, die wir dabei stets zu stärken versuchen, sind die multilateralen Finanzierungsmechanismen unter der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC). Dies tun wir im Sinne der Mitbestimmung der Ärmsten und Verletzlichsten und der Stärkung des Multilateralismus.

Klar ist aber auch, dass die öffentlichen Haushalte im Globalen Norden Grenzen erreichen. Gelder aus bestehenden Quellen müssen besser genutzt und neue Quellen müssen erschlossen werden. Germanwatch setzt sich deshalb auf vielen Ebenen dafür ein, dass **Deutschland ein Champion der sogenannten Reform der internationalen Finanzarchitektur** wird. Gemeinsam mit nationalen Partner:innen engagieren wir uns dafür, dass Lösungen zur Minderung der Schuldenlast der hochverschuldeten Länder gefunden werden, neue globale Abgaben für Verschmutzer erhoben werden und dass sich der Internationale Währungsfonds (IWF) und die multilateralen Entwicklungsbanken (MDB) reformieren. Mit Partner:innen haben wir konkrete Vorschläge erarbeitet, wie die MDBs ihr Portfolio tatsächlich am Pariser Klimaabkommen ausrichten können. Dabei legen wir Schlupflöcher in der Vergabepaxis der Banken offen, unterstützen aber auch positive und robuste Ansätze. Letztlich wird jedoch ein **Großteil der Investitionen vom Privatsektor** kommen müssen. Noch gibt es verschiedene Lager in der Realwirtschaft zu der Frage, wie schnell die Transformation angegangen werden soll. Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine spielen durch steigende Energiekosten auch hier eine Rolle. Viele Unternehmen haben Sorge vor zusätzlichen kurzfristigen Kosten aufgrund von ambitionierter Sustainable-Finance-Regulierung. Gleichzeitig fordert der Finanzsektor genau dies mehr und mehr ein. Wir setzen uns etwa im Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung dafür ein, dass die Agenda zügig vorangetrieben wird. Wir sind überzeugt, dass eine **gelingende Transformation den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken** wird. Immer mehr Akteur:innen im Finanzmarkt greifen selbst aktiv auf das Know-How von Germanwatch zurück. Sie ziehen etwa den **Climate Change Performance Index**³ (CCPI; Klimaschutz-Index) zurate, um ihre Investitionen stärker am Klimaschutz auszurichten. So beeinflussen wir wissenschaftsbasiert indirekt Investitionsentscheidungen im Milliardenumfang.

Impulse für eine ehrgeizige und kohärente Klimaaußenpolitik von Bundesregierung und EU

Germanwatch stärkt die Klimapolitik als eine zentrale Säule in der Außenpolitik der Bundesregierung und der EU. Wir geben wichtige Impulse für eine explizite Klimaaußenpolitik über die Sicherheitsstrategie bis hin zu regionalen Strategien, wie z. B. die China-Strategie und Strategien für neue Klimapartnerschaften.

Deutschland hat den Anspruch, Vorreiter im internationalen Klimaschutz zu sein. Eine gelingende gesellschaftliche Transformation und das Erreichen ambitionierter Klimaziele kann eine große Strahlkraft entfalten und die deutsche und europäische Verhandlungsposition gegenüber anderen Ländern stärken. Mit den eigenen Klimaschutzziele ist ein fairer Anteil an 1,5°C-kompatiblen Emissionsminderungen für Deutschland und die EU ohne einen internationalen Beitrag

3 <https://ccpi.org/>



Das internationale Klimapolitikteam ist zum Strategietreffen nach Bremerhaven gefahren, wo sich auch das Klimahaus befindet.

allerdings nicht mehr möglich. Der Klimaaußenpolitik und den Partnerschaften kommt daher eine zentrale Bedeutung zu.

Im Jahr 2023 hat die Bundesregierung erstmals eine Klimaaußenpolitik-Strategie entwickelt, an deren Ausarbeitung Germanwatch aktiv beteiligt war. Der seit vielen Jahren gepflegte Austausch mit Vertreter:innen der Bundesregierung und verschiedenen Akteur:innen – von Umweltverbänden über außen- und sicherheitspolitische Think Tanks bis hin zu Vertreter:innen der Wirtschaft – war dabei zentral. Auch die Begleitung der europäischen Klima- und Energiediplomatie ist ein wichtiger Teil der klimaaußenpolitischen Arbeit, um die European-Green-Deal-Diplomatie zu stützen.

Dialoge für Zusammenarbeit mit China, Indien, Indonesien und Südafrika

Neben der nationalen und europäischen Ebene stand im Berichtszeitraum die Zusammenarbeit mit China, Indien und Indonesien im Vordergrund. China bleibt als weltgrößter Emittent der entscheidende Faktor im globalen Ringen, um das Pariser 1,5°C-Limit nicht weiter zu überschreiten und um es in diesem Jahrhundert wieder erreichen zu können. Die Beziehungen zu China werden weiterhin eine Sonderstellung im Spannungsfeld von Wettbewerb, Konfrontation und Zusammenarbeit einnehmen. Dies kommt auch in der im Juli 2023 veröffentlichten China-Strategie der Bundesregierung zum Ausdruck. Darin wird die Schlüsselrolle Chinas einerseits und die unverzichtbare Kooperation mit China andererseits festgeschrieben. Kürzlich wurde in bilateralen Konsultationen zwischen Deutschland und China ein Klima- und Transformationsdialog beschlossen. Für Dialog und gemeinsame Ambition setzt sich auch Germanwatch im Austausch mit Ministerien, Zivilgesellschaft und Branchenvertreter:innen ein – in Deutschland und in China.

Dialog ist allgemein ein zentrales Element der Klimaaußenpolitik, wie die Arbeit von Germanwatch im Projekt „G7-G20 Track 2 Dialog“ zeigte. Durch den engen Austausch mit indonesischen, südafrikanischen und deutschen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen konnten die Organisationen voneinander lernen und zentrale Themen der G7 und G20 verfolgen. Neben Sustainable Finance, Schäden und Verluste und Biodiversität standen multilaterale Partnerschaften für eine faire Energietransition (Just Energy Transition Partnerships – JETP) mit Indonesien und Südafrika im Mittelpunkt der Dialoge.

Ausgehend von Erfahrungen mit der südafrikanischen JETP hat Germanwatch gemeinsam mit Partner:innen eine Dialogplattform für zivilgesellschaftliche Organisationen in Indonesien entwickelt. Dort wird offen über den JETP-Prozess gesprochen und es werden Erfahrungen und Erwartungen mit anderen Akteur:innen ausgetauscht sowie Vorschläge für die Regierungen erarbeitet. Die Einbeziehung und Annäherung verschiedener Akteur:innen ist für die Klimaaußenpolitik von zentraler Bedeutung.

Die deutsch-indische Klima-, Energie- und Entwicklungszusammenarbeit bleibt ein Schwerpunkt von Germanwatch. Bereits im Koalitionsvertrag wurde angekündigt, dass die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit Indien vertiefen will. Die im Mai 2022 vereinbarte „Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung“ zwischen Deutschland und Indien bietet eine neue Grundlage für unsere konstruktiv-kritische zivilgesellschaftliche Begleitung. Wir haben auch die Verhandlungen zu einer JETP mit Indien intensiv begleitet. Im Projekt „Broadening Partnerships for Climate and Development: Erweiterung von Partnerschaften für Klima und Entwicklung“ führen wir internationale Dialoge zu einer gerechten, kohlenstoffarmen und menschenorientierten Energiewende in Indien. Wir adressieren dabei z. B. Fragen, wie internationale (bi- und multilaterale) Partnerschaften Indiens Investitionen in die Energiewende co-finanzieren, wie die Partner:innen gemeinsam die

notwendigen technologischen Lösungen entwickeln können und wie Klimaschutz zu einem Zukunftssektor für die Schaffung von Arbeitsplätzen der nächsten Generation werden kann.

Sozial-ökologische, menschenrechtsbasierte und gerechte Transformation

Gemeinsam mit unseren kenianischen Partnern konnten wir erfolgreich darauf hinwirken, dass Deutschland und Kenia im November 2022 eine Klima- und Entwicklungspartnerschaft mit dem Ziel vereinbarten, in Kenia Strom zu 100 % aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Die Umsetzungsphase des Pariser Klimaabkommens hat endgültig begonnen. Staaten müssen ihre Bemühungen weiter erhöhen, damit die Temperaturen möglichst nahe am 1,5 °C-Limit bleiben können. Zeitnahe Transparenz und eine sachdienliche Erfüllung aller Rechenschaftspflichten sind dabei zwei zentrale Leitlinien, an denen sich die Fortschritte messen lassen müssen. Dazu beitragen soll die erste globale Bestandsaufnahme (Global Stocktake), eine der zentralen Komponenten des Pariser Klimaabkommens, die in diesem Jahr das erste Mal stattfinden soll. Germanwatch hat die Verhandlungen zur Ausgestaltung der Bestandsaufnahme auf den Klimaverhandlungen im engen Austausch mit relevanten Regierungen verfolgt⁴. Der Fokus der UN-Klimaverhandlungen liegt mittlerweile eindeutig auf der erfolgreichen Umsetzung der Klimaziele von Paris (Klimaschutz, Resilienz, Umschichten der Finanzströme). Auch dabei bildet die Klimawissenschaft die rationale Grundlage der Klimaverhandlungen und der Verpflichtungen, setzt die Messlatte für die Umsetzung und dient gleichzeitig als Warnsystem vor zu erwartenden Folgen der Klimaänderung. Deshalb begleiteten wir auch die zweite periodische Überprüfung der Ziele der UN-Klimarahmenkonvention bei der COP27 und den sechsten Zyklus des Weltklimarats (IPCC) mit Verabschiedung des Syntheseberichts im März 2023 wie gewohnt sehr eng.

Ein weiteres – in diesem Fall von uns aufgebautes – Transparenzinstrument ist der international stark beachtete Climate Change Performance Index (CCPI)⁵. Seit 2005 bewertet Germanwatch jährlich öffentlichkeitswirksam die Angemessenheit und Umsetzung der Klimaschutzversprechen von mittlerweile 59 Ländern und der EU, die gemeinsam für mehr als 90 % der globalen Emissionen verantwortlich sind, und erzeugt so öffentlichen Druck für verbesserte Klimapolitik. Auch bei der COP27 im November 2022 erreichte der CCPI eine hohe Aufmerksamkeit bei politischen Entscheidungsträger:innen und der Presse. Die Relevanz des CCPI konnte unter anderem deshalb weiter gesteigert werden, weil auch Finanzmarktakteur:innen den Index im Rahmen des Climate Proofings von Investitionen nutzen und damit zusätzlich der Druck des Finanzmarkts wächst, Klimaziele umzusetzen.

Sozialgerechte Energiewende und Wasserstoffwertschöpfung in Afrika

Mit der konkreten Umsetzung des Pariser Klimaabkommens muss der Ausstieg aus fossilen Energieträgern sowie der Ausbau von Erneuerbaren Energien sozialgerecht vorangetrieben werden und es müssen dafür ausreichend finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. In diesem Rahmen unterstützen wir Partner:innen in afrikanischen Ländern darin, die sozialgerechte Energiewende und im gleichen Zug den Zugang zu bezahlbarer, zuverlässiger und nachhaltiger Energie zu beschleunigen. Viele afrikanische Länder haben damit begonnen, Afrikas Zukunftsmodell der Erneuerbaren Energien anzustoßen, darunter auch Strategien zum Aufbau nationaler Wasserstoffökonomien⁶, jedoch oft nur mit begrenzter Beteiligung und Einbeziehung von NGOs, lokalen Gemeinschaften und Bürger:innen. Germanwatch unterstützt gemeinsam mit Partner:innen in Kenia, Burkina Faso, Nigeria, Botswana, Kamerun, Senegal, Mali, Niger, Benin und Südafrika Akteur:innen der

⁴ https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_factsheet_zur_cop27_2023_0.pdf

⁵ <https://www.germanwatch.org/en/CCPI>

⁶ <https://www.germanwatch.org/en/84785>

Zivilgesellschaft dabei, die Energiewende dezentral, fair und partizipativ zu gestalten. Schwerpunkte liegen unter anderem darauf, Kapazitäten in der Zivilgesellschaft zu stärken und gemeinsam zivilgesellschaftliche Strategien und Positionen z. B. zur Rolle von Energiewendepartnerschaften im afrikanischen Kontext zu entwickeln. Unter anderem begleiten und unterstützen wir die im November 2022 beschlossene deutsch-kenianische Klima und Energiepartnerschaft, sowie die im Juni 2023 beschlossene Partnerschaften für gerechte Energiewende der G7 mit dem Senegal durch zivilgesellschaftliche Austauschformate und bilaterale Gespräche mit Entscheidungsträger:innen. Außerdem veröffentlichten wir die Studie „Renewable Senegal“⁷, in der wir gemeinsam mit dem NewClimate Institute und senegalesischen Akteur:innen das Potential für ein zu 100 % auf Erneuerbaren Energien basiertes Stromsystem untersuchten und Ratschläge für die deutsch-senegalesische Energiekooperation entwickelten.

Im Zusammenhang mit dem Wasserstoffsektor wird oft von sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen für die zukünftigen, meist im Globalen Süden gelegenen Länder mit hohem Produktionspotential gesprochen. Die positiven Auswirkungen für ein Wasserstoff produzierendes Land zu garantieren ist nicht nur Aufgabe des Produktionslandes selbst, sondern liegt auch in der Verantwortung von Interessent:innen an Wasserstoffimporten, Investor:innen und Akteur:innen, die zur Zeit an Gesetzen, Werkzeugen und Partnerschaften in dem Bereich arbeiten. Im Rahmen der Arbeit von Germanwatch zu Wasserstoff, ist das Fact Sheet „Green hydrogen in Africa: Risks and benefits“⁸ wegweisend, um ein Grundverständnis für die Möglichkeiten und Risiken im Zusammenhang mit Wasserstoff in der Zivilgesellschaft herzustellen.

Umgang mit klimawandelbedingten Schäden und Verlusten

Germanwatch schuf Räume für vertrauensvolle, konstruktive Gespräche außerhalb der offiziellen Klimaverhandlungen und unterstützte so erfolgreich die Einrichtung eines Fonds für Schäden und Verluste bei der COP 27 – ein historischer Meilenstein in der Debatte zur Unterstützung der Verletzlichen zur Bewältigung der verheerenden Folgen des Klimawandels.

Klimawandelbedingte Schäden und Verluste durch zunehmend häufigere und intensivere Extremwetterereignisse sind weltweit deutlich sichtbar. Davon sind besonders die ärmsten und verletzlichsten Länder, Menschen und Gemeinschaften betroffen. Es ist daher entscheidend, diese Länder nicht nur bei der Entwicklung einer gesamtgesellschaftlichen Resilienz zu unterstützen, sondern ihnen auch zu helfen, auf katastrophale Ereignisse rasch und angemessen zu reagieren, um die unvermeidbaren Schäden und Verluste durch den Klimawandel so weit als möglich abzufedern. Ein historischer Meilenstein hierfür wurde mit dem Beschluss zur Einrichtung eines Fonds für Schäden und Verluste (Loss and Damage Fund – L&D Fund) auf der COP27 gesetzt. Germanwatch setzt sich im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen sowie in anderen internationalen Foren dafür ein, den L&D Fund wirkungsvoll und basierend auf Prinzipien der Klimagerechtigkeit zu operationalisieren und an den Bedürfnissen der besonders verletzlichen Länder und Menschen auszurichten. Dabei müssen explizit Finanzmittel für den Umgang mit Schäden und Verlusten bereitgestellt werden. Dies darf nicht auf Kosten der Klimafinanzierung für Anpassungsmaßnahmen gehen, denn auch diese Finanzierung muss gleichzeitig erhöht werden.

Dialog und Austausch sind entscheidend, um in einem komplexen und politisch spannungsgeladenen Feld wie dem der Klimaschäden und -verluste Synergien zu erzeugen und Fortschritte zu machen. Germanwatch hat dazu gemeinsam mit seinen Partnern World Resources Institute (WRI), E3G und International Centre for Climate Change Adaptation and Development (ICCCAD) verschiedene informelle Treffen im Rahmen wichtiger klimapolitischer Veranstaltungen organisiert. Durch

⁷ <https://www.germanwatch.org/en/88234>

⁸ <https://www.germanwatch.org/en/87765>

die Kooperation mit der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) und den V20 (Zusammenschluss von 68 gegenüber dem Klimawandel besonders verwundbarer Länder) hat Germanwatch zu dem praxisnahe Umsetzungsinstrumente mit in die Debatte eingebracht und die Umsetzung im Rahmen des Globalen Schutzschilds gegen Klimarisiken bei G7 und im UN-Kontext mit unterstützt. Durch diese verschiedenen Aktivitäten brachte Germanwatch Vertreter:innen des Globalen Südens und Nordens zusammen und schuf einen sicheren Ort für einen konstruktiven Austausch. Das erwies sich auch für die Arbeit des Übergangsausschusses⁹ (sog. Transitional Committee) für die Errichtung des zuvor genannten L&D Fund als besonders hilfreich. Germanwatch beobachtete die Konsultationen und Workshops des Übergangsausschusses aktiv und brachte sich in die wissenschaftliche Debatte um die Ausgestaltung des L&D Fund ein. So erarbeiteten wir zusammen mit unseren Partnern vom Stockholm Environment Institute den Bericht „Operationalising the Loss and Damage Fund – Learning from the Funding Mosaic“¹⁰. Dieser formulierte – ausgehend von den Prinzipien der Klimagerechtigkeit – Empfehlungen für die Ausgestaltung und Operationalisierung des Prozesses für den L&D Fund. In den Bericht flossen Erkenntnisse und Best-practice-Beispiele aus bestehenden Finanzierungsinstitutionen ein; damit baute er auf den Erfahrungen und Empfehlungen von Praktiker:innen auf. Diese umfassen verschiedene Bereiche wie Governance-Formen, Zugangsvoraussetzungen sowie Finanzierungsinstrumente und -kanäle, die für den neuen L&D Fund übernommen werden könnten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit von Germanwatch im Bereich Resilienz war die Aufklärungsarbeit über mögliche Kippunkte im Klimasystem durch verschiedene Blogposts¹¹. Hier lag das Ziel darin, die breite Öffentlichkeit sowie Fachpublikum auf die Auswirkungen eines Überschreitens solcher Kippunkte auf die menschliche Sicherheit und auf klimawandelbedingte Schäden und Verluste aufmerksam zu machen, wie z. B. dem möglichen Zusammenbruch des westantarktischen Eisschildes, dem Absterben der Korallenriffe, der Verlangsamung der atlantischen thermohalinen Zirkulation und dem möglichen Wegkippen des Amazonas-Regenwaldes – also die Umwandlung des Regenwaldes in eine Savannen- oder savannenartige Landschaft.

Darüber hinaus hat Germanwatch seine Arbeit im Bereich Climate and Disaster Risk Finance and Insurance in Partnerschaft mit der senegalesischen Organisation ENDA fortgesetzt. Diese Kooperation ist Teil einer Multi-Akteurs-Partnerschaft mit CARE International, MCII und NGOs in weiteren Ländern im Rahmen der InsuResilience-Partnerschaft, die über 120 Mitglieder – darunter einige verletzte Länder des Globalen Südens – umfasst. Im Senegal, sowie in sieben weiteren Ländern unterstützen solche Partnerschaften die Entwicklung und Umsetzung von Instrumenten zur Klimarisikofinanzierung. Das seit 2019 laufende Projekt wird aufgrund der erreichten Fortschritte durch eine weitere Finanzierung bis 2026 fortgeführt. Ein weiteres Beispiel für eine solche Multi-Akteurs-Partnerschaft ist die 2023 gestartete Zusammenarbeit von Germanwatch mit den bangladeschischen NGOs International Centre for Climate Change and Development (ICCCAD) und Association for Development Activity of Manifold Social-work (ADAMS). Deren Ziel ist es, die Etablierung des nationalen Mechanismus für klimawandelbedingte Schäden und Verluste zu begleiten und sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen berücksichtigt und zivilgesellschaftliche Akteur:innen angemessen in den Prozess eingebunden werden. Dieses Projekt soll als Leuchtturmprojekt dienen, um Wissenslücken zum nationalen Umgang mit Schäden und Verlusten in Entwicklungsländern zu schließen und als Beispiel für andere Länder für die Schaffung ähnlicher angemessener Mechanismen zu dienen.

9 Der Übergangsausschuss – bestehend aus Vertreter:innen aus 14 Entwicklungs- und 10 Industrieländern – wurde nach der Entscheidung auf der COP27, die Finanzierung für Schäden und Verluste auszugestalten, eingerichtet. Seine Aufgabe ist es, den Vertragsstaaten konkrete Empfehlungen vorzulegen, wie der neue L&D Fund möglichst schnell seine Arbeit aufnehmen und weitergehende Finanzierungsregelungen in die Praxis umgesetzt werden können.

10 <https://www.germanwatch.org/en/88557>

11 <https://www.germanwatch.org/de/87904>

Reformen der internationalen Finanzarchitektur

Die globale Krisenbewältigung erfordert immense Finanzinvestitionen. Germanwatch begleitete konstruktiv, kritisch und wirkungsvoll die Reform der internationalen Finanzarchitektur, die Klimareform der Entwicklungsbanken und die Weiterentwicklung der deutschen und der EU-Finanzregulierung.

Für die Bewältigung der globalen Krisenkaskade sind enorme neue bzw. umgelenkte Finanzströme erforderlich. Um diese zu mobilisieren, werden auf höchster Ebene Reformen der internationalen Finanzarchitektur diskutiert. Es geht dabei etwa um Reformen der Bretton-Woods-Institutionen Weltbank und IWF und weiterer multilateraler Entwicklungsbanken, um neue, innovative Finanzierungsquellen (z. B. im Rahmen des internationalen Steuerregimes oder durch die Weitergabe von Sonderziehungsrechten) und um Mechanismen zur Schuldenerleichterung der hoch verschuldeten Staaten.

Germanwatch legte hierbei einen Fokus auf die Rolle der deutschen Regierung im Diskurs um die Reformen der internationalen Finanzarchitektur. In zwei Publikationen informierte Germanwatch über die aktuellen Ideen zur Reform der Bretton-Woods-Institutionen, über die Bridgetown Initiative¹² und den Summit for a New Global Financial Pact in Paris¹³. Wir begleiteten die Positionierung Deutschlands mit einem gemeinsamen NGO-übergreifenden Brief, einem parlamentarischen Frühstück und Advocacy im Laufe des ersten Halbjahres 2023. Germanwatch setzte sich vor allem für eine ambitionierte Reform der Weltbank, eine Steuer auf Emissionen des internationalen Schiffsverkehrs sowie für neue Mechanismen zur Schuldenerleichterung ein.

Der bereits 2017 begonnene Prozess der multilateralen Entwicklungsbanken, ihre Finanzierungen an den Zielen des Pariser Klimaabkommens auszurichten, erhielt im Zuge dessen ebenfalls neue Aufmerksamkeit und erreichte mit der Publikation der entsprechenden Methodologien durch fünf Banken in der ersten Jahreshälfte 2023 einen vorläufigen Höhepunkt. Germanwatch begleitet diesen sogenannten Paris-Alignment-Prozess der Banken seit 2017 durch Forschung und Advocacy-Arbeit im Rahmen eines Konsortiums und konnte so an verschiedenen Stellen Einfluss auf die konkreten Methodologien nehmen. Auf Grundlage dieser Erfahrung haben wir bisher die von der Weltbank¹⁴ und der Interamerikanischen Entwicklungsbank¹⁵ veröffentlichten Ansätze bewertet und verglichen, auf Schwachstellen aufmerksam gemacht und gute Beispiele hervorgehoben. Nachbesserungen sind notwendig, damit die multilateralen Entwicklungsbanken insbesondere die Länder des Globalen Südens adäquat bei der Bewältigung des Klimawandels und damit zusammenhängender Krisen unterstützen können.

Sustainable Finance – Deutschland und EU

Auf nationaler Ebene ist Germanwatch als ständiger Beobachter im Sustainable-Finance-Beirat aktiv in der politischen Beratung der Bundesregierung involviert. In verschiedenen Arbeitsgruppen fokussieren wir uns hier insbesondere auf Transformationsfinanzierung und Transitionspläne, den Mittelstand und internationale Sustainable-Finance-Fragen.

Ebenso engagieren wir uns intensiv in den Prozessen auf europäischer Ebene zur Entwicklung eines EU Sustainable Finance Frameworks. Im Rahmen des European Green Deals wurden im Finanzbereich viele wichtige Verbesserungen gesetzgeberischer Initiativen angestoßen – darunter die EU-Taxonomie, die Corporate Social Responsibility Directive (CSRD), die Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR) und das EU-Lieferkettengesetz (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD). In enger Kooperation mit NGOs auf EU-Ebene beteiligten wir uns beispielsweise an der öffentlichen Konsultation zu den Kriterien für die vier neben dem Klima verbliebenen

12 <https://www.germanwatch.org/de/88062>

13 <https://www.germanwatch.org/de/88378>

14 <https://www.germanwatch.org/de/88092>

15 <https://www.germanwatch.org/de/88568>

Nachhaltigkeitsziele der EU-Taxonomie. Mithilfe eines offenen Briefs an das Bundesjustizministerium und die EU-Kommission mit neun unterzeichnenden Umwelt-, Wirtschafts- und Finanzvereinigungen gelang es Germanwatch, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit von ambitionierten, EU-weiten Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu lenken. Die von der EU Kommission zur Konsultation veröffentlichten Vorschläge zu den European Sustainability Reporting Standards waren leider deutlich schwächer als erhofft ausgefallen. Germanwatch hat es sich außerdem zur Aufgabe gemacht, die Vernetzung von deutschen (Umwelt-)Organisationen im Sustainable-Finance-Bereich anzuregen und zu verbessern.

Substanzielle Erhöhung der Klimafinanzierung über 100 Milliarden US-Dollar hinaus bis 2025

Germanwatch hat insbesondere in Gesprächen mit dem Kanzleramt, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und dem Auswärtigen Amt auf entsprechende Festlegungen Deutschlands zur Klimafinanzierung hingearbeitet. Dabei wurde eine Zusage des Bundeskanzlers im direkten Gespräch erreicht, trotz der Haushalts Herausforderungen bis 2025 einen Anstieg der internationalen Klimafinanzierung auf 6 Milliarden Euro zu sichern und als Vorreiter eine ambitionierte Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds (Green Climate Fund – GCF) anzukündigen. Doch das neue globale Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 muss weit darüber hinaus in neue Dimensionen vordringen. Das erste der drei Verhandlungsjahre war orientierungslos. Germanwatch hat daraufhin den Prozess mit neuen Ideen angestoßen und die Verhandlungen damit erfolgreich in Gang gebracht.

Internationale Klimafinanzierung ist zum einen ein zentraler Hebel, um – trotz des geringen Anteils der in Deutschland freigesetzten Emissionen – die Entwicklung der globalen Emissionen signifikant zu beeinflussen und damit die Schäden des Klimawandels einzudämmen und so gut wie möglich bewältigen zu können. Zum anderen gebietet aus politischer und ethischer Sicht die historische Verantwortung des Globalen Nordens eine ausreichende und innovative Klimafinanzierung. Es ist von grundsätzlicher Bedeutung, dass alle – insbesondere auch ärmere Länder des Globalen Südens – Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen vornehmen können. Dies gilt umso mehr in Zeiten mannigfaltiger, sich gegenseitig verstärkender Krisen. In den Klimaverhandlungen ist die Klimafinanzierung eine besonders wichtige Grundlage für Vertrauen – das höchste Gut für erfolgreiche internationale Verhandlungen. Germanwatch setzt sich seit langem dafür ein, dass gemäß der Prinzipien der UN-Klimarahmenkonvention Verantwortung und Finanzierungskapazität gerade auch die Länder des Globalen Nordens ihren Klimafinanzierungsverpflichtungen ausreichend nachkommen und dass Deutschland dabei eine Führungsrolle spielen muss. Auch zwei Jahre nach dem eigentlichen Zeitpunkt des Versprechens im Jahr 2020 wurde das globale Ziel, 100 Milliarden US-Dollar jährlich an Klimafinanzierung aufzubringen, immer noch nicht erreicht, auch wenn Deutschland seinen fairen Anteil geleistet hat. Es ist gut, dass Bundeskanzler Olaf Scholz zunächst im persönlichen Gespräch mit dem Sprecher:innenrat der Klimaallianz und dann öffentlich zugesagt hat, dass die deutsche Klimafinanzierung bis 2025 von 4 auf 6 Milliarden Euro steigen soll.

Zugleich wissen wir, dass verglichen mit den tatsächlichen Bedarfen für Klimaschutz, Anpassung und Bewältigung der Schäden die jährlichen 100 Milliarden US-Dollar bei weitem nicht ausreichen. Deshalb wird derzeit über einen Zeitraum von drei Jahren das Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 verhandelt. Im ersten Jahr hatte es keine nennenswerten Fortschritte gegeben. Daraufhin hat Germanwatch einen Plan für die ausstehenden zwei Jahre entwickelt. Das Papier¹⁶ hat ein Überdenken des Prozesses mit inspiriert und war vermutlich ein Faktor, der zu den seit Beginn des Jahres 2023 wahrnehmbaren schnelleren Fortschritten des Prozesses geführt hat.

16 https://www.cfes.info/sites/default/files/anhang/CFAS_Policy_Brief_Process%20Proposal%20for%20Defining%20the%20New%20Collective%20Quantified%20Goal.pdf

Bei der Klimafinanzierung setzen wir darauf, neben der Kooperation in Partnerschaften vor allem multilaterale Finanzmechanismen zu unterstützen. Einerseits stärkt dies die internationale Zusammenarbeit, andererseits bieten diese Mechanismen oft bessere direkte Zugänge für Organisationen aus dem Globalen Süden. Dabei unterstützen wir insbesondere die Verhandlungsgruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) mit Analysen und Positionspapieren, damit diese mit ihren limitierten personellen Ressourcen bestmöglich ihre Positionen vertreten können. Wie im Grünen Klimafonds – ein Finanzierungsmechanismus der UN-Klimarahmenkonvention – arbeiten wir mit den relevanten Akteur:innen aus Deutschland und der EU, aber gerade auch eng mit den LDC-Verhandler:innen im Ständigen Finanzausschuss sowie im Übergangsausschuss zum neuen L&D Fund zusammen. Mit zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen (Civil Society Organisations – CSO) in zehn afrikanischen Ländern haben wir kooperiert, um deren Teilhabe bei den Diskussionen um den Grünen Klimafonds national und international zu stärken. Mit unseren Partnern haben wir regionale und globale Projekte angesehen, die auf Maßnahmen in mehreren Ländern abzielen. Wir haben dabei mehrere Schwächen aufgezeigt, wie z. B. fehlende Transparenz, fehlende Teilhabe von lokalen Akteur:innen und fehlende Spezifität für den jeweiligen nationalen Kontext.

Eine große Herausforderung ist allgemein die Anpassungsfinanzierung. Sie fällt derzeit international noch deutlich geringer aus als die Finanzierung für den Klimaschutz. Gleichzeitig liegt es in der Natur der Anpassungsfinanzierung, die in aller Regel keine direkte Rendite liefert, dass der Privatsektor nicht in Anpassungsmaßnahmen investiert, soweit diese nicht der eigenen Absicherung dienen. Wir haben herausgefunden, dass häufig die effektivsten Anpassungsprojekte kleinskalig und lokal sind¹⁷, auch wenn diese oft länger in der Umsetzung brauchen. Des Weiteren sollten sie von nationalen bzw. subnationalen Umsetzer:innen durchgeführt werden, was unseren Ansatz der Unterstützung von direktem Zugang für lokale Partner:innen bestätigt hat. Allgemein braucht es ausreichend Zuschüsse für die Anpassungsfinanzierung. Dies kann auch ein gut eingesetzter Hebel sein, damit in der Folge auch der Privatsektor – insbesondere kleine und mittlere Unternehmen – in Anpassungsmaßnahmen¹⁸ investiert. Wir haben gezeigt, dass der Grüne Klimafonds und der Anpassungsfonds noch mehr machen können. Auch wenn die Finanzierung für das lange aufgebaute CSO-Netzwerk, das sozusagen den „Gold Standard“ der CSO-Beteiligung darstellt, aufgrund verschobener Geberprioritäten weggebrochen ist, bemühen wir uns, den Anpassungsfonds weiter zu begleiten.

Klar ist auch, dass viele Personen aufgrund des Klimawandels, aber auch wegen der notwendigen Transformation, ihrer bisherigen Erwerbstätigkeit und teilweise auch ihren soziokulturellen Gepflogenheiten nicht mehr werden nachkommen können. Deshalb braucht es eine sozialgerechte Umgestaltung, eine sogenannte Just Transition. Auch um diese zu ermöglichen, wird es Finanzierung brauchen, um z. B. den Menschen, die vom Ende des Kohleabbaus betroffen sind, neue Perspektiven bieten zu können. Germanwatch arbeitet an Vorschlägen, wie Länder und Regionen sozialgerecht unterstützt werden können, wenn sie nicht mehr ihre wichtigsten Exportgüter, von denen sie oft einseitig und hochgradig abhängig sind, produzieren können.

Ausblick

Der Bereich für Internationale Klimapolitik wird seine Arbeit zum Erreichen der drei Langfristziele des Pariser Klimaabkommens (Klimaschutz, Resilienz, Umschichtung der Finanzströme) entsprechend der bestehenden Zielsetzungen fortsetzen. Die Klimaaußenpolitik hat die Aufgabe, die Einzelstücke zu einem größeren Ganzen zusammenzufügen. Dabei gilt es, die deutsche in die EU-Klimaaußenpolitik zu integrieren und gemeinsam mit globalen Partner:innen Fortschritte auf der internationalen Bühne, sowohl im multilateralen als auch im bi- oder multilateralen Kontext zu erreichen. Der European Green Deal und dessen Green Deal Diplomacy bietet einen wichtigen

17 <https://www.germanwatch.org/de/87511>

18 <https://www.germanwatch.org/de/85310>

Rahmen für die nun wesentlich wirkmächtiger aufgestellte deutsche Klimaaußenpolitik. Da ein Großteil der relevanten Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen wird, wird die Europawahl 2024 und der Wahlkampf hochgradig relevant sein für die Arbeit des Bereichs für Internationale Klimapolitik.

Um die notwendige Transformation mit Wohlstand, Stabilität, Sicherheit und internationaler Solidarität zu verknüpfen, werden Deutschland und die EU ihren eigenen Weg zwischen den beiden Supermächten USA und China finden müssen. Ein wertebasiertes und demokratie- und menschenrechtbeförderndes Modell der Partnerschaft mit wichtigen Ländern des Globalen Südens muss sich als attraktiver erweisen als andere scheinbar lukrative Angebote insbesondere von autokratisch geführten Ländern. Mit der Klimaaußenpolitik und der Green Deal Diplomacy ist hierfür eine wichtige Grundlage gelegt, auf der nach der Europawahl die internationale und globale Kooperation für den Schutz der Lebensgrundlagen und Menschenrechte rasch und deutlich hochgefahren werden kann. Das bedeutet etwa, zügig Energiesysteme der Zukunft zu fördern, die auf Erneuerbaren Energien und nicht auf fossilen Energieträgern aufbauen; eine Wasserstoffproduktion aufzubauen, die zuvorderst die lokale Bevölkerung befähigt und nicht die natürlichen Ressourcen – insbesondere Wasser – erschöpft. Es geht darum, regional und international Wertschöpfungsketten aufzubauen, die vor Ort auch in den heute noch armen Ländern Wohlstand schaffen. Dies wird sich indirekt in mehr Sicherheit, Stabilität und wirtschaftlicher Resilienz global – nicht zuletzt auch in Deutschland und Europa – zeigen. Wir werden dazu weiterhin mit Partner:innen in besonders verletzlichen Ländern kooperieren, etwa mit Partner:innen in Afrika, Indien sowie Indonesien und vermehrt auch in Lateinamerika.

Voraussetzung für diese Partnerschaften ist allerdings, dass Deutschland und die EU entsprechend ihrer historischen Verantwortung handeln. Dies muss sich nicht zuletzt im Rahmen der Verpflichtungen der internationalen Klimaverhandlungen widerspiegeln. Zum einen müssen die versprochenen Klimaziele schnellstmöglich umgesetzt und wo möglich weiter erhöht werden. Wir werden darauf pochen, dass die nächste Weltklimakonferenz (COP28) in den Vereinigten Arabischen Emiraten ein klares Signal für einen zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien und für Energieeffizienz bis 2030 liefert und gleichzeitig das Ende der fossilen Energieträger und des fossilen Wirtschaftsmodells beschleunigt. Wichtig dafür ist, dass Deutschland und die EU keine ambivalenten Signale senden, so wie es aktuell etwa durch die Sektorleitlinien für Exportkreditfinanzierung geschieht. Alles, was die Glaubwürdigkeit der deutschen und europäischen Energie-, Industrie- und Verkehrswende untergräbt, schwächt auch ihre Stärke in den internationalen Klimaverhandlungen.

Die beschleunigte globale Transformation wird enorme Investitionen erfordern. Dies wird entsprechende Rahmensetzungen erfordern. Ein Teil davon wird durch Klimafinanzierung aus öffentlichen Haushalten erfolgen müssen. Es müssen Wege gefunden werden, die den USA ermöglichen, trotz der Blockade im Kongress ihre Verpflichtungen für internationale Klimafinanzierung vollumfänglich zu leisten. Eine wichtige Rolle könnte hier die Nutzung von Sonderziehungsrechten des IWF spielen. Hier ist Deutschland derzeit einer der größten Bremser. Auch die großen und relativ reichen Emittenten unter den Schwellenländern – wie etwa manche öl- und gasexportierenden Staaten oder China – müssen ab 2025 ihren Beitrag leisten. Damit das eine Chance hat, müssen Deutschland und die EU auch in Zukunft eine Vorreiterrolle bei der internationalen Klimafinanzierung spielen. Wir werden uns in diesem Kontext dafür einsetzen, dass auch die deutsche Klimafinanzierung ansteigt und dies auch im Haushalt abgebildet wird. Zusätzlich brauchen wir innovative Finanzinstrumente und einen Umbau der internationalen Finanzarchitektur. Ein Vielfaches an öffentlichen und privaten Geldströmen muss pro Jahr für Klimaschutz und Anpassung in Bewegung gesetzt werden, insbesondere für die ärmsten Länder und Menschen. Auch im neu entstehenden L&D Fund und im Mosaik an Instrumenten zur Bewältigung der Schäden muss eine substantielle Menge an Geld fließen. Nach der historischen Einigung zu Schäden und Verlusten bei der COP27, an dem auch Deutschland und die EU erheblichen Anteil hatten, ist jetzt entscheidend, dass einzelne Länder nicht in eine Blockadehaltung zurückfallen. Germanwatch wird weiterhin dabei mitwirken, das Umfeld für eine Koalition aus progressiven Ländern des Globalen Nordens

und Globalen Südens zu schaffen, damit der Fortschritt beim Thema Schäden und Verluste weitergeht. Eine solche Koalition ist Voraussetzung für ein ambitioniertes COP-Ergebnis. Wie schon bei der COP27 geschehen und zunehmend auch in anderen internationalen Foren wie den G20 zu beobachten, ist die fossile Lobby, die in den letzten beiden Jahren Rekordgewinne machte, tief in den Prozessen verankert. Sie versucht, sich die letzte große Ressourcenrente zu sichern. Hier braucht es eine starke Gegenallianz oder besser ein Kartell einer Vielzahl von Staaten, die alle ein massives Interesse daran haben, ihre Abhängigkeit von Öl-, Gas- und Kohleimporten zügig zu reduzieren. Unter anderem im Kontext der internationalen Klimaverhandlungen werden wir weiterhin versuchen, die internationale Transformation durch zusätzliche Finanzierung und Umschichtung der Finanzströme zu beschleunigen. Der mehrjährige Prozess der Reform der internationalen Finanzarchitektur hat gerade erst begonnen. Die Reform der multilateralen Entwicklungsbanken, des Steuersystems und der Verschuldung – all das sind große Gerechtigkeitsfragen der Gegenwart. Der überwiegende Finanzfluss für den Umbau des Energie- und Industriesystems weltweit werden private Investitionen sein. Zur Verschiebung der nationalen Finanzflüsse ist oft die europäische Ebene richtungsweisend. Wir werden uns weiterhin auf allen drei Ebenen – national, in Europa und global – dafür einsetzen, dass der Privatsektor durch Rahmensetzung und wo nötig durch Gesetzgebung und Förderung starke Anreize erhält, Investitionen in eine soweit wie möglich 1,5°C-kompatible, klimaresiliente Zukunft zu tätigen.

Bereichsziele 2020–2025 Internationale Klimapolitik (IKP)

Klimaschutz

Länder befinden sich auf einem Pfad der sozial-ökologischen, menschenrechtsbasierten und gerechten Transformation zu 1,5 °C und Treibhausgasneutralität

Transformation von Energiesystemen weltweit vorantreiben

Umsetzung wissenschaftsbasierter, 1,5 °C-kompatibler nationaler Klimapläne fördern

Durch Climate Change Performance Index und Climate Transparency Report zu Peer-to-peer-Druck beitragen

Unter deutscher G7-Präsidentschaft 2022 eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik verankern

Fachexpertise zu negativen Emissionen, Nature-based Solutions und „Overshoot“-Szenarien ausbauen

Resilienz

Voraussetzungen für transformative Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden und Verlusten im Sinne der Verletzlichsten sind geschaffen und Maßnahmen werden geschlechtersensitiv und menschenrechtsbasiert umgesetzt

Notwendige Voraussetzungen für die Verletzlichsten zum angemessenen Umgang mit Klimawandelfolgen schaffen

Mit dem Klimarisikoindex die Bewusstseinsbildung für Betroffenheit von Klimafolgen und Notwendigkeit des Handelns ausbauen

Breite Öffentlichkeit für angemessenen Umgang mit klimawandelbedingter Migration und Vertreibung sensibilisieren

Begleitung des Ortstermins zur Beweisaufnahme in Huaraz und weitere Unterstützung der Klage von Saúl Luciano

Lenkung der Finanzströme

Finanzflüsse sind kompatibel mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs

Beiträge leisten, dass Entwicklungsbanken robuste Kriterien für Ausrichtung aller Investitionen an den Pariser Klimazielen präsentieren

Ausschluss der Finanzierung fossiler Energieträger in der Entwicklungs- und Exportfinanzierung durch die Bundesregierung erwirken

Ambitionierte Sustainable-Finance-Agenda in Koalitionsvertrag und 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung durchsetzen (EU-Taxonomie, CSRD, Mittelverwendung an Paris ausgerichtet)

Sustainable-Finance-Agenda in deutscher G7-Präsidentschaft prominent verankern und im G20-Kontext stärken

Finanzierung

Substanzielle Erhöhung der vorhersehbaren Klimafinanzierung über 100 Milliarden US-Dollar hinaus bis 2025 ist erzielt und trägt den Bedürfnissen der Verletzlichsten Rechnung

Für Verhandlungen über ein neues Klimafinanzierungsziel ab 2025 sind Prozesse zur Zielfestlegung und konkrete Elemente definiert.

Zugang zu Anpassungsfinanzierung und die Hebelung privater Anpassungsfinanzierung durch relevante Wissensbeiträge stärken

Erhöhung des Anteils der Klimafinanzierung in Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen über das jetzige Niveau hinaus einfordern

Die Rolle der Zivilgesellschaft und den direkten Zugang der Entwicklungsländer zur Klimafinanzierung stärken

Partnerschaften

Wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte (Multi-Akteurs-) Partnerschaften sind initiiert, um Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen

Empowerment und Ownership von Süd-NGOs für Umsetzungsinitiativen stärken

Förderung von Multi-Akteurs-Prozessen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken umsetzen

Bi- und multilaterale Partnerschaften für die Umsetzung des Paris-Abkommens und der SDGs initiieren und vorantreiben

Erfahrung aus Partnerländern in die deutsche, europäische und internationale Klima-, Energie- und Entwicklungspolitik hineinragen

Mitarbeiter:innen

	David Ryfisch Bereichsleiter Internationale Klimapolitik		Rixa Schwarz Bereichsleiterin Internationale Klimapolitik		Petter Lydén Bereichsleiter Internationale Klimapolitik (seit 11/2022)
	Lina Ahmed Referentin für Umgang mit Klimaschäden und -verlusten (seit 10/2022)		Bertha Iris Argueta Tejeda Referentin für Klimafinanzierung und Entwicklung		Leonie Louise Beaucamp Referentin für erneuerbare Energien und Wasserstoff (seit 09/2022)
	Jan Burck Referent für Klimaschutz & Energie, Projektleiter Klima-Indizes		Lalit Chennamaneni Referent für indisch- deutsche Klima- und Ent- wicklungszusammenarbeit (seit 07/2023)		David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen
	Dr. Anja Carolin Gebel Referentin für Entwicklungsbanken und Klima		Alexandra Goritz Referentin für Klimaaußenpolitik		Julia Grimm Referentin für Klimafinanzierung und Anpassung
	Christoph Hoffmann Referent für klimakompatible Finanzflüsse		Vera Künzel Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte		Franziska Marten Referentin für klimakompatible Finanzflüsse (bis 04/2023)
	Yanika Meyer- Oldenburg Referentin für klima- kompatible Finanzflüsse (seit 04/2023)		Mariana Inés Micozzi Referentin für internationale klima- kompatible Finanzflüsse		Kerstin Opfer Referentin Energiepolitik & Zivilgesellschaft – Afrika und Naher Osten
	Giovanni Maurice Pradipta Referent für deutsch-indonesische Zivilgesellschaftsdialoge (seit 03/2022)		Laura Schäfer Referentin für Klimarisikomanagement; Kordinatorin für Klima- außenpolitik und G7		Lisa Schultheiß Referentin für Klimarisikomanagement und Schäden & Verluste (seit 09/2022)
	Thea Luise Uhlich Referentin für Klimaschutz und Energie		Martin Voß Referent für Klimadiplomatie und Kooperation – Asien/China		Jolana Bosse Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2023/2024 (seit 08/2023)
	Leonardo Martin Dimeo Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2023/2024 (seit 08/2023)		Elisabeth Lettinga Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (bis 08/2023)		Monica Tavares Krause Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (bis 07/2023)

Mit Unterstützung von: Kuat Abeshev, Magdalena Bachinger, Felix F., Juri Häbler, Björk Esther Lucas, Chiara Miescher, Romie Niedermayer, Ann Yung Phang, Felita Putri, Elisabeth Strietzel, Ana Tamblýn.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Tifani Habibie, David Wachenfeld, Malena Gallardo.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Sven Harmeling, Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl, Fiona Marker, Dr. Artur Runge-Metzger.

Unternehmensverantwortung

Unternehmen müssen nicht nur in Schönwetter-Phasen die Menschenrechte einhalten und Umweltstandards berücksichtigen – diese Anforderung besteht mindestens genauso stark in Krisenzeiten. Das galt in der Corona-Pandemie und das gilt derzeit während des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und in Zeiten, in denen der Zugang zu Energie und Rohstoffen erschwert ist und mehr kostet. **Menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten** bedeuten dabei nicht nur Aufwand, sondern haben für die Unternehmen auch einen Vorteil: Sie können die Lieferketten der Unternehmen resilienter machen. Gleichzeitig erwarten wir, dass sie einen Beitrag dazu leisten, die Gesellschaften der betroffenen Regionen zu stärken.

Auf EU-Ebene engagieren wir uns dafür, mit dem **EU-Lieferkettengesetz** (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD) menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten festzuschreiben. Auf nationaler Ebene haben wir mit dem **deutschen Lieferkettengesetz** bereits eine ähnliche Regelung – diese gilt es nun umzusetzen. Wichtig ist bei all dem, die Menschen in den globalen Wertschöpfungsketten der Unternehmen von Anfang an einzubeziehen und ihre Anliegen zu berücksichtigen. Dafür setzen wir uns ein.

Gleichzeitig führen uns diese Rohstoff-Krisenzeiten verstärkt vor Augen, dass wir sparsamer mit Ressourcen umgehen müssen. Aus ökologischen, aber auch aus menschenrechtlichen Gründen ist dies ohnehin längst geboten. Deshalb setzen wir uns als Germanwatch schon seit vielen Jahren für eine **echte Kreislaufwirtschaft** ein, die eine lange Nutzung von Geräten durch Reparatur und Wiederverwendung sowie das gemeinsame Nutzen von Produkten in den Mittelpunkt stellt. Auch im Berichtsjahr waren wir dazu weiter aktiv.

Europaweit unternehmerische Sorgfaltspflichten verbindlich festschreiben

Wir koordinieren zwischen der Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa, damit Menschenrechte und Umwelt nicht hinter Profiten zurückstehen. Ein starkes EU-Lieferkettengesetz ist nicht nur Pflicht, sondern bedeutet auch eine Chance für Unternehmen, z. B. auf resilientere Lieferbeziehungen.

Im zurückliegenden Jahr haben wir uns mit voller Kraft für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz eingesetzt, das die Schwächen des deutschen Lieferkettengesetzes ausgleicht. Dabei haben wir uns weiterhin auf eine Bündelung der zivilgesellschaftlichen Kräfte in breiten Bündnissen konzentriert: Auf deutscher Ebene koordinieren wir über das Kampagnenbüro die Arbeit der Initiative Lieferkettengesetz; auf europäischer Ebene haben wir starke Impulse für eine enge Zusammenarbeit mit unseren Partnerorganisationen im Rahmen der European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) gesetzt.

Nachdem im Februar 2022 die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag vorgelegt hatte, debatierte zunächst der EU-Ministerrat über den Vorschlag und einigte sich am 1. Dezember 2022 auf eine Position. In den Wochen davor haben wir mit der Initiative Lieferkettengesetz über 90.000 Unterschriften für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz gesammelt und Anfang Dezember an das Kanzleramt übergeben.¹⁹

Besonders hart wurde im Ministerrat um die Einbeziehung des Finanzsektors gestritten. In einem gemeinsam mit dem Think Tank Climate & Company veröffentlichten Briefing zeigen wir, warum auch der Finanzsektor Sorgfaltspflichten erfüllen muss und entkräften den Mythos, dass diese Pflichten bereits anderweitig auf EU-Ebene geregelt seien.²⁰

19 <https://lieferkettengesetz.de/2022/12/12/90-000-stimmen-fur-ein-starkes-eu-lieferkettengesetz/>

20 <https://www.germanwatch.org/de/87749>



Über 90.000 Menschen forderten von Bundeskanzler Olaf Scholz ein starkes EU-Lieferkettengesetz. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Initiative Lieferkettengesetz protestierten wir dafür im Dezember 2022 vor dem Kanzleramt. (Foto: Initiative Lieferkettengesetz)

Nach einer ausführlichen Beratung in zahlreichen Unterausschüssen positionierte sich am 1. Juni 2023 auch das Europäische Parlament zum EU-Lieferkettengesetz. Im Vorfeld haben wir die deutschen Abgeordneten zum konstruktiven Handeln gedrängt: Wir haben uns im Rahmen der Initiative Lieferkettengesetz in einem offenen Brief an den Schattenberichterstatter der Europäischen Volkspartei (EVP) Axel Voss gewandt,²¹ im März ein neues Forderungspapier veröffentlicht,²² zahlreiche persönliche E-Mails an EU-Abgeordnete verschickt, rund um die Parlamentsabstimmung eine Aktionswoche mit vielen Einzelaktionen in ganz Deutschland organisiert und parallel eine neue Kampagne gestartet.²³

Immer wieder mussten wir dabei den Argumenten u. a. aus Teilen der EVP-Fraktion entgegentreten, dass in diesen Krisenzeiten Unternehmen nicht mit zusätzlichen Regelungen belastet werden dürften. Dabei kann die Einhaltung von Sorgfaltspflichten für Unternehmen sogar Vorteile bieten: So zeigen mehrere Studien, u. a. der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus dem Jahr 2021, dass Unternehmen, die menschenrechtliche, klimapolitische und umweltbezogene Sorgfaltspflichten einhalten, resilienter sind. Sie kennen ihre Lieferketten besser und können schneller auf Lieferengpässe reagieren.

Im Juli 2023 startete der sogenannte Trilog für das EU-Lieferkettengesetz, in dem sich EU-Parlament, Rat und Kommission auf einen gemeinsamen Text für das Gesetz einigen müssen. Besonders umstritten ist weiterhin, wie weit die Klimapflichten für Unternehmen im EU-Lieferkettengesetz gehen sollen. Deswegen haben wir ein Rechtsgutachten der renommierten Umweltrechtsanwält:innen der Kanzlei Günther veröffentlicht, in dem dargelegt wird, warum aus rechtlicher Sicht eine detaillierte Klimapflicht für Unternehmen und eine Orientierung am 1,5°C-Limit des Pariser Klimaabkommens im EU-Lieferkettengesetz festgeschrieben werden müssen.²⁴

Deutsches Lieferkettengesetz konsequent umsetzen

Auch befeuert von unserem Engagement bei @LieferkettenG trat am 1. Januar das deutsche Lieferkettengesetz in Kraft. Doch wir sind nicht am Ziel: Das Gesetz muss von Unternehmen ambitioniert umgesetzt und von der Durchsetzungsbehörde, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) konsequent kontrolliert werden – dafür setzen wir uns ein.

Die Verabschiedung des deutschen Lieferkettengesetzes (sog. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) im Jahr 2021 war ein Meilenstein, um Unternehmen bei ihren globalen Geschäften auf die Achtung von Menschenrechten und Umweltstandards zu verpflichten. Germanwatch hatte im Rahmen der Initiative Lieferkettengesetz seitens der Zivilgesellschaft maßgeblich dazu beigetragen. Aber mit dem Gesetzestext ist es noch nicht getan, er muss auch mit Leben gefüllt werden. Und das ist kein Selbstläufer, wie wir im letzten Jahr mehrfach erfahren konnten. So gab es insbesondere seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den damit verbundenen Auswirkungen auf globale Lieferketten von Unternehmen, auf Rohstoffbeschaffung und Energiepreise, mehrfach Versuche,

²¹ <https://lieferkettengesetz.de/2023/01/19/offener-brief-an-axel-voss/>

²² https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2023/03/Initiative-Lieferkettengesetz_Schwerpunktepapier_2023_final.pdf

²³ <https://lieferkettengesetz.de/2023/04/03/europaweite-aktionswoche/>

²⁴ <https://www.germanwatch.org/de/88489>

das deutsche Lieferkettengesetz aufzuschieben und aufzuweichen. Wir setzten uns jedoch gemeinsam mit der Initiative Lieferkettengesetz und dem Corporate Accountability-Netzwerk für Unternehmensverantwortung (CorA) in Stellungnahmen gegenüber Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil für eine gesetzeskonforme Umsetzung ein. Dieses Anliegen konnten wir auch in Gesprächen gegenüber Minister Hubertus Heil und Staatssekretär Udo Philipps bekräftigen.

Ebenso haben wir gemeinsam mit unseren Netzwerken gegenüber der Durchsetzungsbehörde im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) unsere Erwartungen vorgetragen. Im Januar 2023 haben wir dafür mit dem CorA-Netzwerk, der Initiative Lieferkettengesetz und der Heinrich-Böll-Stiftung eine Veranstaltung organisiert, in der wir u. a. Anforderungen an eine effektive risiko-basierte Kontrolltätigkeit vorgetragen und Erfahrungen beispielsweise der Unterbehörde DEKSOR (Deutsche Kontrollstelle EU-Sorgfaltspflichten in Rohstofflieferketten) mit der Durchsetzung der EU-Konfliktmineralienverordnung diskutiert haben. Ebenso haben wir unsere Erwartungen zum Aufbau eines wirksamen Beschwerdeverfahrens beim BAFA eingebracht.

Schutz von Menschenrechten und Umwelt in Unternehmenslieferketten stärken

Gemeinsam mit Partner:innen entlang von Lieferketten ...

- ➔ setzen wir Themen, z. B. umweltbezogene Sorgfaltspflichten im Bergbau
- ➔ wirken wir aktiv mit am Aufbau eines ersten unternehmensübergreifenden Beschwerde-mechanismus der deutschen Automobilindustrie im Pilotland Mexiko

Wir unterstützen auch konkrete Maßnahmen unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Rechteinhaber:innen. Diese spielen neben einer starken Gesetzgebung, die unternehmerische Sorgfaltspflichten festschreibt, eine wichtige Rolle für einen wirksamen Schutz von Menschenrechten und der Umwelt in Lieferketten. In diesem Sinne beteiligen wir uns zusammen mit Partner:innen aus Ländern entlang von Lieferketten sowohl intensiv an Debatten zur Ausgestaltung von Sorgfaltspflichten als auch an deren konkreter Umsetzung in ausgewählten Schlüsselsektoren.

Ausbuchstabieren von umweltbezogenen Sorgfaltspflichten



Zusammen mit unseren Partner:innen beim OECD Forum on Responsible Mineral Supply Chains in Paris, April 2023. (Foto: Viktoria Reisch)

Angetrieben durch multiple Krisenereignisse und Transformationen in den vergangenen Jahren sahen wir uns auch 2022 und 2023 mit den Herausforderungen konfrontiert, die eine global steigende Nachfrage nach metallischen Rohstoffen sowohl für Menschenrechte als auch für die Umwelt birgt. Ein relativ neuer regulatorischer Ansatz sind eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten, um Umweltauswirkungen in globalen Wertschöpfungsketten zu beenden. Diese müssen jedoch noch weiter konkretisiert werden. Diesen Gestaltungsspielraum haben wir aktiv genutzt. Im zweiten Halbjahr 2022 beteiligten wir uns an der Arbeitsgruppe im Rahmen der Stakeholderbefragung zum

OECD Practical Tool on Environmental Due Diligence in Mineral Supply Chains. Darauf aufbauend nahmen wir zusammen mit Partner:innen aus Kolumbien und Peru am OECD Forum on Responsible Mineral Supply Chains teil, das im April 2023 in Paris stattfand. In dessen Rahmen veranstalteten wir ein virtuelles Sideevent zum Thema unabhängiges **Community Monitoring** und welche Rolle es in der Umsetzung von umweltbezogenen Sorgfaltspflichten spielen kann.²⁵

Unternehmensübergreifender Beschwerdemechanismus in Mexiko

Im Rahmen des Branchendialogs Automobil engagierten wir uns auch im Berichtszeitraum für einen unternehmensübergreifenden Beschwerdemechanismus. Dieser soll in einem Multi-Stakeholder-Prozess entwickelt werden, an dem deutsche Unternehmen der Automobilbranche, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), das Deutsche Institut für Menschenrechte, die IG Metall sowie Vertreter:innen deutscher und mexikanischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) beteiligt sind. Ende Februar 2023 reisten wir zusammen mit der Projektgruppe aus dem Branchendialog nach Mexiko.²⁶ In zahlreichen Gesprächen mit staatlichen Vertreter:innen, der Zivilgesellschaft und Unternehmen aus Mexiko haben wir die in der Konzeptphase entstandenen Ideen vor Ort besprochen. Ebenso haben wir Herausforderungen für die anstehende Umsetzungsphase identifiziert. Gegen Ende 2023 soll der Beschwerdemechanismus voraussichtlich offiziell starten und in eine eigenständige Trägerstruktur übergehen.

Das Pilotprojekt in Mexiko dient als Beispiel dafür, wie Unternehmen kollektiv Maßnahmen konzipieren und umsetzen können, um ihrer Verantwortung in der tieferen Lieferkette nachzukommen. Der Mechanismus kann einerseits dazu beitragen, dass Rechteinhaber:innen vor Ort im Falle von Menschenrechtsverstößen leichter eine Wiedergutmachung erreichen können. Andererseits ermöglicht er Unternehmen, frühzeitig aktiv zu werden und Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen. Für den Erfolg der Umsetzung ist elementar, dass mexikanische zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Akteur:innen in der Governance des Mechanismus gleichberechtigt beteiligt werden.

Primärrohstoffbedarf durch Kreislaufwirtschaft senken

Mit unserer Beteiligung an der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie und beim Critical Raw Materials Act setzen wir uns für eine Reduktion des Primärrohstoffbedarfs ein. Denn: Weniger Rohstoffabbau bedeutet weniger Risiken für Umwelt und Menschenrechte durch Bergbau.

Bergbauprojekte stehen häufig mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen in Verbindung. Um hier eine „Rohstoffwende“ zu erreichen, sind verpflichtende, wirksam umgesetzte unternehmerische Sorgfaltspflichten eine wichtige Säule. Diesbezüglich haben wir erreicht, dass bedeutende Schritte in die richtige Richtung erfolgten – beispielsweise jüngst mit der EU-Batterieverordnung – und wir setzen uns weiter für eine Rohstoffwende ein. Diese braucht – insbesondere angesichts des global wachsenden Rohstoffbedarfs sowie des erschwerten Zugangs zu Rohstoffen durch die Krisen der letzten Jahre und die geopolitischen Polarisierungen – eine zweite Säule: Eine Reduktion des Bedarfs an primären Rohstoffen, ohne eine ausreichende Versorgung zentraler Sektoren wie der Erneuerbaren Energieversorgung oder dem Gesundheitsbereich zu gefährden. Dies mindert den Druck auf die Umwelt sowie auf Gemeinden in der Umgebung von Bergbauprojekten und trägt gleichzeitig zur Versorgungssicherheit bei. Ein zentraler Hebel dafür ist eine Kreislaufwirtschaft, die nicht nur auf Recycling, sondern insbesondere auf eine lange Nutzung von Rohstoffen durch Wiederverwendung oder Reparatur sowie auf Strategien wie gemeinsame Produktnutzung zur Minimierung des Rohstoffbedarfs setzt²⁷.

²⁵ <https://www.germanwatch.org/de/88076>

²⁶ <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Aktuelles/Meldungen/2023/unternehmensuebergreifender-beschwerdemechanismus-mexiko.html>

²⁷ Was für einen Beitrag die digitale Sharing Economy leisten kann haben wir hier untersucht: <https://www.germanwatch.org/de/87850>

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis Rohstoffe und im Zusammenschluss mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Europa setzen wir uns in diesem Sinne für eine zentrale Rolle von Kreislaufwirtschaft und die Nutzung von Reduktionspotentialen im „Critical Raw Materials Act“ der EU ein²⁸. Das EU-Vorhaben zielt darauf ab, die Versorgungssicherheit mit sogenannten kritischen Rohstoffen zu erhöhen.

Um eine Kreislaufwirtschaft in der Bundespolitik umfassend zu verankern, bringen wir uns intensiv im Beteiligungsprozess für die Erarbeitung einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie ein. Wir engagieren uns z. B. für einen Reparaturbonus, der Reparaturen an Elektrogeräten finanziell fördert. Dazu rufen wir gemeinsam mit dem „Runden Tisch Reparatur“ zu einer Petition, die im Juni 2023 gestartet ist, auf²⁹. Die Erfolgsaussichten der Petition sind bereits gestiegen: Die Verbraucherschutzminister:innen aus Bund und Ländern haben sich auf eine Prüfung der Einführung eines solchen Bonus verständigt. Der Bonus soll zumindest gelten, bis ein umfassendes Recht auf Reparatur etabliert wird und Wirkung entfaltet. Reparieren soll also grundsätzlich attraktiver und erschwinglicher werden als Neukäufe. Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für ein solches Recht auf Reparatur erarbeitet, der aus unserer Sicht aber nicht weit genug geht. Mit der europaweiten Right-to-Repair-Kampagne setzen wir uns für Verbesserungen ein.

In der Praxis wird Kreislaufwirtschaft noch oft behindert, weil beispielsweise Reparaturbetrieben notwendige Informationen über die Produkte fehlen. Die EU möchte einen digitalen Produktpass einführen, in den Hersteller:innen zentrale Produktinformationen eintragen sollen. Welche Informationen dort wie eingetragen werden müssen, ist umstritten. Wir haben uns für einen starken digitalen Produktpass eingesetzt, der umfassende neue Informationspflichten für Hersteller:innen definiert und diese beispielsweise auch für kleine Reparaturbetriebe zugänglich macht. Auch machen wir uns dafür stark, dass der Produktpass so energie- und ressourcenschonend wie möglich ausgestaltet wird.³⁰

Ausblick

In Bündnissen machen wir uns weiter stark für das EU-Lieferkettengesetz. Unser Ziel: Unternehmen müssen Menschenrechte und planetare Grenzen achten. Betroffene müssen ihre Rechte durchsetzen können. Damit Worten Taten folgen, werden wir uns auch für eine wirkungsvolle Umsetzung engagieren.

In der Initiative Lieferkettengesetz werden wir uns weiter engagieren, damit ein starkes EU-Lieferkettengesetz noch in dieser EU-Legislatur verabschiedet wird. Es zeichnet sich ab, dass sich unsere Bemühungen auszahlen: Sowohl die Position der EU-Kommission und des EU-Ministerrats, aber insbesondere die des EU-Parlaments würden in zentralen Punkten eine Verbesserung gegenüber dem deutschen Gesetz bedeuten. Das betrifft etwa die Einführung einer zivilrechtlichen Haftungsregel, die Einbeziehung großer Teile der Wertschöpfungskette eines Produkts, die Einführung eines risikobasierten Ansatzes und die Ausweitung der umweltbezogenen Sorgfaltspflichten für Unternehmen sowie die Pflicht zum Aufstellen von Klima-Transitionsplänen. Noch gibt es auf dem Weg zu einem wirklich wirksamen Gesetz einige Hürden zu überwinden. Wir bleiben daher auch in den kommenden Monaten dran. Und bei den Europawahlen und darüber hinaus behalten wir im Blick, dass Kommission und Mitgliedsstaaten die Richtlinie wirkungsvoll um- und durchsetzen.

28 <https://www.germanwatch.org/de/88001>

29 <https://www.germanwatch.org/de/88390>

30 <https://www.germanwatch.org/de/88232>







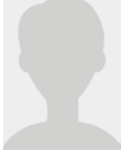





Bei den Europawahlen muss eine global gerechte Kreislaufwirtschaft zentrales Thema sein, u. a. durch:

- ➔ Nutzen von Reduktionspotenzialen beim Rohstoffkonsum
- ➔ Zügige Konkretisierung der Ökodesign-Verordnung für zentrale Produktgruppen
- ➔ #justtransition zur Kreislaufwirtschaft – global & in der EU

In der aktuellen EU-Legislatur hat sich in puncto Kreislaufwirtschaft einiges bewegt. Die Ökodesign-Verordnung ist auf einem guten Weg, noch vor den Wahlen verabschiedet zu werden. Sie kann den Weg dafür bereiten, dass Produkte, die in der EU verkauft werden, in Zukunft langlebiger sind und sich leichter reparieren und recyceln lassen. Doch um wie gewünscht wirkungsvoll zu sein, muss die Verordnung für einzelne Produktgruppen konkretisiert werden. Wir werden uns für eine zügige Umsetzung einsetzen, insbesondere für Produktgruppen, die Metalle und Mineralien enthalten, deren Abbau oftmals mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung einhergeht. Denn: Ziel derartiger Maßnahmen sollte aus unserer Sicht sein, gerade den Bedarf für derartige Rohstoffe zu reduzieren. Wir werden uns weiter engagieren, damit in der kommenden EU-Legislatur weitere Reduktionspotentiale beim Rohstoffkonsum genutzt werden. Zudem wollen wir in Kooperation mit Organisationen in betroffenen Regionen aufzeigen, wie eine globale sozial gerechte Umgestaltung, eine sogenannte Just Transition, hin zur Kreislaufwirtschaft aussehen kann, in der auch in Ländern des Globalen Südens neue Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze geschaffen statt abgebaut werden.



Mitarbeiter:innen

	Cornelia Heydenreich Bereichsleiterin Unternehmens- verantwortung		Luisa Denter Referentin für Ressourcenpolitik und zirkuläres Wirtschaften (seit 10/2022)		Sarah Guhr NRO-Koordinatorin Branchendialoge
	Johannes Heeg Campaigner Initiative Lieferkettengesetz		Rebecca Heinz Referentin für Ressourcenpolitik und zirkuläres Wirtschaften (bis 09/2022)		Johanna Kusch Referentin für Unter- nehmensverantwortung, Koordinatorin Initiative Lieferkettengesetz
	Simone Ludewig Referentin Initiative Lieferkettengesetz (seit 05/2023)		Victoria Reisch Referentin für Ressourcenpolitik und Rohstofflieferketten (seit 01/2023)		Finn Robin Schufft Referent für Unter- nehmensverantwortung
	Johanna Sydow Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche (bis 11/2022)		Michelle Trimborn Campaignerin Initiative Lieferkettengesetz (seit 12/2022)		Tara Runze Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (bis 04/2023)

Mit Unterstützung von: Jonas Laur, Konstantin Pfaff.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Florian Papadopoulos.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Stefanie Lorenzen, Michael Windfuhr.

Deutsche und Europäische Klimapolitik

In der deutschen und europäischen Klimapolitik gab es im vergangenen Jahr Licht und Schatten: Angesichts Russlands Invasion in der Ukraine haben Energieeffizienz und rationale Energienutzung 2022 endlich – wenn auch teilweise nur vorübergehend – die Aufmerksamkeit bekommen, die sie verdienen. Die EU hat ihr Fit-for-55-Klimaschutzprogramm für die Zeit bis 2030 in fast allen Details mit wegweisenden Entscheidungen u. a. für einen deutlich beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien beschlossen. Unter kräftiger Mithilfe von Germanwatch hat so auch die Stärkung des **EU-Emissionshandels** zu einem starken Schub für die Emissionsminderungen im Energie- und Industriesektor geführt. Doch die Fortschritte bei den **Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland, insbesondere in den Sektoren Verkehr und Gebäude**, sind in vielen Bereichen hinter den Erwartungen zurückgeblieben – zu groß sind trotz allen Drucks der aktiven Zivilgesellschaft die Widerstände aus Teilen der Bevölkerung und Regierung.

Dennoch konnte Germanwatch an entscheidenden Weichenstellungen für den Klimaschutz in den kommenden Jahren mitwirken: Im **Verkehrsbereich** haben wir intensiv dazu beigetragen, dass sich nun wirkmächtige Allianzen für mehr innereuropäischen Zugverkehr, weniger und klimafreundlicheres Fliegen und die zentrale Umsteuerung der Staatsinvestitionen vom Straßenneubau in die unterfinanzierte Schiene bilden. Für die Gebäudesanierung insbesondere der am schlechtesten gedämmten, vor der ersten Wärmeschutzverordnung 1976 gebauten Gebäude haben wir in einem größeren Konsortium ein Konzept erarbeitet, wie durch sogenanntes Energie-Contracting³¹ viele der Sorgen in Bezug auf Bezahlbarkeit, soziale Hürden, mögliche Überforderung usw. überwunden werden könnten. Wir hoffen, dass diese Ideen in den nächsten Monaten noch politisch aufgegriffen werden, nachdem sie nun im Auftrag des Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) von der Deutschen Energie-Agentur (DNA) geprüft werden. Beim für die Energiewende so fundamentalen, aber in der öffentlichen Aufmerksamkeit oft zu kurz kommenden **Netzausbau** hat Germanwatch mit Partner:innen dazu beigetragen, dass sich die Stromnetzentwicklung endlich am Ziel der Klimaneutralität ausrichtet. Und als Teil eines Bündnisses haben wir es geschafft, die **Kommunen**, die bei der Beschleunigung der Wärmewende eine Schlüsselrolle einnehmen müssen, stärker im klimapolitischen Rampenlicht zu positionieren **und die dafür notwendige Unterstützung durch Länder und Bund** zum Thema zu machen.

Im Rahmen des Netzwerks „Bits & Bäume“ wird Germanwatch darüber hinaus zu einem Antreiber für eine **nachhaltige Digitalisierung**. Ganz besonders froh sind wir auch über unsere Arbeit in der **Ukraine**, wo wir in schwierigsten Zeiten weiterhin den schrittweisen Kohleausstieg, den Strukturwandel der betroffenen Kohleregionen – auch im vom Krieg besonders betroffenen Donbas – und den grünen Wiederaufbau unterstützen.

EU: Mehr Klimaambition trotz Energie- und Sicherheitskrise

EU stärkt Ende 2022 CO₂-Preis in historischer Reform: Unsere jahrelange, intensive Lobbyarbeit für besseren EU-Emissionshandel, CO₂-Grenzausgleich und Klimasozialfonds hat Wirkung gezeigt!

Im Dezember 2022 einigten sich die EU-Institutionen nach langen Verhandlungen auf eine ambitionierte Reform des europäischen Emissionshandels sowie auf die Einführung eines Klimazolls (CO₂-Grenzausgleich) und eines Klimasozialfonds. Zu diesem Erfolg für den Klimaschutz hat Germanwatch durch jahrelange, unermüdliche Advocacy-Arbeit sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene beigetragen. Mit Studien, Meinungsbeiträgen, Pressearbeit, Workshops

³¹ Beim Energie-Contracting übernimmt ein Energiedienstleister – ein sogenannter Contractor – die Umsetzung der vorab vereinbarten Energieeinsparmaßnahmen und ist damit zuständig für die Planung, die Finanzierung, den Umbau, den Betrieb und die Wartung und Instandhaltung der neuen Anlagen.

und vielen Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger:innen ist es Germanwatch – in enger Zusammenarbeit mit anderen europäischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – gelungen, dass die CO₂-Bepreisung in der EU den Weg Richtung Klimaneutralität weist und dabei auch die soziale Gerechtigkeit im Blick behält. Damit konnte Germanwatch einen wichtigen Beitrag leisten, dass die EU nicht – wie bei Krisen in der Vergangenheit – auf die durch den Krieg Russlands verursachte Krise mit Abschlügen beim Klimaschutz reagierte.

Kontrovers: Sozial gerechte CO₂-Preise fürs Tanken und Heizen und der CO₂-Grenzausgleich

Insbesondere die Ausgestaltung des neuen Emissionshandels für Gebäude und Straßenverkehr war derart kontrovers diskutiert, dass eine Einigung zu Beginn wenig aussichtsreich erschien. Germanwatch konnte hier durch ausbalancierte und anschlussfähige Vorschläge und strategische Lobbyarbeit zu einer Kompromissfindung beitragen, die das Mögliche bei Klimaambition und der wichtigen Sozialverträglichkeit herausholte. Auch was die Einführung des CO₂-Grenzausgleichs³² angeht, spielte Germanwatch als eine der sehr wenigen zu diesem Thema aktiven NGO eine wichtige Rolle. Durch eine frühzeitige Positionierung, gut platzierte Meinungsbeträge, Workshops mit hochrangigen Entscheidungsträger:innen und fundierten Argumenten konnte Germanwatch dazu beitragen, dass der CO₂-Grenzausgleich am 1. Oktober 2023 – trotz Widerständen von Industrieakteuren und aus Handelspartnerländern – eingeführt wurde, was eine ambitionierte Klimapolitik der EU deutlich erleichtert. Das Argument der gefährdeten internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch wirkungsvollen Klimaschutz zieht in Zukunft nun weniger. Gleichzeitig regt der CO₂-Grenzausgleich die Entstehung von CO₂-Bepreisungsmechanismen in Staaten außerhalb der EU an. Auch das ist eine gute Nachricht für den globalen Klimaschutz. Jetzt kommt es darauf an, dass Kommission und Europaparlament nach der Europawahl 2024 den CO₂-Grenzausgleich wie den Emissionshandel so weiterentwickeln, dass die EU bis 2040 nah an die Klimaneutralität herankommt.

Verkehr: Weichen stellen für mehr Bahn, weniger Autobahn und klimafreundlicheres Fliegen

Germanwatch hat seine Arbeit zur Verkehrswende verstärkt und koordiniert inzwischen NGO-Allianzen in Deutschland und EU-weit für mehr innereuropäischen Zugverkehr, weniger und klimafreundliches Fliegen und ein Ende des Autobahnausbaus.

Für die Verkehrswende – vor allem die Verlagerung von Verkehr auf die klimafreundliche Schiene – sind die Investitionen in unsere Infrastruktur eine entscheidende Grundlage. Dieses Expert:innen-Thema hat zuletzt große Aufmerksamkeit auch in den Leitmedien erhalten (Stichwort: Bundesverkehrswegeplan). An der neuen Aufmerksamkeit hat auch unsere Arbeit einen nicht unwesentlichen Anteil. Denn Germanwatch hat seinen Einsatz zum Umlenken der Verkehrswendeinvestitionen in die Schiene und für einen Stopp des massiv klima- und umweltschädlichen Schnellstraßenausbaus in Deutschland 2022 und 2023 verstärkt und ist dadurch für viele als eine zusätzliche Advokatin in dieser Debatte sichtbar geworden. Germanwatch und weitere Umweltverbände haben für dieses Anliegen breite Akteurs-Allianzen mit Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden auf die Beine gestellt.³³ Dazu haben wir uns zum Thema in den Medien geäußert und dabei auch industrie- und haushaltspolitische Argumente in die Debatte eingebracht. Ein Erfolg: Der bisher geschlossene Finanzierungskreislauf Straße wurde geöffnet, sodass Geld jetzt von der klimaschädlichen Straße – über die Mauteinnahmen – in die klimafreundliche Schiene

32 Die im Rahmen des Europäischen Green Deals verschärften Klimaziele werden absehbar zu höheren CO₂-Preisen in der EU führen. Daraus können erhebliche Wettbewerbsnachteile für Hersteller energieintensiver Produkte in der EU resultieren. Der CO₂-Grenzausgleich soll diese Nachteile auffangen, indem auf betroffene Produkte aus Staaten ohne ähnlich hohen CO₂-Preis wie in der EU bei der Einfuhr eine Abgabe geleistet werden muss.

33 <https://www.germanwatch.org/de/88339>

fließt. Nur so geht Verkehrsverlagerung. Wir werden uns mit unseren Partner:innen weiter engagieren, beispielsweise mit methodischer Kritik, wenn das Verkehrsministerium mit seiner sogenannten Verkehrsprognose auf wackliger wissenschaftlicher Grundlage versucht, ein weiteres Wachstum des Straßenverkehrs als unvermeidlich darzustellen.

Damit es für Europäer:innen einfach wird, mit dem klimafreundlichen Zug in den Urlaub zu fahren, müssen mehr Züge auf die Gleise. Gemeinsam mit dem Germanwatch-Verkehrsreferenten Manfred Treber freuen wir uns – drei Jahre nachdem der damalige Bahnbeauftragte der Bundesregierung Manfreds entsprechenden Vorschlag aufgriff – über die Einführung eines Direktzugs von Frankfurt am Main nach Bordeaux. Ein kleiner, aber wichtiger Schritt in Richtung Europakt, für den wir weiter werben. Damit Reisende immer die günstigste und komfortabelste Bahnreise finden, setzen wir uns zudem gemeinsam mit Reisendenverbänden, Verbraucherschützer:innen und unserer Allianz Europe on Rail dafür ein, dass die Ticketing-Daten für alle Anbieter geöffnet werden, um endlich auf einfache Weise EU-weite Tickets kaufen zu können.³⁴ Im nächsten Europawahlkampf wollen wir uns für die Stärkung der EU bei der Koordinierung des europaweiten Bahnverkehrs, der derzeit noch einem Flickenteppich gleicht, einsetzen. Der Ausgang der Europawahl 2024 wird auch dafür mitentscheidend sein.

Auch der mit Abstand klimaschädlichste aller Verkehrsträger – das Flugzeug – steht in unserem Fokus: In einem Arbeitskreis der Bundesregierung arbeiten erstmals Germanwatch und wenige andere Umweltverbände zusammen mit Akteur:innen von Flugunternehmen und Wissenschaft an Vorschlägen für mehr Klimaschutz im Flugverkehr. In einer Branche, die noch mit massiven fossil getriebenem Wachstum plant, tragen wir zum dringend nötigen und noch weitgehend ausstehenden Kulturwandel bei – mit Strategien für einen Flugsektor, der mit dem 1,5°C-Budget kompatibel ist, und mit Forderungen nach entsprechendem Handeln.

Ukraine und Westbalkan: Europäische Solidarität für den klimafreundlichen Strukturwandel gerade in Krisenzeiten stärken

Verlässliche Unterstützung für Partner:innen auch in Krisenzeiten: Trotz Krieg in der Ukraine und Spannungen im Westbalkan haben wir mit Partner-NGOs vor Ort den Diskurs zu Energietransformation, Strukturwandel und grünem Wiederaufbau vorangebracht.

Seit 2018 arbeitet Germanwatch mit Partner-NGOs in der **Ukraine** daran, einen gezielten, schrittweisen Kohleausstieg so zu ermöglichen, dass die besonders betroffenen Regionen und Menschen dadurch neue Möglichkeiten erhalten und keine neue Probleme entstehen. Dabei konzentrieren wir uns auf das schon seit 2014 besonders krisengeschüttelte ostukrainische Kohlebecken Donbas. Als ein Resultat unserer Arbeit hat sich dort eine Vereinigung von Kohlestädten gegründet, die den Prozess des Kohlestrukturwandels voranbringt. Diese Städte wurden seit dem Beginn von Russlands groß angelegter Invasion am 24. Februar 2022 zwar nicht von Russland besetzt, haben aber mit teils hohen Schäden durch Luftangriffe, mit Stromausfällen, Wassermangel und insbesondere schweren Grubenschäden zu kämpfen. Germanwatch reagierte mit der Lieferung von Generatoren, Solarmodulen und Akkus, die die Stromversorgung von Stadtverwaltungen teilweise absichern.

Die Netzwerkarbeit kann auch unter durch den Krieg erschwerten Umständen fortgesetzt werden. In mehreren Workshops wurden Kohlekommunen dabei unterstützt, Ideen für Stadtentwicklungsprojekte für den Wiederaufbau nach dem Krieg zu entwickeln.

³⁴ <https://www.transportenvironment.org/discover/open-letter-to-timmermans-calling-for-an-easy-way-for-europeans-to-book-travel-across-transport-modes-and-operators/>

Im November 2022 konnten ukrainische Bürgermeister:innen bei einer von Germanwatch organisierten Studienreise nach Brüssel und Berlin ihre humanitären und entwicklungspolitischen Bedarfe u. a. vor Abgeordneten des Deutschen Bundestags und bei der EU-Kommission zur Sprache bringen.

Die EU und Deutschland werden eine zentrale Rolle spielen müssen, damit die Ukraine nach dem Krieg die neuen Chancen nutzen kann, die mit einem Beitrittsprozess verbunden sind. Der mit den Klimazielen und den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit kompatible grüne Wiederaufbau gerade der Kohle- und Stahlregionen wird dabei zum Gradmesser auch für die europäische Solidarität. Dazu will Germanwatch auch in Zukunft einen Beitrag leisten.

Auch im **Westbalkan** stärkt Germanwatch die zivilgesellschaftliche Arbeit von Organisationen, die sich für eine sozial gerechte Energiewende einsetzen. Dafür bringt Germanwatch die regionale Zusammenarbeit auch über Landesgrenzen hinweg voran und unterstützt den Aufbau nationaler Bündnisse, die gemeinschaftlich die Klima- und Energiepolitik der Region fit für den EU-Beitritt machen wollen. Aktuell beteiligen sich diese teils neuen Zivilgesellschaftsbündnisse an



Zu Besuch in Pristina bei der Balkan Green Foundation. Projektstart-Workshop mit den drei Projektpartnern aus dem Kosovo, Serbien und Nordmazedonien. (Foto: Balkan Green Foundation)

der Erarbeitung der nationalen Energie- und Klimapläne ihrer jeweiligen Regierung. Dabei bringen sie sich mit neuen Ideen und breiten gesellschaftlichen Koalitionen insbesondere für einen dezentralen Einsatz Erneuerbarer Energien ein. Dabei kann Germanwatch mit eigenen Lernerfahrungen aus der deutschen Energiewende helfen. Dazu unterstützen wir regionales grenzüberschreitendes Lernen der Partner:innen, beispielsweise anhand erfolgreicher Modellprojekte in Nordmazedonien. Das fördert in einer konfliktreichen Region auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Energie: Infrastrukturen für die Transformation

Klimaschutznetze: Gemeinsam mit Partner:innen trägt Germanwatch dazu bei, dass sich der #Netzentwicklungsplan Strom endlich am Ziel der Klimaneutralität ausrichtet! Jetzt arbeiten wir im Rahmen der #Systementwicklungsstrategie an einem stimmigen Gesamtenergiesystem.

Seit vielen Jahren bringt sich Germanwatch konstruktiv-kritisch in den Diskurs zum Ausbau der Stromnetze ein. Dabei setzen wir uns gemeinsam mit anderen Akteur:innen für eine Stromnetzplanung ein, die sich am Ziel der Klimaneutralität bis 2045 orientiert. Mit dem aktuellen Netzentwicklungsplan Strom 2037/2045 (2023)³⁵ liegt nun zum ersten Mal ein „Klimaneutralitätsnetz“ für das Übertragungsnetz in Deutschland vor, das die Aus- und Umbaubedarfe bis zum Erreichen der Klimaneutralität 2045 aufzeigt. Bisher standen die politische Ankündigungen und die realen Planungsprozesse im Widerspruch zueinander. Dies ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer Infrastruktur für ein klimaneutrales Energiesystem. Als nächsten Schritt müssen die verschiedenen Infrastrukturen Strom, Erdgas, Wasserstoff und Wärme gemeinsam betrachtet und besser aufeinander abgestimmt werden. Nur so ist ein effizientes, auf Klimaneutralität ausgerichtetes Energiesystem möglich. Dazu bringt sich Germanwatch in die Systementwicklungsstrategie³⁶ ein. In diesem Prozess wird – unter Federführung des Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

³⁵ <https://www.netzentwicklungsplan.de/>

³⁶ <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/ses.html>

(BMWK) – ein Leitbild sowie eine Transformationsstrategie für ein klimaneutrales Energiesystem entwickelt. Außerdem engagieren wir uns weiterhin für transparente Prozesse und eine Beteiligung in der Energieinfrastrukturplanung und stärken die Stimme der Zivilgesellschaft in der Debatte um den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.

Deutsche Klimaschutzpolitik: Kommunen als Akteure für die Transformation

Großer Erfolg bei kommunalem Klimaschutz: Mit Studie³⁷ und Bündnisarbeit³⁸ hat Germanwatch die Debatte und Neupositionierung von Kommunalverbänden zu Klimaschutz als kommunaler Pflichtaufgabe angeschoben.

Klimaschutz und Klimaanpassung sind für Kommunen immer noch freiwillige Aufgaben – mit der Folge, dass diese bei fehlender Ressourcenausstattung gegenüber sogenannten Pflichtaufgaben hinten anstehen. Germanwatch hat gemeinsam mit einem Kommunalkreis aus Sozial-, Umwelt- und Gewerkschaftsverbänden im Austausch mit Kommunalverbänden ergründet, was sich ändern muss, damit Kommunen zu zentrale Akteuren einer sozial gerechten, ökologischen Transformation werden können. Ein von uns mit in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten der Anwaltskanzlei Günther (Hamburg) zeigt die Notwendigkeit, eine neue Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz in Art. 91a Abs. 1 Grundgesetz (GG) einzurichten, damit Bund und Länder durch ein Mischfinanzierungssystem die Kommunen mit ausreichend Geld für Personal und Investitionen ausstatten. Daran anknüpfend sollte den Kommunen ein Klimaschutzmanagement inklusive eines Monitorings von Emissionsreduzierungen als Pflichtaufgabe übertragen werden. Im Zuge unserer Bündnisarbeit haben relevante Akteure aus dem Kommunalbereich wie das Klimabündnis oder der Deutsche Städtetag diese Positionierungen übernommen.

„Bits & Bäume“: Weichen für eine nachhaltige Digitalisierung stellen

Agenda-Setting für eine zukunftsfähige Digitalisierung: Die gemeinsamen Forderungen mit dem Bündnis „Bits & Bäume“ finden viel Gehör und führten für Germanwatch zu einer Einladung zur Mitgestaltung des Digitalgipfels der Bundesregierung.

Vom 30. September bis 2. Oktober 2022 organisierte Germanwatch im Verbund mit 12 Organisationen die Konferenz „Bits & Bäume“ in Berlin. Sowohl die Konferenz mit rund 2.500 Teilnehmer:innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, als auch der im Nachgang veröffentlichte Sammelband³⁹ mit mehr als 65 Autor:innen stießen auf viel Resonanz. Auch auf politischer Ebene findet Bits & Bäume zunehmend Gehör: In den über 60 gemeinsamen politischen Forderungen⁴⁰ werden konkrete Wege aufgezeigt, wie die Digitalisierung stärker in den Dienst der Gesellschaft und des sozial-ökologischen Wandels gestellt werden kann und muss. Germanwatch setzt sich in öffentlichen Veranstaltungen und Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger:innen für die Forderungen ein und versucht darüber hinaus, weitere Umweltverbände und netzpolitische NGOs für das Thema zu begeistern. Die Mühe zahlt sich aus und wurde unter anderem mit einer Einladung zur Mitgestaltung des Digitalgipfels der Bundesregierung im November 2023 belohnt. Zur Verstärkung der Bits & Bäume-Aktivitäten wurde im August 2023 eine bei Germanwatch angesiedelte Koordinationsstelle eingerichtet. Germanwatch stärkt zudem seine Digitalisierungsarbeit im Rahmen eines Think & Do-Tanks⁴¹ mit Fokus auf der Interaktion von Digital- und Klimapolitik.

37 <https://www.germanwatch.org/sites/default/files/rechtsgutachten-kommunaler-klimaschutz.pdf>

38 https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_forderungspapier_kommunaler_klimaschutz_17.01.2023.pdf

39 <https://www.germanwatch.org/de/88262>

40 <https://bits-und-baeume.org/konferenz-2022/forderungen/>

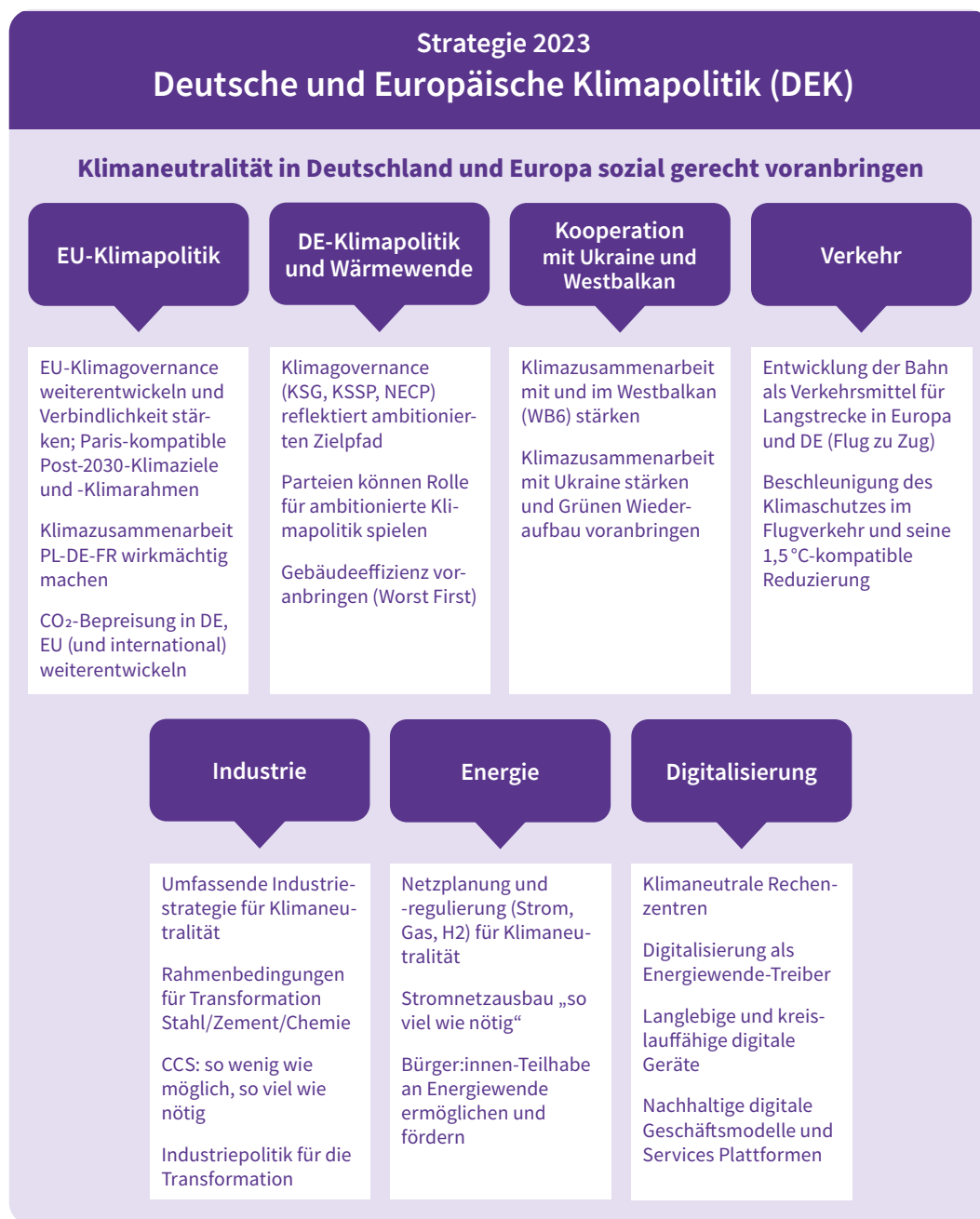
41 <https://www.germanwatch.org/de/88503>

Ausblick

Germanwatch stellt sich und seine Netzwerke angesichts von Russlands Angriffs auf die Ukraine und angesichts der Energiekrise dafür auf, dass die EU nach der Europawahl Sicherheit und Klimaambition zusammenbringt.

Nach wie vor sind beim Klimaschutz viele Augen weltweit auf Deutschland und die EU gerichtet. Nachdem Wladimir Putin im Frühjahr 2022 die Ukraine überfiel und damit eine Energiesicherheitskrise in weiten Teilen Europas auslöste, wurde Germanwatch immer wieder aus anderen Weltteilen gefragt: Fahren Deutschland und die EU den Klimaschutz jetzt zurück? Bekommt die heimische Kohle jetzt einen späten Frühling? Viele Menschen weltweit waren besorgt, welches Beispiel die EU und Deutschland in diesem Härtestest für ihre Klimaambition liefern. Weiterhin gilt etwas vereinfacht: Je erfolgreicher die EU und Deutschland ihre Klimaziele erreichen und ihre Klimapolitik weiterentwickeln, desto leichter haben es die Antreiber:innen des Klimaschutzes in anderen Staaten. Für die Verhinderung einer katastrophalen Klimaentwicklung ist das, was hier bei uns passiert, von besonderer Bedeutung. Das gilt ganz besonders mit Blick auf die Erweiterung der EU gen Osten und Südosten.

Dabei stehen gerade Deutschland und die EU nun vor der großen Herausforderung, wie das Ankommen des Klimaschutzes in den Wohnzimmern (und Heizungskellern) so gelingt, dass alle mitkommen und die notwendige Klimaambition keine Keile in Gesellschaften treibt. Die Debatte um das sogenannte Heizungsgesetz hat 2023 gezeigt, was auf dem Spiel steht. Führt Klimaschutz ab jetzt in den weiteren Aufstieg des Populismus und die gesellschaftliche Spaltung? Wir arbeiten daher weiter u. a. an Contracting-Konzepten, damit die Umsetzung der notwendigen Transformation im Heizungskeller ohne soziale Verwerfungen funktionieren kann. Und wir drängen darauf, dass Deutschland und die EU Instrumente vorlegen und eine Debattenkultur entwickeln, die Ängste nehmen und neue Chancen für ein besseres Leben für möglichst alle eröffnen. Ob das gelingt, wird wesentlich von der nächsten Europäischen Kommission und der Zusammensetzung des Europaparaments abhängen. Wir bei Germanwatch werden uns in den kommenden Jahren mit voller Energie und den verfügbaren Kräften dafür einsetzen, dass dieses Szenario gewinnt.



Mitarbeiter:innen

	Oldag Caspar Bereichsleiter Deutsche und Europäische Klimapolitik		Simon Wolf Bereichsleiter Deutsche und Europäische Klimapolitik (seit 01/2023)		Verena Allert Referentin für Energiewende-Kooperation Westbalkan
	Sylwia Andralojc-Bodych Referentin für EU-Klimapolitik und polnisch-deutsche Klimazusammenarbeit		Kai Bergmann Referent für deutsche Klimapolitik		David Frank Referent für Stromnetze und Klimapolitik (bis 09/2022)
	Anne Gläser Referentin für CO ₂ -Preise		Johanna Graf Referentin Digitalisierung und Klimaschutz		Charly Heberer Referent für EU-Klimapolitik (seit 03/2023)
	Maximilian Jung Koordinator nachhaltige Digitalisierung für Bits & Bäume (seit 08/2023)		Mateja Kahmann Referentin für EU-Klimagovernance (bis 05/2023)		Kirsten Kleis Referentin für Stromnetze und Erneuerbare Energien
	Dr. Georg Kobiela Referent für Industrietransformation (bis 06/2023)		Maryna Larina Referentin für Klimapartnerschaften in Osteuropa		Lukas Latz Referent für Strukturwandelzusammen- arbeit Osteuropa (seit 09/2022)
	Milot Morina Referent für Multiakteurspartnerschaft Kosovo/Westbalkan (bis 04/2023)		Jacob Rohm Referent für klimafreundliche Mobilität		Tessa-Sophie Schrader Referentin für Energiewendeforschung
	Simon Schreck Referent für Wasserstoff und Klimaneutralität (seit 02/2023)		Lena Steltzner Referentin Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Demokratie (seit 02/2023)		Dr. Manfred Treber Klima- und Verkehrsreferent
	Andrea Triki Referentin für Wasserstoff und Klimapolitik (bis 10/2022)		Hendrik Zimmermann Referent für Digitalisierung, Demokratie und Nachhaltigkeit (bis 12/2022)		Frida Marei Mühlhoff Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2023/2024 (seit 08/2023)
	Julian Zirrig Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (bis 07/2023)				

Mit Unterstützung von: Bartłomiej Kupiec, Kathrin Lehmann, Wiebke Plewe, Ronith Schalast, Domenik Treß.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Naila Duddek, Janna Leipold, Rebecca Rechenberg, Fritz Welsch.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Ingmar Jürgens, Silvie Kreibehl, Fiona Marker, Dr. Artur Runge-Metzger.

Welternährung, Landnutzung und Handel

Die globalen Ernährungssysteme stehen seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine unter höchster Anspannung. Symptomatisch zeigte sich dies durch einen **massiven Anstieg von Nahrungsmittel- und Energiepreisen**, blockierte Handelsrouten und einen dadurch erschweren Zugang zu Getreide, vor allem in von Importen stark abhängigen Entwicklungsländern. Die **Klima- und Biodiversitätskrise** verschärft diese an sich schon konflikträchtigen Entwicklungen noch weiter: Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hitzewellen, Dürren und damit einhergehend Wassermangel treten global immer häufiger auf und gefährden die landwirtschaftliche Produktivität. Um diesen Herausforderungen in und aus Europa heraus angemessen zu begegnen, müssen mit der kommenden Europawahl 2024 weiter die Weichen in Richtung des **klimaverträglichen und biodiversitätsfördernden European Green Deal** gestellt werden – einen gegenläufigen, durch agrarindustrielle Interessen geleiteten Kurs werden wir uns in keinerlei Hinsicht leisten können.

Wir setzen uns daher weiter für eine **nachhaltige deutsche wie europäische Agrarpolitik** ein, die auf den Schutz unserer Lebensgrundlagen ausgerichtet ist und eine europäisch wie global resiliente Nahrungsmittelproduktion befördert. Dazu gehört auch eine **Abkehr von der industriellen Tierhaltung**, nicht zuletzt auch aus gesundheitlichen Gründen. Der **Einsatz von Antibiotika** – vor allem von Reserveantibiotika – in der industriellen Tierhaltung **muss deutlich reduziert werden**. Die zunehmende Entstehung von Antibiotikaresistenzen führt sonst unweigerlich in eine der größten Gesundheitskrisen unserer Zeit. Thema bleibt für uns zudem auch die **Sicherstellung von entwaldungsfreien globalen Agrarlieferketten**, was durch eine konsequente Umsetzung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte und Sorgfaltspflichten für den Finanzsektor gelingen kann.

Deutsche und europäische Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Angesichts gestiegener Weltmarktpreise: Getreide muss mehr für die globale Krisenhilfe denn als Futter und Biosprit verwenden werden. Germanwatch hat sich dafür u. a. im Gespräch mit Regierungsvertreter:innen stark gemacht und sich auch für Klimaschutz, biologische Vielfalt, den Umbau der Tierhaltung und geschlossene Nährstoffkreisläufe eingesetzt.

Unsere Arbeit in diesem Bereich war weiter durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die Auswirkungen auf die internationalen Märkte geprägt. Ernterückgänge, eine blockierte Getreideausfuhr aus der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland erschwerten Importländern den Zugang zu Getreide und führten insgesamt zu gestiegenen Nahrungsmittel- und Energiepreisen. Dies spannt die Welternährungslage weiter an. Aufgelöst werden kann diese Spannung mittel- bis langfristig nur über den globalen Aufbau resilienter Landwirtschafts- und Ernährungssysteme, gerade in von Hunger besonders betroffenen Staaten. Dafür müssen verbindliche internationale Übereinkommen und Regelungen insbesondere von den G7 vorangetrieben und gefördert werden. Zur nachhaltigen Transformation der Ernährungssysteme müssen Industrienationen dezidiert Anreize setzen, um die Produktion und den Konsum von Tierprodukten deutlich zu verringern und einen Großteil des bislang für Tierfutter und auch Biosprit eingesetzten Getreides für die direkte menschliche Ernährung verfügbar zu machen.

Gemeinsam mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und wissenschaftlichen Institutionen forderten wir daher den Stopp der staatlichen Förderung für Biokraftstoffe. Ein entsprechender Brief an die Abgeordneten der FDP- und SPD-Bundestagsfraktionen wurde im September 2022 veröffentlicht.⁴² Wir brachten uns zudem aktiv in den Prozess des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zur Erarbeitung einer Ernährungsstrategie ein, die eine

⁴² <https://www.germanwatch.org/de/87417>

„gesündere, ressourcenschonendere und pflanzenbetonte Ernährung“⁴³ fördern soll – sowohl bei der Auftaktveranstaltung⁴⁴ als auch bei nachfolgenden Workshops.

Die globale Ernährungssicherheit war auch Thema eines Blogposts im November, der detailliert auf die Abhängigkeit des Globalen Südens von Getreideimporten einging. Wir plädieren darin auch für eine noch stärker einzunehmende Führungsrolle Deutschlands mit besonders betroffenen Partnerregionen und in internationalen Bündnissen sowie bei der Gestaltung der deutschen und europäischen Agrarpolitik.⁴⁵ Dies war auch Thema eines von uns initiierten Gesprächs mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Januar 2023.

Mit unserer im November 2022 durchgeführten Tagung zum Thema „Agrarpolitik in der Zeitenwende“ diskutierten wir gemeinsam mit Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik ebenfalls verschiedene Fragen zur globalen Ernährungssicherheit und nahmen dabei auch die Rollen Deutschlands und der EU näher in den Blick.⁴⁶

Mit Fokus auf die europäische Förderpolitik setzten wir uns als Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Interessensgruppe⁴⁷ im Begleitausschuss des BMEL zur Gestaltung der nächsten Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)⁴⁸ u. a. für eine zu fördernde Weidehaltung und die Umschichtung von Mitteln für den Umbau der Tierhaltung ein. Die Schaffung und Nutzung von GAP-Instrumenten insbesondere für eine mit Klimaneutralität kompatiblen Landnutzung und Landwirtschaft bleibt auch eines unserer Kernziele im Hinblick auf die kommende Europawahl 2024.

Tierhaltung nachhaltig reformieren

Germanwatch setzt sich für den systemischen Umbau der Tierhaltung ein, um auch der Antibiotika-Resistenzgefahr zu begegnen. Bei diesem Thema haben wir die Debatten entscheidend mit vorangebracht und konnten auch viele Mitstreiter:innen dafür gewinnen.

Die industrielle Tierproduktion hat diverse negative Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Klima und Umwelt. Bei unserer Arbeit für eine nachhaltige Reform der Tierhaltung konzentrierten wir uns nach wie vor darauf, tiefgreifende gesetzliche Regulierungen für eine weitestmögliche Reduktion des Einsatzes von Antibiotika in der industriellen Tierhaltung zu erwirken. Wir erhoffen uns dadurch einen dringend notwendigen, stärkeren Schutz von Antibiotika – vor allem von Reserveantibiotika – und eine entschiedene Eindämmung von antibiotikaresistenten Erregern aus der Tierhaltung. Dafür fordern wir einen Umbau der Tierhaltung, der die Tiergesundheit fördert und die Erzeuger:innen finanziell unterstützt. Dieser Umbau muss neben deutlichen Verbesserungen schon in der Tierzucht auch eine verbesserte Fütterung und essenziell mehr Tierschutz bei der Haltung ermöglichen und insgesamt auch eine drastische Reduktion der Tierzahlen beinhalten. Damit kann zugleich den weiteren negativen Auswirkungen der industriellen Tierhaltung entgegengewirkt werden. In Richtung „weniger Tiere, bessere Haltung“ drängten wir vor allem auch die unter der neuen Bundesregierung fortgeführte Zukunftskommission Landwirtschaft.⁴⁹

Zukünftig stärkerer Rückenwind durch Antibiotika-Zwischenerfolge

Gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) kritisierten wir im November 2022 in einer Stellungnahme die bis dato noch ungenügende Ausgestaltung des Tierarzneimittelgesetzes (TAMG)

43 <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsstrategie.html>

44 https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ernaehrung/ernaehrungsstrategie-stakeholder-auftakt.pdf?__blob=publicationFile&v=2

45 <https://www.germanwatch.org/de/87630>

46 <https://www.germanwatch.org/de/87590>

47 https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/EU-Agrarpolitik-Foerderung/anlage-go-bga-nsp.pdf?__blob=publicationFile&v=4

48 https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-strategieplan_begleitausschuss.html

49 <https://www.germanwatch.org/de/87453>

sowie der neuen Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie (DART 2030).⁵⁰ Diverse Kritikpunkte hatten wir bereits in vorherigen Berichtszeiträumen immer wieder mithilfe von Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Gesprächen mit Entscheider:innen allein oder zusammen mit Partner:innen in den politischen Prozess eingebracht.

Als großen Zwischenerfolg unserer jahrelangen maßgeblichen Mitarbeit am Thema werten wir, dass sowohl in der Änderung des TAMG zum 1. Januar 2023 als auch im ersten Teil der DART 2030 vom April 2023 das Ziel der EU-Farm-to-Fork-Strategie explizit aufgegriffen wurde, den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung bis 2030 im Vergleich zu 2018 um 50 % zu reduzieren.⁵¹ Dass zudem auch unserer Forderung, insbesondere Reserveantibiotika stärker zu schützen, zunehmend nachgekommen wird, zeigt sich über die mit dem TAMG ebenfalls erfolgte Reform der Erfassung von Therapiehäufigkeiten in Form von Wichtungsfaktoren: Cephalosporine der 3. und 4. Generation, Fluorchinolone und Colistin, allesamt Reserveantibiotika, werden seit diesem Jahr bei ihrer Erfassung mit Faktor 3 stärker gewichtet als alle weiteren Wirkstoffe. Dies soll Tierärzt:innen und Tierhalter:innen motivieren, diese Antibiotika zukünftig immer weniger einzusetzen.

Sehr erfreulich ist darüber hinaus, dass der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) und der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) im Jahr 2023 in jeweils einem eigenen Gutachten zu den Themen Umwelt und Gesundheit auch Stellungnahmen von uns zum Thema Antibiotika aufgegriffen haben.⁵² Diese hatten wir zum Teil allein als Germanwatch und zum Teil im Verbund mit Partner:innen aus ganz Europa schon im vorherigen Berichtszeitraum rund um für Antibiotika wichtige Prozesse auf EU-Ebene (mit)verfasst.⁵³ Kritisiert hatten wir damit schwache EU-Regulierungen zum Schutz von Reserveantibiotika. Der SRU hält nach explizitem Verweis auf unsere Stellungnahmen fest:

„Der SRU sieht Bedarf, dass die angebrachten Kritikpunkte [zur noch schwachen Regulierung von Reserveantibiotika] von der Europäischen Kommission geprüft und die delegierten Verordnungen entsprechend überarbeitet werden.“

Dies gibt unserer Arbeit weiteren Rückenwind. Dass gerade auch auf internationaler Ebene weitere Bemühungen erfolgen müssen, um den Antibiotikaeinsatz in der industriellen Tierhaltung zu reduzieren, und speziell Deutschland dafür starke Impulse setzen kann, betonten wir rund um den World Health Summit 2022.⁵⁴

Kommender Antibiotika-Report und Klage-Prüfungen

Erneut in engerer Partnerschaft mit der DUH versandten wir Anfang Januar 2023 fünf Eckpunkte zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen aus der industriellen Tierhaltung an zentrale Akteur:innen, die aus den Bereichen Land- und Fleischwirtschaft, Handel und Ernährung, Pharma und Futtermittel, Human- und Tiermedizin sowie Umwelt und One-Health stammten.⁵⁵ Beigefügt war ein Antwortbogen mit der Bitte um Bewertung unserer Eckpunkte. Wir wurden dabei von 21 weiteren Verbänden aus der Human- und Veterinärmedizin sowie aus dem Umwelt- und Tierschutz unterstützt. Die Auswertung aller Antworten sowie eine grundlegende inhaltliche Einleitung zur Thematik veröffentlichten wir Ende September 2023. Damit haben wir abermals dezidiert bei politischen Entscheider:innen für noch bessere Antibiotikaregulierungen geworben. Besonders gefreut haben wir uns darüber, dass es allein schon nach der Aussendung unsere Eckpunkte zu weiterem

50 <https://www.germanwatch.org/de/87665>

51 <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/180-tamg.html>; <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/antibiotika-resistenzen/dart-2030.html>

52 https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2020_2024/2023_06_SG_Umwelt_und_Gesundheit_zusammendenken.html; <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/gesundleben>

53 <https://www.germanwatch.org/de/85390>; <https://noharm-europe.org/articles/press-release/europe/health-professionals-urge-european-commission-safeguard-life-saving>

54 <https://www.germanwatch.org/de/87506>

55 <https://www.germanwatch.org/de/87835>

Interesse daran kam⁵⁶ sowie auch zu ersten vertraulichen, konstruktiven Einzelgesprächen mit Akteur:innen aus Politik, Fleisch- und Milchwirtschaft. Darauf werden wir zukünftig hoffentlich weiter aufbauen können.

Nachdem wir bereits im vorherigen Berichtszeitraum rechtliche Einwendungen gegen den geplanten Bau einer neuen Hähnchenmastanlage in Niedersachsen eingereicht hatten,⁵⁷ behielten wir zuletzt die behördlichen Entwicklungen dazu weiter im Auge. Die finale Entscheidung der Behörde zum Bauantrag stand bei Redaktionsschluss des Rechenschaftsberichts noch immer aus. Sollte dem Bauantrag stattgegeben werden, so behalten wir uns eine Klage dagegen vor, da die Anlage mit einem vorhersehbar routinemäßigen Einsatz von Antibiotika nach unserer Einschätzung gegen die neue EU-Tierarzneimittelverordnung verstößt. Im Berichtszeitraum haben wir außerdem auch über eine generelle Litigation-Strategie (strategische Prozessführung) für den Bereich Landwirtschaft und Ernährung sowie zusammen mit Partner:innen über potentielle Hebelpunkte für eine Abkehr von der industriellen Tierhaltung nachgedacht. Daraus wollen wir nach und nach weitere vielversprechende und gangbare Wege auf rechtlicher Ebene entwickeln.

Handelspolitik und Lieferketten nachhaltig gestalten

Am neuen EU-Gesetz für entwaldungsfreie Produkte – ein historischer Meilenstein – haben wir durch konkrete Vorschläge und durch Erzeugung öffentlichen Drucks mitgewirkt. Damit Entwaldung von der EU auch nicht weiter finanziert wird, setzen wir uns nun für Sorgfaltspflichten im Finanzsektor ein und stärken den Dialog mit anderen Märkten und Produktionsländern für entwaldungsfreie Lieferketten weltweit.

Ende Juni 2023 trat die EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EU Deforestation Regulation – EUDR) in Kraft – ein historischer Meilenstein. Die Verordnung verpflichtet diejenigen Unternehmen zu Sorgfaltspflichten, die Kaffee, Soja, Kakao, Holz, Ölpalmen, Rindfleisch, Kautschuk und viele der daraus hergestellten Produkte auf den EU-Markt bringen oder aus der EU ausführen. Die Unternehmen müssen nachweisen, dass die Produktionsflächen nach dem 31.12.2020 weder gerodet noch Wald für die Produktion geschädigt wurden. Zudem müssen sie sicherstellen, dass alle Gesetze der jeweiligen Produktionsländer eingehalten wurden.

Zusammen mit dem Think Tank Climate & Company untersuchten wir zuletzt insbesondere die Berichts- und Sorgfaltspflichten des europäischen Finanzsektors zur Vermeidung von Entwaldung in einer Reihe von EU-Gesetzen⁵⁸. Um europäische, zu Entwaldung beitragende Investitionen für die Agrar- und Energieproduktion zu unterbinden, fordern wir die Pflicht zur Offenlegung von Entwaldungsrisiken sowie verpflichtende Sorgfaltspflichten für Finanzakteur:innen.⁵⁹ In Blogbeiträgen⁶⁰, Fachartikeln⁶¹, Pressemitteilungen⁶², in den sozialen Medien⁶³ sowie in Hintergrundgesprächen und Stakeholder-Dialogen wiesen wir auf Schwachstellen der Verordnung hin und brachten unsere Forderungen in die Abstimmungen im Parlament, in Dialogen mit den deutschen Ministerien und in den EU-Trilog ein.

Mit der Wiederwahl von Luiz Inácio Lula da Silva zum Präsidenten von Brasilien und dessen Versprechen zur Beendigung von illegaler Abholzung im Amazonas hat sich das politische Fenster zur Ratifizierung des EU-Mercosur-Handelsabkommens, das schon lange zur Diskussion steht, wieder geöffnet. Die Bereitschaft der EU und der Mercosur-Staaten enger zusammenzuarbeiten, hat auch aufgrund der geopolitischen Polarisierung zwischen autoritäreren Staaten und Demokratien

56 https://www.youtube.com/watch?v=DtXPBwjIH_E&t=3s

57 <https://www.germanwatch.org/de/87133>

58 <https://www.germanwatch.org/de/87749>

59 <https://www.germanwatch.org/de/88621>

60 <https://www.germanwatch.org/de/88473>; <https://www.germanwatch.org/de/87718>

61 <https://www.oekom.de/ausgabe/druck-auf-die-flaeche-80968>

62 <https://www.tagesschau.de/inland/erdueberlastungstag-ressourcen-102.htm>

63 <https://twitter.com/Germanwatch/status/1658731264164220929>; <https://twitter.com/EUCouncil/status/1658391319511744512>; <https://twitter.com/Germanwatch/status/1600164675823378434>; <https://twitter.com/Germanwatch/status/1569233490075344898>

– zuletzt etwa durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine – trotz der neutralen Rolle Brasiliens in diesem Konflikt zugenommen. Wir sehen in dem verhandelten Freihandelsabkommen und der von der EU Kommission präsentierten Zusatzvereinbarung zum Schutz internationaler Umweltabkommen das Risiko, dass dadurch der Handel mit Produkten gefördert wird, die Klima- und Transformationszielen entgegenstehen. Eine solche Entwicklung ist mit der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens nicht vereinbar.

Im Jahr 2022 verfolgte unser Bereich zum ersten Mal direkt vor Ort die agrarpolitischen Verhandlungsergebnisse rund um Landwirtschaft auf der Weltklimakonferenz im ägyptischen Sharm El Sheikh (COP 27).⁶⁴ Wir nutzten die internationale Konferenz auch für Vernetzungstreffen mit Expert:innen aus China, der EU und Lateinamerika für die nachhaltige Gestaltung von Lieferketten. Daraus entwickelte sich ein regelmäßig stattfindender informeller internationaler Austausch zu entwaldungsfreien und nachhaltigen Agrarlieferketten.

Ausblick

Europawahl 2024: nachhaltige Landwirtschaft im Sinne des European Green Deals oder schwerwiegende Rückschritte? Dringend nötig sind Reformen der Tierhaltung – Deutschland kann vorangehen.

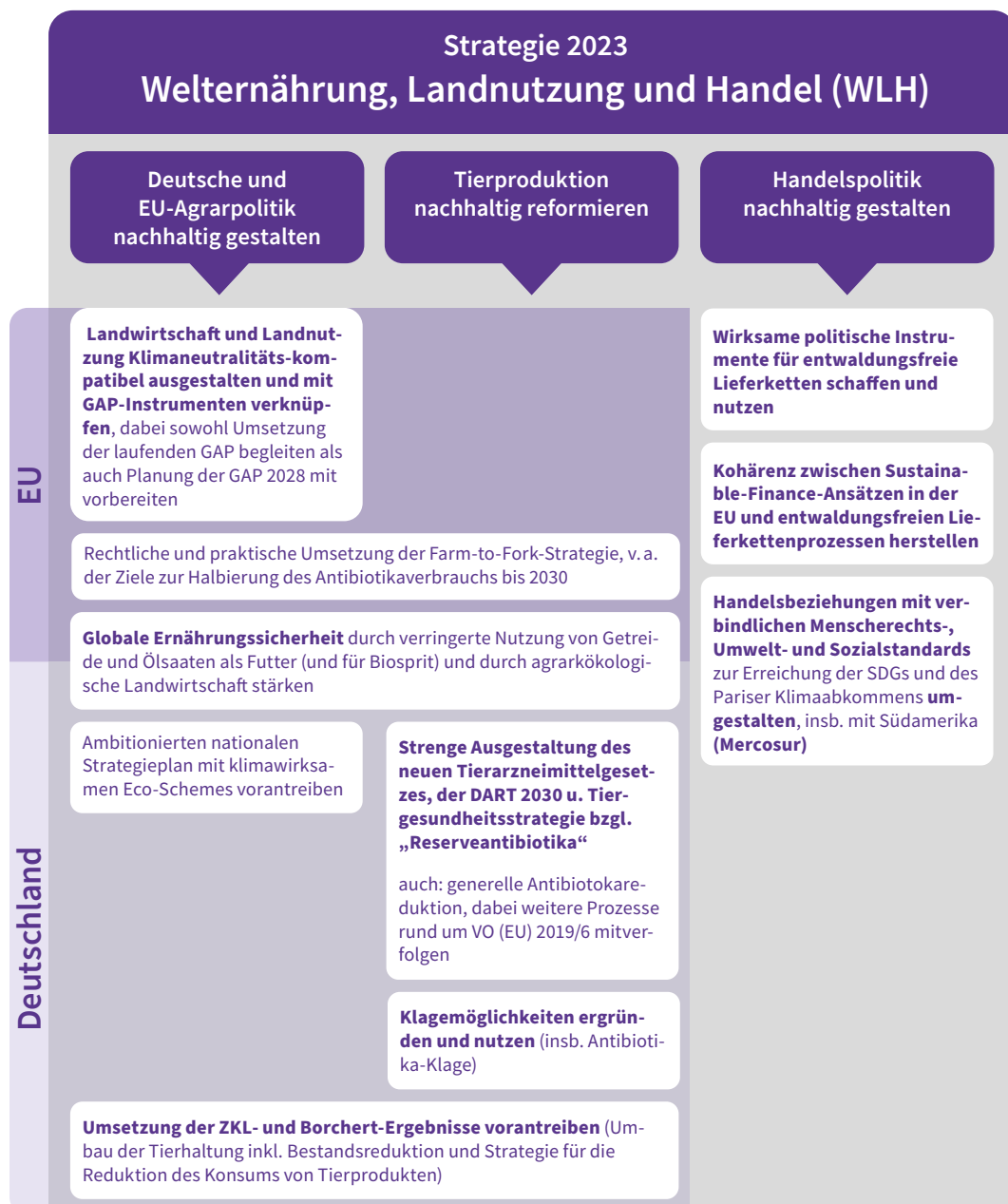
Im kommenden Berichtszeitraum wird ein Fokus unserer Arbeit weiter auf den Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine auf die globale Ernährungssicherheit und dem damit verbundenen drastischen Anstieg der Weltmarktpreise für Getreide sowie der verschlechterten Ernährungssituation vor allem importabhängiger Entwicklungsländer liegen. In zwei (Kurz-)Studien werden wir darstellen, wie die europäische Landwirtschaft auf die Preiskrise reagieren kann, ohne in Konflikt mit ihren eigenen Klima- und Biodiversitätszielen zu geraten, und wie zugleich nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft in Ländern des Globalen Südens gefördert statt verhindert werden können. Wir wollen damit bei politischen Entscheidungsträger:innen ein Bewusstsein schaffen, dass das Erreichen des UN-Nachhaltigkeitsziels zum Beenden des Hungers komplexere Lösungsansätze erfordert, als einfach nur die Produktion in der EU zu erhöhen, wie es die Agrarindustrie und mit ihr verbundene Bauernverbände seit einer Weile überlaut fordern. Diesbezüglich wird die kommende Europawahl 2024 eine zentrale Weichenstellung: Wird die künftige europäische Agrarpolitik mit schwerwiegenden Rückschritten zu einer auf bloße Maximierung ausgerichteten Produktionslogik zurückgehen oder gewinnen mit der Wahl die Kräfte, die im Sinne des European Green Deals eine stark nachhaltige und zugleich oder gerade dadurch ernährungssichernde Landwirtschaft anstreben? Damit das gelingt und in den ländlichen Regionen die notwendige Unterstützung findet, brauchen wir dazu allerdings Bündnisse weit über die Öko-Nische hinaus. Vielen Landwirt:innen ist die Beantwortung der Frage sehr wichtig, wie eine Anpassungsstrategie an die Klimakrise gelingen kann, die ihnen und der Region eine Perspektive für die Zukunft gibt. Dies ist mit der Frage zu verknüpfen, welche Form der Landwirtschaft Teil der Lösung statt des Problems ist und welche Perspektiven für die Region aus dem lösungsorientierten gesellschaftlichem Umbau entstehen können. Wir werden die kommenden Entwicklungen rund um die Europawahl sowie die Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP), die 2028 in Kraft treten soll, verfolgen und uns konstruktiv sowie mit Nachdruck – wo möglich auch in ungewöhnlichen Allianzen – für nachhaltige Ansätze einsetzen.

Auf nationaler Ebene muss die Bundesregierung den Umbau der Tierhaltung noch stärker als bislang vorantreiben. Dafür müssen u. a. die geplante Novellierung des Tierschutzgesetzes, die im Koalitionsvertrag anvisierte, aber bislang noch nicht umgesetzte Tiergesundheitsstrategie sowie der noch fehlende konkrete Aktionsplan zur DART 2030 starke Regulierungen enthalten. Diese müssen allerdings so angelegt sein, dass sie für die Landwirt:innen jenseits der industriellen Tierhaltung auch

⁶⁴ https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_factsheet_zur_cop27_2023_0.pdf (S. 8. Initiativen und Ankündigungen)

neue tragfähige Perspektiven aufbauen. Auf Regierungsebene zu klären ist in diesem Sinne auch weiterhin die Finanzierung des Umbaus. Bei der weiteren Regulierung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung ist es wichtig, ein explizites Verbot von Reserveantibiotika zumindest als Metaphylaxe und Prophylaxe zur Behandlung ganzer Tiergruppen, wie es gerade in der Geflügelmast weit verbreitet ist, gesetzlich festzuschreiben. Es bedarf außerdem auch noch einer generellen, praktisch ausgerichteten Definition, wie der verminderte Einsatz von Antibiotika angesichts der massiven Risiken für Menschen durch Antibiotikaresistenzen gemäß der seit Januar 2022 gültigen EU-Tierarzneimittel-Verordnung in Deutschland umgesetzt und vollzogen werden soll. Deutschland kann und muss bei all diesen Fragen vorangehen und deutliche Impulse auf europäischer Ebene setzen.

Nicht zuletzt werden wir unsere Advocacy-Arbeit zur konkreten Umsetzung der EUDR fortführen. Branchen mit Standards wie „Bio“ und „Gentechnikfrei“, die ihre Lieferketten seit vielen Jahren rückverfolgen, werden wir interviewen und daraus Empfehlungen für die EU-Kommission und die Bundesregierung zusammenstellen. Mit unseren brasilianischen Partner:innen werden wir darüber reden, wie Kleinbäuer:innen unterstützt werden können, um die Anforderungen der EUDR zu erfüllen. Wir unterstützen zudem weiterhin die Vernetzung von Akteur:innen aus China, der EU und dem Mercosur durch die Veranstaltung von Vernetzungstreffen.



Mitarbeiter:innen

	Konstantinos Tsilimekis Bereichsleiter Welternährung, Landnutzung und Handel		Katharina Brandt Referentin für Agrarpolitik		Tobias Reichert Referent für Agrarpolitik und Welthandel Projekt- leiter Klimafreundliche Landwirtschaft
	Pia Enders Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2023/2024 (seit 08/2023)		Hannah Fuge Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (bis 07/2023)		

Mit Unterstützung von: Matilda Franz.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Julian Kämmerer, Luisa Ludwig.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Klemens van de Sand, Dr. Artur Runge-Metzger, Michael Windfuhr.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Corona-Pandemie hatte drastische Auswirkungen auf den schulischen und außerschulischen Bildungsbereich, der sich übereilt mit Mühe und Not an die Situation anpassen musste. Auch das **Engagement für Klimaschutz und Nachhaltigkeit litt unter der Pandemie**: So ist die Beteiligung von Jugendlichen bei Fridays for Future massiv eingebrochen und die Konzentration auf den „wesentlichen“, d. h. prüfungsrelevanten Unterrichtsstoff drückte Klima- und Nachhaltigkeitsthemen oft in den Hintergrund. Die zunehmenden psychischen Belastungen durch Corona, aber vor allem durch die immer **spürbareren Folgen der Klimakrise** – jetzt und vor allem in der Zukunft – **verunsichern Kinder und Jugendliche**. Zur Unzufriedenheit trägt auch bei, dass Kinder und Jugendliche vom Handeln der Politik und dessen Auswirkungen in der Zukunft sehr stark betroffen sind, aber nur wenig Mitsprachemöglichkeiten haben.

Der Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 sorgte für eine weitere **Zunahme der Verunsicherung**. Das **Bildungssystem reagierte unzureichend** auf diese Herausforderungen: 86 % aller Lehrer:innen haben in ihrer Ausbildung nichts oder wenig von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gehört. Es braucht Freiräume, um sich motivierend mit den Herausforderungen einer nachhaltigen Transformation der Gesellschaft oder der Resilienz in multiplen Krisen und Anpassung an diese Krisen auseinanderzusetzen. Doch solche Freiräume existieren im Schulsystem kaum. Auch das **UNESCO-Programm BNE 2030 ist in der schulischen Bildung noch nicht angekommen** – in der Regel selbst in den Schulen nicht, die sich zum sogenannten Whole School Approach (einem ganzheitlichen Lehr- und Lernansatz, der die Umsetzung von Nachhaltigkeit und des BNE-Konzepts in allen Bereichen schulischer Aktivitäten fordert) offiziell bekennen. Außerschulische Akteur:innen bieten hier bereits spannende Angebote. Der BNE-Bereich von Germanwatch ist mit dem **Bildungs- und Engagementkonzept des gesellschaftlichen und politischen Handabdrucks** gut aufgestellt, um passende Handlungsoptionen für die Herausforderungen zu erarbeiten und Transformation gestalten zu lernen. Es freut uns sehr, dass der **Handabdruck immer mehr wahrgenommen, nachgefragt und vor allem aufgegriffen** wird.

Vom Fußabdruck zum Handabdruck

#climatechallenge – In einer Zeit vielfältiger Krisen bieten wir in spannenden Netzwerken weitergehende Ansätze, um Bildung zu gestalten: nicht beim individuellen Verhalten aufhören, sondern zum politischen #Engagement befähigen. Perspektivwechsel! Jetzt! #Handabdruck #BNE2030



Das Projekt #climatechallenge startete Anfang 2023. Gemeinsam mit unseren Verbundpartnern netzwerk n und dem Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel (KAT) laden wir Menschen in ganz Deutschland dazu ein, wirksamen Klimaschutz voranzubringen. Das Bildungsformat der #climatechallenge wurde als Pilotprojekt an der Hochschule Konstanz entwickelt und umgesetzt. Nun verbreiten wir es bundesweit an Schulen, Hochschulen, außerschulischen Lernorten und in Kommunen. Dazu bilden wir knapp 600 Multiplikator:innen aus, die interessierte Gruppen bei ihren #climatechallenges begleiten. Zentral ist bei diesem Selbstexperiment, dass die Teilnehmer:innen den Perspektivwechsel von der Arbeit an der Verringerung des Fußabdrucks hin zur Vergrößerung des Handabdrucks nachvollziehen und im Rahmen gemeinsamer, transformativer Projekte direkt umsetzen. Nach der Projektaufbauphase, der Weiterentwicklung des Bildungsformats und Bewerbung des Projekts über eine eigene Projektwebseite⁶⁵ und sonstige Medienkanäle, haben wir 30 Personen als Multiplikator:innen ausgewählt, die sogenannten „Climate Challenger:innen“. Sie werden besonders intensiv geschult und führen die #climatechallenge an Schulen und Hochschulen durch. Im Herbst 2023 starteten wir mit der Ausbildung der Climate Challenger:innen sowie mit Kompakt-Schulungen für weitere Multiplikator:innen an Schulen und außerschulischen Lernorten.

⁶⁵ <https://www.climatechallenge.de/>

Transformative Bildung ausbauen

Alle im BNE-Bereich leisteten Handabdruck-Beratung und -Unterstützung für engagierte Gruppen, Verbände oder Interessierte. Diese Teamleistung unterstützt dabei auch die Stelle des NRW-Fachpromotors Klima und Entwicklung für entwicklungspolitische Bildungsarbeit in NRW. Die eingehenden Anfragen beziehen sich immer stärker auf die Suche nach einer wirksameren Bildungsarbeit. Wir konnten unseren Beitrag dazu leisten, dass der Ansatz einer transformativen Bildung für BNE entsprechend dem UNESCO-Programm BNE2030 und der Dublin Declaration zum Globalen Lernen (GL) sowohl bekannter wird als auch aufgegriffen wird. Dieser Ansatz hilft, globale Herausforderungen – vor allem die Hauptbetroffenheit der Menschen in den Ländern des Globalen Südens durch die Folgen der Klimakrise und durch Menschenrechtsverletzungen – nicht in Resignation oder Rückzug ins Private, sondern in transformatives Engagement zu verwandeln. Der weiterentwickelte BNE/GL-Ansatz unterstützt Gruppen und Engagierte, ihre Anliegen an Entscheidungsträger:innen zu vermitteln und sich wirkungsvoller in ihrem Aktionsradius und darüber hinaus für bleibende soziale und ökologische Veränderungen einzusetzen.

Engagement mit dem Handabdruck vertiefen

Der spannende Blog: Mit dem #Handprintheb vermitteln wir #Handwerkszeug des Wandels. #TransformationGestaltenLernen macht Spaß, empowert und inspiriert Lernende zum #Handeln. Blog-Inhalte: Gemeinsam entdecken und transformieren wir nicht-nachhaltige Strukturen und Hinterlassen einen transformativen #Handabdruck.

Im BNE-Bereich beschäftigen wir uns intensiv damit, wie Bildung Menschen zu einem transformativen Engagement für den Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung für alle inspirieren und befähigen kann. Dieses Engagement muss an Strukturen ansetzen und bleibende Veränderungen anstoßen. Dazu haben wir in den letzten Jahren viele praktische Tools und Materialien entwickelt, Workshops gegeben und Programme gestaltet.

Mit dem Blog #Handprintheb zum Thema „Transformation gestalten lernen“⁶⁶, der im Mai 2023 gestartet ist, wollen wir Erfahrungen und Debatten rund um transformative Bildung, das Konzept des Handabdrucks und transformatives Engagement nun bündeln und hilfreiche Impulse und Angebote zur Verfügung stellen. Der Blog soll verschiedene Zielgruppen ansprechen und ihnen einen Ort des Austauschs bieten: Zu den Zielgruppen gehören Bildungs-Multiplikator:innen, Akteur:innen in Wissenschaft und Praxis, Nachhaltigkeits-Multiplikator:innen und Aktive in Gruppen, Initiativen und Organisationen, die sich mit anderen zusammen engagieren, in politische Prozesse in ihrem Umfeld einmischen wollen. Ziel ist es, dadurch Debatten innerhalb der BNE-Community anzustoßen und auch darüber hinaus sichtbar zu machen.



Die Beiträge reichen von Take-Aways aus aktuellen BNE-Projekten über die Aufbereitung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse aus Psychologie, Politikwissenschaften oder Bildungsforschung bis hin zu ganz konkreten Handlungstipps für das eigene Engagement und Methoden für die Bildungsarbeit. Auf dem Blog lassen wir auch externe Akteur:innen zu Wort kommen, die von ihren Erfahrungen in transformativer Bildung und transformativem Engagement berichten, neue Perspektiven einbringen und ihre Expertise oder praktische Materialien teilen möchten.

Inzwischen gab es unter anderem Impulse zu: Zukunftsvisionen in der BNE⁶⁷, von „Klimawende von unten“ zum Transformationspotential direkter Demokratie⁶⁸, zum Umgang junger Menschen mit

⁶⁶ <https://www.handprint-hub.de/transformative-bildung>

⁶⁷ <https://www.handprint-hub.de/bne-braucht-positive-zukunftsvisionen>

⁶⁸ <https://www.handprint-hub.de/klimagerechte-kommunen-transformationspotenzial-direkter-demokratie>

Emotionen in der Klimakrise⁶⁹, von Abenteuer Lernen e. V. zur inklusiven BNE-Arbeit mit Kindern⁷⁰ oder zu Perspektivwechseln in Umweltpsychologie und BNE⁷¹ und zu den Erkenntnissen aus unserem Begleitprogramm „Handwerkszeug für Zukunftshandeln“⁷². Ebenfalls auf dem Blog zu finden sind die sieben Podcast-Folgen zu transformativer BNE und Umweltpsychologie, die im neuen Podcast-Kanal „Zukunftsfähig“⁷³ veröffentlicht wurden und auf sehr positive Resonanz stießen.

Der Blog wird begleitet durch den Twitteraccount @handprintheub, durch den insbesondere die Aufmerksamkeit für neue Blogbeiträge erhöht werden soll. Auf dem Twitterkanal werden zudem Themen und Akteur:innen rund um den Handabdruck gepostet und der Kanal dient auch dazu, sich aktiv mit dem BNE-Netzwerk zu verbinden. Bis Ende August 2023 wurden bereits 63 Tweets veröffentlicht, die für einen noch recht jungen Kanal eine hohe Sichtbarkeit haben.

Erfolge mit dem Methoden-Handbuch zum Handabdruck



Neben dem Blog haben wir dieses Jahr begonnen, mit dem Methoden-Handbuch zum Handabdruck⁷⁴ zu arbeiten und sind begeistert über die große Nachfrage (u. a. auf dem Blog). Das Methoden-Handbuch fasst unsere gesammelten Methoden und Erfahrungen aus mehr als 5 Jahren Arbeit mit dem Bildungs- und Engagementkonzept des Handabdrucks zusammen. Es enthält 20 Ideen für 4 Lernphasen:

- Phase 1: Handabdruck-Perspektive kennenlernen
- Phase 2: Ansatzpunkte für den eigenen Handabdruck finden
- Phase 3: Eigene Handabdruck-Projekte strategisch planen
- Phase 4: Eigene Handabdruck-Projekte umsetzen

Je nach Kontext, Ausgangspunkt und Zielgruppe können Nutzer:innen des Handbuchs damit das Konzept des Handabdrucks vermitteln und das Konzept so in die Breite tragen.

Jugendbeteiligung stärken und verankern

#MitmischenNRW – Wir haben Räume geschaffen, in denen junge Menschen die nachhaltige Entwicklung NRWs mitgestalten können. Im Gespräch mit Entscheidungsträger:innen brachten und bringen sie ihre Forderungen ein und verändern so politische Strukturen! #MehrJugendbeteiligung

Das Jugendbeteiligungsprojekt #MitmischenNRW ermöglicht jungen Menschen die Teilhabe an nachhaltigkeitspolitischen Prozessen in NRW. 15 engagierte Jugendliche begleiten das Programm und planen in regelmäßigen Treffen Veranstaltungen wie Konferenzen und parlamentarische Abende. Auf der #MitmischenNRW-Konferenz im Juni 2023 kamen junge Engagierte zusammen und entwickelten in Kooperation mit Fachexpert:innen Forderungen zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie ihres Bundeslandes. Sie haben die jugendpolitischen Nachhaltigkeitsforderungen mit dem Staatssekretär des NRW-Umweltministeriums Viktor Haase diskutiert und sie bei verschiedenen Nachhaltigkeitsgremien und Arbeitskreisen des Landes vorgestellt.



69 <https://www.handprint-hub.de/junge-emotionen-zu-klima-engagement-bessere-zukunft>

70 <https://www.handprint-hub.de/von-seifenblasenmaschinen-und-klimawandel>

71 <https://www.handprint-hub.de/perspektivwechsel-umweltpsychologie-und-bne>

72 <https://www.handprint-hub.de/lernen-durch-engagement>

73 <https://www.germanwatch.org/de/podcast-zukunftsaehig>

74 <https://www.germanwatch.org/de/88147>



Konferenz #MitmischenNRW in Wuppertal am 3.6.2023.

Handabdruck Beratung – #Handwerkszeug für Zukunftshandeln

Mit der Handabdruck-Website⁷⁵ vermitteln wir #Handwerkszeug für Zukunftshandeln für die #Transformation. Wir haben mit Gruppen gemeinsam Ziele entwickelt, strategisch geplant, Kommunikationsskills und den Umgang mit #Emotionen eingeübt. Viele haben unseren 📧 Newsletter abonniert – Du auch?

Der BNE-Bereich stiftet in Projekten, auf (Fach-)Seminaren, Konferenzen und in Workshops dazu an, resilient und wirkmächtig auf globale und lokale Herausforderungen zu reagieren. Wir liefern Impulse, die Erkenntnisse aus der Umwelt- und Sozialpsychologie für transformative Bildung und Engagement nutzbar machen. Unsere Ansätze, neuen Publikationen und Veranstaltungen verbreiten wir mit dem BNE-Newsletter „Transformation gestalten lernen“⁷⁶, der mit derzeit knapp 700 Empfänger:innen in der Szene sehr gut aufgenommen wurde.

Erfolgreich war die über eineinhalb Jahre laufende Beratung von fünf Gruppen in NRW im Projekt #Handwerkszeug für Zukunftshandeln. Dabei wurden die Gruppen in ihrem Engagement mit dem Handabdruck begleitet und bekamen durch passgenaue Workshops Fertigkeiten für wirksames Engagement vermittelt – eben das Handwerkszeug für Zukunftshandeln. Im Rahmen des Projekts entstand außerdem ein Handabdruck-Film mit Expert:innen-Interviews⁷⁷; die Langfassungen der Interviews sind zudem als eigene Videos abrufbar (weitere Infos: Warum brauchen wir die Handabdruck-Perspektive? Ein Interview mit dem politischen Germanwatch-Geschäftsführer Christoph Bals⁷⁸).

Wir arbeiten in unserer Bildungs- und Beratungsarbeit mit Hebeln, um demokratisch Strukturen zu verändern und gemeinsam an der Transformation mitzuwirken. Wir unterstützen Engagierte dabei, resilient und wirkungsvoll auf globale Herausforderungen zu reagieren. Dies konnten wir in den letzten Jahren effektiver umsetzen, da wir Erkenntnisse aus der (Umwelt-)Psychologie, der Pädagogik und den Sozialwissenschaften für transformative Bildung und Engagement genutzt haben. Wir gestalteten BNE national – z. B. in der Nationalen Plattform BNE – und international mit und setzten uns für eine strukturelle Verankerung ein. In Deutschland sind wir im Bündnis ZukunftsBildung aktiv

⁷⁵ <https://www.germanwatch.org/de/handprint>

⁷⁶ <https://www.germanwatch.org/de/newsletter-anmeldung-transformation-gestalten-lernen>

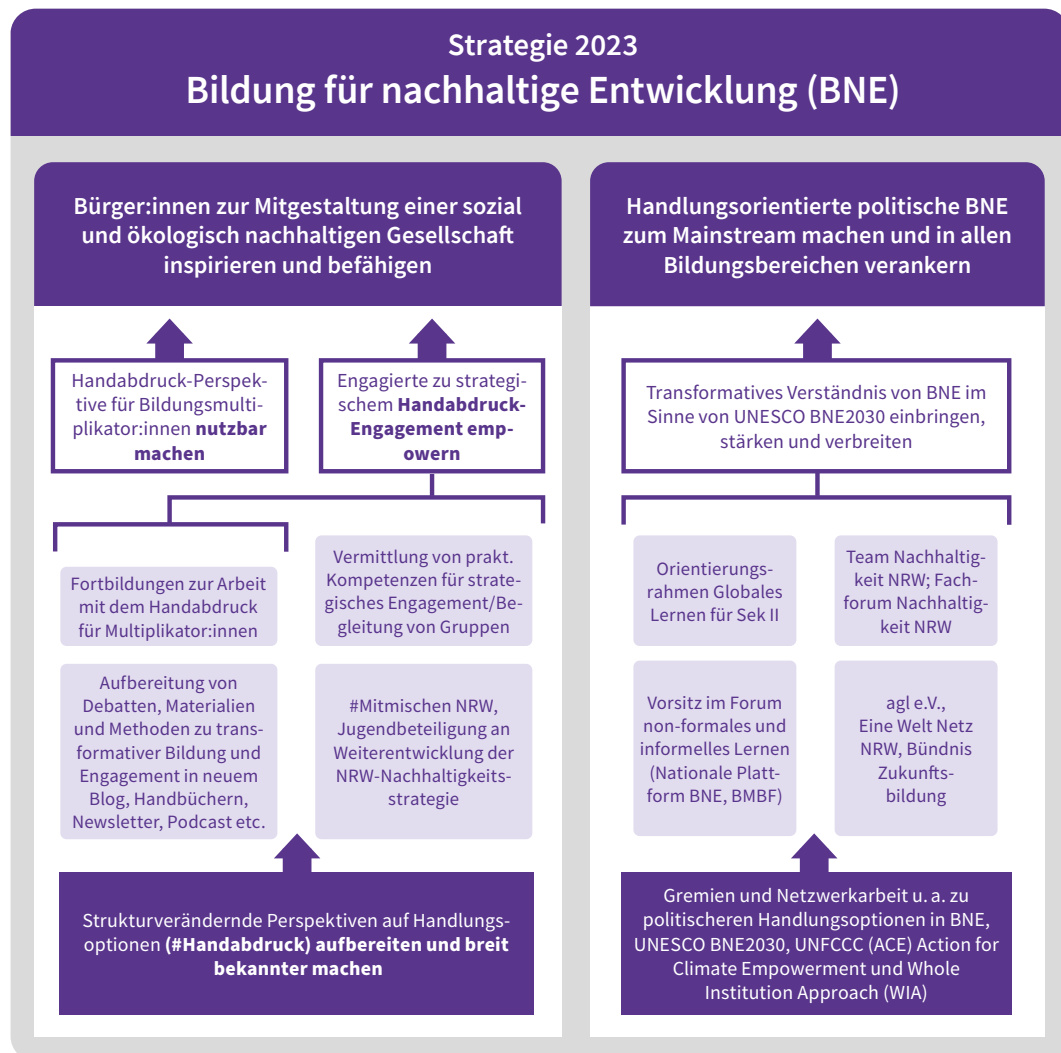
⁷⁷ <https://www.germanwatch.org/de/89305>

⁷⁸ <https://www.germanwatch.org/de/89389>

und konnten in diesem Zusammenhang Forderungen in die Koalitionsverhandlungen nach der NRW-Landtagswahl erfolgreich einbringen.

Newsletter „Transformation gestalten lernen“

Unser Newsletter „Transformation gestalten lernen“⁷⁹ erreicht knapp 800 Akteure aus dem Engagement- und Bildungsbereich. Er informiert ca. alle sechs Wochen zu Debatten, Publikationen und Veranstaltungen.



Ausblick – #Transformation wählen und gestalten











#Transformation wählen und gestalten: Gemeinsam mit Partner:innen in Deutschland und aus dem Globalen Süden entwickeln wir transformative #BNE weiter und stehen politisch – gerade auch im Kontext der Europawahlen – für Bildung ein, die angemessen auf multiple Krisen reagiert #epistemic_fit. #BündnisZukunftsbildung #NRW-Landtagswahl #Europawahl 2024

Mit unseren Projekten nehmen wir kommende Ereignisse und Veranstaltungen in den Blick: über die UN-Klimakonferenzen, den UN Summit of the Future (auch UN-Zukunftsgipfel genannt) bis

⁷⁹ <https://www.germanwatch.org/de/newsletter-anmeldung-transformation-gestalten-lernen>

zu regionalen und nationalen Wahlen. Einen Schwerpunkt wird dabei die entwicklungspolitische Debatte rund um die Wahl zum Europaparlament im Sommer 2024 einnehmen. Wir beraten, wie diese Ereignisse in der Arbeit von Verbänden, Gruppen und Engagierten genutzt werden können, um Themen strategisch voranzubringen. Weiterhin fordern wir zusammen mit unseren Partner:innen – wie dem #BündnisZukunftsbildung und den #Teachers4Future – von der Politik, ein zukunftsfähiges Bildungssystem, Nachhaltigkeit als Grundstein aller Bildung, ausreichende Finanzierung für BNE und transformatives Lernen im Sinne des UNESCO-Programms BNE 2030 zu ermöglichen und zu verankern.

Mitarbeiter:innen

	Stefan Rostock Bereichsleiter Bildung für nachhaltige Entwicklung, NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung		Daniela Baum Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung		Melanie Gehenzig Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung
	Marie Heitfeld Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung		Aylin Lehnert Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung (seit 01/2023)		Alexander Reif Referent Bildung für nachhaltige Entwicklung
	Carina Spieß Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung (seit 01/2023)		Katja Thiele Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung (seit 03/2023)		Zoe Hollmann Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2023/2024 (seit 08/2023)
	Frieda Meckel Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (bis 07/2023)				

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Ramona Ehl, Martin Fliegner, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Michael Geisler, Holger Voigt).

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Tabea Bartels, Franca Bruder, Hannah Büchel, Kira Gatzemeier, Moritz von der Heiden, Sarah Winter.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Karl-Eugen Huthmacher.

Pressearbeit

Die umfassenden direkten und indirekten Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Energie- und Rohstoffbereich sowie die vielfältigen Entwicklungen in Bezug auf Klima-, Agrar- und Menschenrechtspolitik haben unsere Pressearbeit 2022/23 dominiert. Wir konnten dabei die im vorangegangenen Berichtszeitraum stark vergrößerte Reichweite erhalten und sind für viele Schlüsselmedien in unseren Themenfeldern noch wichtigere Ansprechpartner:innen geworden. Zudem haben wir signifikante Fortschritte bei der Weiterbildung der Medienkompetenz vieler Kolleg:innen gemacht. Dies wird uns insbesondere bei der Begleitung und Kommentierung von Großveranstaltungen wie der Weltklimakonferenz oder auch im Vorfeld der Europawahl 2024 helfen, noch erfolgreicher zu kommunizieren.

Unsere Pressearbeit erreicht Leitmedien und beeinflusst Debatten

Die Weltklimakonferenz war mit Blick auf unsere Medienresonanz wieder das Highlight des Jahres. Insbesondere die Pressekonferenz zur Veröffentlichung unseres Klimaschutz-Index sowie Hintergrundrunden vor Ort trugen zu diesem Erfolg bei.

Energie- und Nahrungsmittelkrise, Klimapolitik auf nationaler und internationaler Ebene, das Ringen innerhalb der Bundesregierung darum, Menschenrechte in den Liefer- und Wertschöpfungsketten deutscher und europäischer Unternehmen zu verankern, oder die Angriffe der fossilen Lobby auf die internationale Klimapolitik – dies sind einige der Kernthemen, mit denen sich unsere Pressearbeit im Berichtszeitraum beschäftigt hat. Wir haben wieder auf vielfältige Weise kommuniziert: mit Pressemitteilungen und Kommentaren, noch öfter als zuvor aber auch mit Gastbeiträgen und Briefings für Journalist:innen. Insgesamt ist es uns erneut gelungen, eine Vielzahl von Medien in Deutschland und auf internationaler Ebene zu erreichen. Wir haben über 80 Pressemitteilungen versendet und Germanwatch wurde allein in Online-Medien weltweit mehr als 10.000-mal genannt. Aber auch ohne Nennung ist es uns in zahlreichen Fällen gelungen, Themen zu setzen und mit Hintergrundinformationen die Berichterstattung zu bereichern: z. B. bei der Weltklimakonferenz in Ägypten (COP27), bei Lösungen für Menschenrechtsverletzungen in Wertschöpfungsketten von Unternehmen oder Lösungen zum übermäßigen Antibiotikaeinsatz in der industriellen Tierhaltung.

In puncto Medienpräsenz war die COP27 erneut eine Hochphase für uns. Wir waren gefragte Gesprächspartner:innen bei deutschen und internationalen Medien, mehrere Hintergrundrunden von uns erfreuten sich großen Interesses. Der bei der COP27 vorgestellte Climate Change Performance Index⁸⁰ (CCPI; Klimaschutz-Index) wurde im Berichtszeitraum allein in Online-Medien über 2.300-mal zitiert. Vor allem in Indien und Australien konnte der CCPI auch die politische Debatte beeinflussen, in beiden Ländern wurde er in Medien je über 400-mal zitiert und tauchte auch in Wortbeiträgen von Politiker:innen auf. In Deutschland kamen wir ebenfalls auf mehr als 400 Zitierungen, darunter in zahlreichen Leitmedien wie der ARD-Tagesschau⁸¹, ZDF-heute⁸², Handelsblatt⁸³ oder auch dpa⁸⁴.

Es gelang uns zudem, auch im Vorfeld und während der gesamten COP27 mit unseren Hintergründen und Forderungen große Medienresonanz zu erzeugen. Besonders gefragt waren wir in den Folgemonaten überdies bei klimapolitischen Themen der Bundesregierung wie dem

80 <https://ccpi.org>

81 <https://www.tagesschau.de/ausland/klimaschutzindex-107.html>

82 <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/klimaindex-2023-deutschland-faellt-zurueck-video-100.html>

83 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/erderwaermung-deutschland-fordert-von-allen-mehr-klimaschutz-aber-wie-gut-sind-wir-eigentlich-im-weltweiten-vergleich/28805854.html>

84 https://www.t-online.de/nachrichten/klima-und-umwelt/id_100079936/deutschland-im-rennen-um-besten-klimaschutz-zurueck-gefallen.html

Gebäudeenergiegesetz⁸⁵ oder z. B. dem Klima-Finanzgipfel in Paris⁸⁶. Aber auch zu Themen wie dem deutschen und dem EU-Lieferkettengesetz⁸⁷ oder Antibiotikaresistenzen durch industrielle Tierhaltung waren wir stark nachgefragte und viel zitierte Gesprächspartner:innen – auch in Fachmagazinen wie dem Deutschen Ärzteblatt⁸⁸.

Überdies haben einige unserer Projekte über den gesamten Berichtszeitraum immer wieder die Medien beschäftigt. Dies waren zum einen unsere Indizes mit weltweit jeweils mehreren Tausend Zitierungen (obwohl es keinen aktuellen Klima-Risiko-Index gab, wurde der letzte von 2021 fast so oft zitiert wie der aktuelle Klimaschutz-Index) und zum anderen der Fall Saúl Luciano Lliuya gegen RWE, der erneut in vielen deutschen und internationalen Leitmedien mit Reportagen beleuchtet wurde (u. a. über 7 Seiten im „Stern“, Ausgabe 45/2022) – obwohl es im Berichtszeitraum keine Gerichtsverhandlung dazu gab. Auch ARTE griff das Thema umfassend auf, u. a. in der Reportage „Peru: Ein Bauer gegen RWE“⁸⁹.

Große Fortschritte bei der Medienkompetenz

Viele Germanwatch-Kolleg:innen in den politischen Bereichen haben in puncto Medienkompetenz einen großen Schritt nach vorn gemacht. Dies gelang durch interne Schulungen zu Interviews, O-Tönen und Pressemitteilungen sowie mit Hilfe eines externen Mediencoaches.

Hinsichtlich ihrer Medienkompetenz haben viele Kolleg:innen im Berichtszeitraum gute Fortschritte gemacht. Zum einen hat die Pressestelle wiederholt In-House-Schulungen zu den Themen Pressemitteilungen und Interviews/O-Töne angeboten, die sehr gut angenommen wurden. Zum anderen wurde für zwei kleinere Gruppen auch eine Interview-Schulung mit einem erfahrenen externen Coach organisiert. Das Feedback dazu war durchweg sehr positiv und in nachfolgenden Interviews und O-Tönen waren bei mehreren Kolleg:innen auch große Verbesserungen festzustellen. Wir formulieren meistens deutlicher auf den Punkt und können Botschaften und Narrative, die zu den Fakten und unseren Wertungen passen, besser setzen. Diese Fortschritte sind für eine Organisation, die ihre Zielgruppen effizient erreichen und auch überzeugen will, essenziell. Unsere wissenschaftsbasierte Arbeitsweise verleitet manchmal zu überkomplexer Kommunikation. Viele Kolleg:innen haben nun gelernt, wie man auch Komplexes einfacher, greifbarer und eingängiger kommunizieren kann ohne es zu verfälschen. Diese Fähigkeiten müssen wir in Zukunft verfestigen und vertiefen.

Ausblick: Ein großer Fokus auf Europawahl

Wir arbeiten mit Hochdruck an Strategien, um unsere Expert:innen aus den politischen Bereichen noch besser in der Medienlandschaft zu präsentieren. Unsere thematischen Fäden laufen 2024 zusammen: Die Europawahl darf kein Rückschlag für gemeinwohlorientierte Politik werden.

Neben den zentralen Weichenstellungen und Entscheidungen in unseren Themenfeldern wird uns im kommenden Berichtszeitraum insbesondere die Europawahl beschäftigen. Wie schaffen wir es, vor dem Hintergrund von weniger starker Unterstützung für die Klimathemen und eines vielerorts zu beobachtenden Rechtsrucks die Aufmerksamkeit der Menschen bei dieser entscheidenden Wahl auf die vor uns liegenden klimapolitischen Herausforderungen sowie die Relevanz der Umsetzung der Menschenrechte zu lenken? Wie können wir Überzeugungsarbeit dafür leisten, dass ambitionierte Vorgaben in der Landwirtschaft so gestaltet werden müssen, dass sie zugleich für die

85 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/heizungsgesetz-kritik-100.html>

86 <https://www.ardmediathek.de/video/phenix-der-tag/david-ryfisch-zum-neuen-globalen-finanzpakt/phenix/Y3JpZDovL3Bob-2VuaXguZGUvMzE3ODM4NQ>

87 <https://taz.de/Das-Lieferkettengesetz-kommt/15897432/>

88 <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/140586/Verbaende-Antibiotika-in-Tierhaltung-stark-reduzieren>

89 <https://www.arte.tv/de/videos/113835-000-A/peru-ein-bauer-gegen-rwe/>

Landwirt:innen und die entsprechenden Regionen belastbare Zukunftsperspektiven aufbauen; und dass die Vorgaben für Lieferketten von Unternehmen und die Klimapolitik eben keine unnötigen Belastungen sind, sondern neben dem Schutz von Menschen einen enormen Beitrag zum Aufbau der Resilienz in betroffenen Regionen und für die jeweilige Lieferkette leisten? Und wie gehen wir mit aktiver und überzeugender Kommunikation gegen diejenigen Lobbykräfte vor, die die Arbeit und Wirksamkeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aggressiv untergraben wollen – insbesondere vor großen und entscheidenden Wahlen? Mit diesen und weiteren Fragen werden wir uns in den kommenden zwölf Monaten beschäftigen. Dabei wollen wir noch mehr als bisher bereichsübergreifend denken, also klassische Medienarbeit wo immer es geht mit Social-Media- und weiteren Kommunikations-Aktivitäten verbinden (siehe „Kommunikation und Fundraising“ ab Seite 60).

Auch bei der Weiterbildung der Kolleg:innen wollen wir nicht nachlassen. Es gilt, sowohl neuere Mitarbeiter:innen fit für die Medienarbeit zu machen als auch unsere erfahrenen Expert:innen dabei zu unterstützen, in Interviews, bei O-Tönen und beim Entwerfen von Pressemitteilungen in Zusammenarbeit mit dem Pressebereich noch prägnanter und – wenn nötig – sicherer zu werden. Dafür werden wir weitere In-House-Seminare und ggf. auch Schulungen mit externer Unterstützung anbieten. Wir wollen ebenfalls noch besser dabei werden, Journalist:innen neugierig auch auf zunächst komplexe Sachverhalte zu machen, die Themen verständlich auf den Punkt zu bringen und unsere Kernbotschaften überzeugend zu vermitteln. Dabei wollen wir weiterhin die Qualitäten besonders zur Geltung bringen, für die uns viele Medien schätzen: wissenschaftsbasierte Analyse und überlegte, abwägende Bewertung, die in der Regel nicht Schwarz-Weiß malt und auch Gegenargumente konstruktiv aufgreift.

Mitarbeiter:innen



Stefan Küper

Pressesprecher,
Bereichsleiter Pressearbeit



Katarina Heidrich

Pressereferentin

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof.

Kommunikation und Fundraising

Vielleicht ist es Ihnen schon aufgefallen: Das Team „Öffentlichkeitsarbeit, Mitglieder- und Spendenservice“ hat sich umbenannt und präsentiert sich seit neuestem unter dem Bereichsnamen „Kommunikation und Fundraising“. Im Rahmen der Germanwatch-Organisationsentwicklung möchten wir so der Weiterentwicklung des Teams und unserer vielfältigen und gewachsenen Kommunikationsexpertise Ausdruck verleihen, mit der wir die Arbeit der gesamten Organisation unterstützen.

Auch den **Dialog mit unseren Mitgliedern und Unterstützer:innen** werden wir weiter pflegen und freuen uns bei allen Fragen und Anregungen von Ihnen zu hören. An wen Sie sich am besten mit Ihrem Anliegen wenden können, finden Sie am Ende des Kapitels.

In den vergangenen Monaten haben wir in einem intensiven Prozess gemeinsam mit internen und externen Expert:innen eine **Fundraising-Strategie** entwickelt, mit der wir die Finanzierung von Germanwatch in den kommenden Jahren auf eine breitere Basis stellen wollen, um unsere politische Wirksamkeit dauerhaft zu sichern. Möchten Sie Germanwatch bei der Umsetzung dieser für uns so vitalen Strategie fördern? Sprechen Sie uns gerne an!

Auch in diesem Berichtsjahr konnten wir wieder viel erreichen: von Kampagnen über neue Formate bis hin zu der Einbettung politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen, die sich auf unsere Kommunikationsarbeit auswirken – einen kleinen Einblick in ausgewählte Aktivitäten gewähren wir im Folgenden.

Globale Nachbarschaft in der Klimakrise

Globale Nachbarschaft: Die Klimakrise kennt keine Grenzen.

- ➔ Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen
- ➔ Unterstütze Saúl Luciano Lliuya
- ➔ Unterschreibe unsere Petition, erzähle es weiter und setze damit ein Zeichen für Klimagerechtigkeit!

Vom Ahrtal bis zu den Anden – überall bekommen Menschen die katastrophalen Folgen des Klimawandels zu spüren. Saúl Luciano Lliuya aus der Andenstadt Huaraz beobachtet seit Jahren mit Sorge, wie ein Gletschersee oberhalb der Stadt bedrohlich anwächst. Jeden Tag könnte es zu einer Flutkatastrophe kommen, von der seine Familie und über 50.000 Bewohner:innen von Huaraz betroffen wären. Als einer der größten Treibhausgasemittenten Europas trägt RWE zu diesem Risiko bei. Ungefähr 10.000 km Luftlinie liegen zwischen dem Hauptsitz von RWE in Essen und Saúl Luciano Lliuyas Haus. Doch die Emissionen des Konzerns machen an keiner Landesgrenze halt. Deswegen hat Saúl Luciano Lliuya im Jahr 2015 Klage eingereicht. RWE hat 0,5 % der globalen Klimakrise verursacht. RWE soll 0,5 % der notwendigen Schutzmaßnahmen für das Haus von Saúl in Huaraz finanzieren. Da die Nachbar:innen in NRW und Rheinland-Pfalz ebenso vom CO₂-Ausstoß von RWE betroffen sind wie die globalen Nachbar:innen, etwa in Peru, handelt es sich um einen globalen Nachbarschaftsstreit.



Weltweit stehen globale Nachbar:innen an der Seite von Saúl Luciano Lliuya. (Fotos: Germanwatch/Privat)

Saúl Luciano Lliuya handelt mit seiner Klage nicht nur für sich und die Menschen in Huaraz, sondern

für uns alle. Seit acht Jahren setzt er sich vor Gericht für Klimagerechtigkeit ein. Höchste Zeit, ihm zu demonstrieren, dass er nicht allein ist. Unsere Kommunikations-Kampagne „Globale Nachbarschaft in der Klimakrise“⁹⁰, die wir 2022 starteten, gibt die Möglichkeit, sich mit Saúl Luciano Lliuya zu solidarisieren. Mit einer Unterschrift und einer persönlichen Nachricht kann man dem Klimakläger zeigen, dass überall auf der Welt globale Nachbar:innen sind, die ihn unterstützen. Viele Menschen aus der ganzen Welt haben bereits unterschrieben und Saúl Luciano Lliuya ermutigende Nachrichten zukommen lassen. Diese geben ihm Kraft für die nächsten wichtigen Schritte im Verfahren: Die Klage⁹¹ befindet sich in der Beweisaufnahme. Nach dem gerichtlichen Ortstermin in Huaraz im Sommer 2022, wartet Saúl Luciano Lliuya nun auf das entscheidende Gutachten zum Flutrisiko und auf den Termin für eine mündliche Verhandlung am Oberlandesgericht Hamm.

Zukunftsfähig: Der neue Germanwatch-Podcast für eine nachhaltige globale Gesellschaft



Einmal gehört, nie mehr vergessen: Mit dem Germanwatch-Podcast komplexe Themen einfach verstehen

und Wirtschaft – sie sind im Sinne guter Advocacy von Expert:innen für Expert:innen geschrieben. Zusätzlich möchten wir mehr Formate entwickeln, die nicht durch eine zu große fachliche Tiefe charakterisiert sind. Viele gute Erfahrungen haben wir hier bereits mit unserem Mitgliedermagazin EINBLICK gesammelt, mit dem wir primär Unterstützer:innen, Verbraucher:innen und Germanwatch-Mitglieder ansprechen. Diesen Pfad möchten wir mit dem neuen Podcast konsequent weiter beschreiten. In Gesprächen mit Kolleg:innen und externen Gäst:innen – seien es Projektpartner:innen, Expert:innen oder auch Gesprächspersonen mit entgegengesetzten Positionen – zeigen wir uns als nahbare Fachleute, teilen und erklären unser Wissen mit unseren Hörer:innen. Mithilfe des neuen Formats können wir den Bekanntheitsgrad und die Reichweite von Germanwatch und der Vielzahl unserer Projekte steigern und uns als vertrauenswürdige Wissensquelle für komplexe politische Themen zeigen. Unsere Hörer:innen lernen Germanwatch als mutige und lösungsorientierte Organisation kennen und können anschließend bei Diskussionen mitreden – der Grundstein, um als Unterstützer:innen, Engagierte, im Beruf und an der Hochschule, als Entscheidungsträger:innen oder Partner:innen aktiv zu werden. Ganz nach unserem Motto: Hinhören. Analysieren. Einmischen.

Der Podcast liebt komplexe Fragen und unkonventionelle Lösungen für aktuelle Themen und Probleme. Ob Klima, Landwirtschaft, Digitalisierung, Bildung, Ressourcengerechtigkeit – wir sprechen mit Macher:innen und Expert:innen, suchen Antworten und haken nach, bis wir es verstanden haben!

Mit der Reihe „Zwischen Hugs und Bites“ zum Thema nachhaltige Digitalisierung fiel im August 2022 der Startschuss für die Produktion unseres Podcasts „Zukunftsfähig“⁹². Was zunächst als gemeinschaftliches Projekt zwischen vereinzelt Germanwatch-Bereichen begann, entwickelte sich in den folgenden Monaten zu einer ganz neuen Kommunikationsmaßnahme, mit der wir unsere Themen weiteren Personenkreisen zugänglich machen können.

Unsere Fachpublikationen richten sich oft gezielt und möglichst verständlich an Entscheidungsträger:innen aus Politik

⁹⁰ <https://rwe.climatecase.org/de/mitmachen>

⁹¹ <https://rwe.climatecase.org/de/rechtliches>

⁹² <https://www.germanwatch.org/de/podcast-zukunftsfahig>

Soziale Medien: Reflektierte Kommunikation und kritische Auseinandersetzung

Wir verfolgen die besorgniserregenden Entwicklungen von Plattformen wie X (ehemals Twitter) und diversifizieren unsere Social-Media-Kanäle. Mit der politischen Dimension im Blick und der Digitalisierungs-Expertise hinterfragen wir unseren Auftritt kritisch, informieren und geben Empfehlungen.

Da Germanwatch im Berichtszeitraum die Plattformen X, LinkedIn, Mastodon, Facebook und YouTube aktiv in der Kommunikationsarbeit nutzte, beziehen sich die untenstehenden Ausführungen vorrangig auf diese Dienste. Wo Sie uns folgen können und wie Sie auch regelmäßig unsere Informationen erhalten, finden Sie auf der folgenden Seite kompakt zusammengefasst.



Das vergangene Jahr war die ereignisreichste Zeit seit langem im Ökosystem der Social-Media-Plattformen: Der Tech-Unternehmer Elon Musk übernahm im Oktober 2022 Twitter – jetzt X genannt – und hat seitdem weitreichende Veränderungen an Unternehmen und Produkt vorgenommen. Expert:innen beobachten besorgt, dass seither die Inhalte von Klimawandel-Leugner:innen und Verschwörungstheoretiker:innen bevorzugt ausgespielt werden, während die Reichweite der Zivilgesellschaft und Accounts, die sich mit guten Argumenten für mehr Klimaschutz einsetzen und eindeutig dem demokratischen Spektrum zuzuordnen sind, stagnieren oder abnehmen. Twitter-Alternativen wie Mastodon oder Bluesky verzeichneten Zuwachs an Nutzer:innen, konnten sich aber bisher nicht als Alternative in der Breite etablieren.

Auch der Facebook-Mutterkonzern Meta veröffentlichte im Juli 2023 eine eigene Microblogging-Plattform im Stile von Twitter unter dem Namen „Threads“, die zum Ende des Berichtszeitraums aber aufgrund von europäischen Datenschutzrichtlinien User:innen in der EU noch nicht zugänglich ist.

Folgen der Plattform-Entwicklungen für die Kommunikationsarbeit von Germanwatch












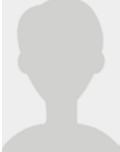


Für die Kommunikationsarbeit von Germanwatch ergibt sich aus der politischen Dimension dieser Entwicklungen die Notwendigkeit, die eigene Plattformstrategie zu reflektieren und die notwendigen Anpassungen sowie Ergänzungen vorzunehmen, um sich in keine Abhängigkeit von einzelnen Netzwerken zu begeben. Intern werden bei Germanwatch immer wieder aktuelle Entwicklungen im Spannungsfeld zwischen Sichtbarkeit und Deutungshoheit im Online-Diskurs und inhaltlicher Konsequenz mit Blick auf die Kritik an den großen Digitalkonzernen diskutiert. Dies kann auch zur Folge haben, dass wir unsere Kommunikationsarbeit in den sozialen Medien durch die Hinzunahme weiterer Plattformen ergänzen. Im November 2022 richteten wir so einen Germanwatch-Account auf der dezentralen Plattform Mastodon ein, um unsere Social-Media-Kommunikation zu diversifizieren.

Verbesserte Reporting-Prozesse und die Etablierung zusätzlicher organisationsinterner wie -übergreifender Austauschformate helfen uns, zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Wir haben in internen Workshops die Mitarbeiter:innen von Germanwatch über die aktuellen Entwicklungen der sozialen Plattformen aufgeklärt und im Mai 2023 ein neues Workshop-Format in Kooperation mit den Social-Media-Expert:innen der Allianz pro Schiene etabliert, um an diesem Beispiel zu testen, wie wir eine Thematik auch organisationsübergreifend in Netzwerken adäquat beleuchten. Auch in Zukunft werden wir weiterhin unsere Social-Media-Arbeit kritisch reflektieren und falls nötig anpassen oder ergänzen.

Unser vielfältiges Angebot

Informiert bleiben	<p>Newsletter Germanwatch° Kompakt</p>  <p>www.germanwatch.org/de/GermanwatchKompakt</p>	<p>Themenvielfalt von Germanwatch</p>  <p>www.germanwatch.org/de/unsere-themen</p>	<p>Erfolge & Meilensteine</p>  <p>www.germanwatch.org/de/erfolge</p>	<p>Blog-Beiträge</p>  <p>www.germanwatch.org/de/blog</p>	<p>Transparenz & Vertrauen</p>  <p>www.germanwatch.org/de/transparenz-und-vertrauen</p>
	<p>Aktiv werden (Petitionen, Tipps etc.)</p>  <p>www.germanwatch.org/de/aktiv-werden</p>	<p>Mitglied werden</p>  <p>www.germanwatch.org/de/foerdermitglied-werden</p>	<p>Publikationen bestellen/ herunterladen</p>  <p>www.germanwatch.org/de/publikationen</p>	<p>Veranstaltungen</p>  <p>www.germanwatch.org/de/termine</p>	<p>Spenden</p>  <p>www.germanwatch.org/de/spenden</p>
	<p>LinkedIn</p>  <p>www.linkedin.com/company/germanwatch</p>	<p>Facebook</p>  <p>www.facebook.com/Germanwatch/</p>	<p>Twitter / X</p>  <p>twitter.com/i/flow/login?redirect_after_login=%2Fgermanwatch</p>	<p>Youtube</p>  <p>www.youtube.com/germanwatch</p>	<p>Mastodon</p>  <p>mastodon.bits-und-baeume.org/@germanwatch</p>

Mitarbeiter:innen

	Hanna Fuhrmann Bereichsleiterin Kommunikation und Fundraising		Pascal Molinario Bereichsleiter Kommunikation und Fundraising		Dr. Marlene Becker Referentin für Klimaklage-Kommunikation
	Jean David Hübner Referent für Fundraising, Mitglieder- und Spendenservice		Fabian Kaske Referent für digitalen Dialog		Janina Longwitz Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit
	Christian Marquardt Referent für Social Media und Community Management		Juliana Maurer Referentin für Kommunikationsdesign (seit 09/2022)		Tobias Regesch Referent für digitale Kommunikation
	Tobias Rinn Referent für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit		Caroline Schroeder Referentin für Klimaklage-Kommunikation		Elisa Thomaset Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit
	Antonia Koch Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2023/2024 (seit 08/2023)		Niklas Schweitzer Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (bis 07/2023)		

Mit Unterstützung von Ljiljana Djuric, Lena Hildebrand, Lukas Kiefer und Andrea Taubert.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Lennart Wenning.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof.

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit ausgewählten Organisationen, Partnern und Persönlichkeiten zusammen – sei es, weil wir sie als Dialogpartner schätzen oder unter dem Aspekt ihrer wichtigen strategischen Rolle für gemeinsame Ziele. Dadurch können wir viele Verstärkungseffekte für uns erzielen, andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen und von ihnen lernen.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, im Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-Mitarbeiter:innen oder Vorstandsmitglieder bei folgenden Partnerorganisationen oder Plattformen inne:

Bits & Bäume-Netzwerk +++ Bündnis ZukunftsBildung +++ Climate Action Network (CAN) | CAN Int. +++ CAN EU +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO₂GeoNet +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Initiative Lieferkettengesetz +++ Klima-Allianz +++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Runder Tisch Reparatur +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

In vielen dieser Netzwerke sind wir schwerpunktmäßig mit einzelnen unserer politischen Teams aktiv (siehe Kapitel C „Unsere Arbeit“). Andere haben eine teamübergreifende Relevanz, etwa die Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss im Kontext der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, an der die Vorstandsvorsitzende Silvie Kreibehl teilnimmt, oder Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany oder die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. In letzteren beiden sind wir mit unserem Ehrenvorsitzenden Klaus Milke im Lenkungsgremium vertreten.

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Allianz für Weltoffenheit +++ Allianz pro Schiene +++ Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ +++ AMR (Antimicrobial Resistance) Stakeholder Network +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Erlassjahr.de +++ EU-Russia Civil Society Forum +++ Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tckctck Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Green Legal Impact +++ Greenskies +++ LAG21 – Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ Transport & Environment (T&E) +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Arbeitsgruppen, Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch e. V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.



Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch einzelne strategische Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Mehr als 30 Zustifter:innen haben inzwischen den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert. Die Stiftung steht seit 2015 für die Anwalts-, Gerichts- und Gutachtenkosten ein, die die Klimaschutzklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE verursacht. In den letzten Jahren hat die Stiftung zudem eine zentrale Rolle gespielt, um die Stiftungsplattform F20 zu etablieren – ein internationales Netzwerk von Stiftungen, welche die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und eine Umsetzung der 2030-Agenda mit den SDGs auf die G20-Länder fokussiert voranbringen will.



Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle Unterstützer:innen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies nicht auf dem Wege einer zeitnah zu verbrauchenden Spende an Germanwatch e. V., sondern mit einer Zustiftung machen möchten.



Seit Mitte der 1990er-Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle Verbraucher:innen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in diese Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertreter:innen des Bundesumweltministeriums die Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



E Finanzbericht – Kalenderjahr 2022

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Das Jahresergebnis 2022 weist einen Fehlbetrag in Höhe von -131.130,80 Euro auf. Dieser Fehlbetrag erklärt sich aus den im Jahr 2022 erstmals gebildeten Urlaubsrückstellungen für Personalausgaben aufgrund der wachsenden Anzahl der Mitarbeiter:innen. Durch die großen Anstrengungen für ein ansonsten positives Ergebnis war Germanwatch für die finanzielle Änderung im Jahr 2022 gut vorbereitet, die Differenz konnte mit einer entsprechenden Entnahme aus den in vorherigen Jahren gebildeten freien Rücklagen ausgeglichen werden.

Mit dem Jahresergebnis 2022 liegen die Rücklagen von Germanwatch bei knapp unter einer Million Euro, was weiterhin in etwa den Ausgaben von zwei Monaten entspricht. Die Rücklage ist für die Arbeitsfähigkeit von Germanwatch von großer Bedeutung. Sie ist insbesondere notwendig als Risikopuffer, etwa bei verbindlichen Vertragszusagen wie Miet- und Arbeitsverträgen, sowie als Liquiditätspuffer, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber:innen Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung treten und diese Projekte damit durchführen zu können. Ideal wäre es, wenn eine Organisation wie Germanwatch Rücklagen in Höhe der Ausgaben von 4 – 6 Monaten der Gehalts- und Mietkosten vorhalten könnte, u. a. um die Arbeitsplatzsicherheit unserer Mitarbeiter:innen zu erhöhen und damit noch besser zu gewährleisten, dass Germanwatch auch weiterhin mit einem hochqualifizierten Team erfolgreich arbeiten kann.

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2022 betrugen 7.347.543,36 Euro (+ 23,38 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 92 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Gegenüber 2021 ist der Umfang des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ um 90 % gestiegen, da sich die Anzahl der Lizenznehmer für den Klimaschutz-Index erhöht hat sowie neue Aufträge wie z. B. für Beratungsgesellschaften hinzugekommen sind. Das Volumen der Projekte im „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ ist gegenüber dem Vorjahr um 12 % (vgl. Tab. E.2b bzw. E.2c) gesunken. Die Zuordnung zu den verschiedenen wirtschaftlichen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z. B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Von Gebern erhaltene Einnahmen zur Weiterleitung an Partner:innen für deren Arbeit in Kooperationsprojekten finden sich nicht direkt in den Einnahmen für und Ausgaben von Germanwatch wieder. Für diese „externe Projektarbeit“ hat Germanwatch Gelder in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro erhalten und an Partnerorganisationen weitergeleitet.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel bleibt unverändert hoch (vgl. Tab. E.2a-c). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; gleichzeitig ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung der Aktivitäten von Germanwatch.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen leichten Anstieg auf 106.429,59 Euro aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahl (von 878 auf 897 im Jahr 2022). Mit 744.920,67 Euro blieben die allgemeinen und zweckgebundenen Spenden in 2022 in etwa auf Vorjahresniveau. Bei den zweckgebundenen Spenden handelt es sich überwiegend um Projektgelder, die Germanwatch von Gebern wie

beispielsweise der Barthel Stiftung, der Stiftung Neue Energie (GLS Treuhand), sowie der Postcode Lotterie erhielt.

Die Mitgliedsbeiträge und allgemeinen Spenden machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil der Einnahmen aus. Diese nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir nutzen sie z. B., um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zugunsten unserer am Gemeinwohl orientierten Ziele zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren oder zu kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit von Germanwatch zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für eine hohe Wirksamkeit der Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden. Hierzu zählen beispielsweise Aktivitäten, mit denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spender:innen, allen Zuschussgebern (vgl. Tab E.2a.) sowie Zustifter:innen der Stiftung Zukunftsfähigkeit und der Germanwatch-Stiftung gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleisteten ehrenamtlichen Beiträge und die ausdauernden Anstrengungen unserer Mitarbeiter:innen, Freiwilligen und Praktikant:innen, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

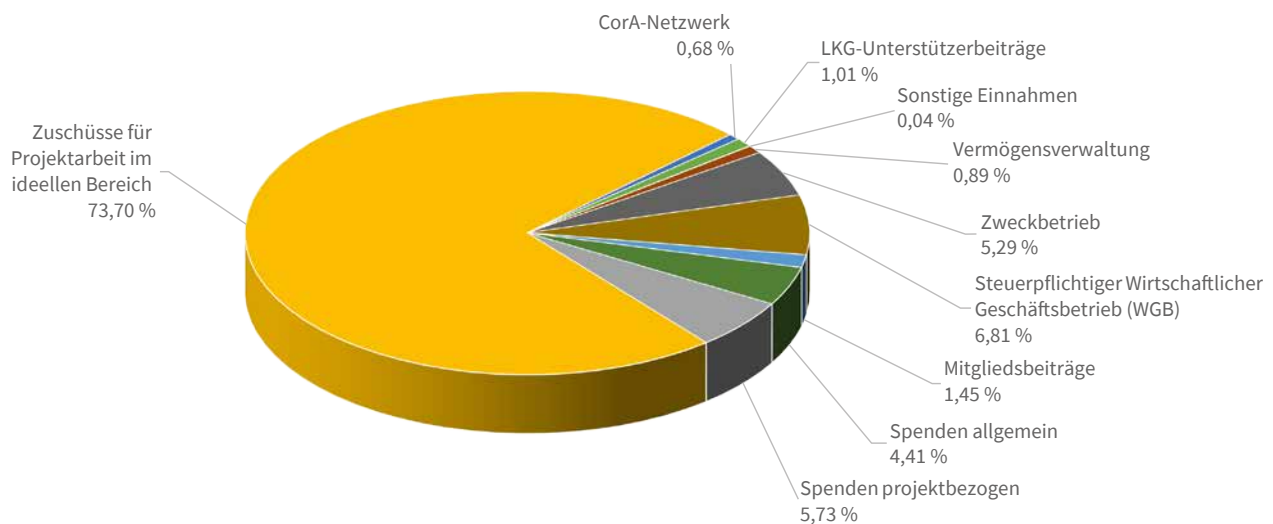


Abb. E.1: Einnahmen
(Abkürzungen: CorA: Corporate Accountability Netzwerk, LKG: Initiative Lieferkettengesetz)

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen, also die Ausgaben nach den bei uns relevanten Tätigkeitsbereichen. Mit einem Umfang von 6.359.577,53 Euro – dies entspricht 87,4 % der Gesamtausgaben – entfällt der weitaus größte Bereich der Arbeit von Germanwatch auf die unmittelbare Projektarbeit. Diese teilt sich in der Zuordnung zu unseren fünf politischen Bereichen wie folgt auf: IKP – Internationale Klimapolitik (33,6 % der gesamten Ausgaben), DEK- Deutsche und Europäische Klimapolitik (26,2 %), UV – Unternehmensverantwortung (7,8 %), BNE – Bildung für Nachhaltige Entwicklung (6,2 %), WLH – Welternährung, Landnutzung und Handel (5,1 %). Zusätzlich entfallen 8,4 % auf teamübergreifende Projektaktivitäten, wobei auch im Rahmen der meisten anderen Projektaktivitäten eine regelmäßige teamübergreifende Kooperation erfolgt.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil nach wie vor die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) ausmachen, mit zusammengekommen 5.322.600,85 Euro (entspricht circa 72 % der Gesamtausgaben aus laufender Tätigkeit). Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit.

In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend als Fachautor:innen für einzelne Spezialthemen sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Unsere Arbeit soll vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im Globalen Süden, zu Gute kommen. Hierfür konzentrieren wir uns darauf, Veränderungen in der Politik und Wirtschaft des Globalen „Nordens“ zu erreichen, um deren weltweite Auswirkungen zu verbessern (Schaden zu minimieren, Transformation fördern). Und dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z. B. Infrastrukturprojekte mit Partner:innen im Projektland finanzieren. Im Jahr 2022 gab es gegenüber dem Vorjahr bei den Personalkosten einen Anstieg – dieser war primär durch mehr Projektaktivitäten und den damit verbundenen größeren Arbeitsumfang einer gestiegenen Anzahl von hauptamtlichen Mitarbeiter:innen begründet (69,4 Vollzeitäquivalente – VZÄ im Jahr 2022 gegenüber 60,5 VZÄ im Jahr 2021, entspricht + 14,7 %). Des Weiteren wurden durch die Normalisierung der Corona-Situation wieder mehr Veranstaltungen in Präsenz möglich, was sich gleichzeitig in erhöhten Reisekosten und Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit gegenüber dem pandemiegeprägten Vorjahr widerspiegelt.

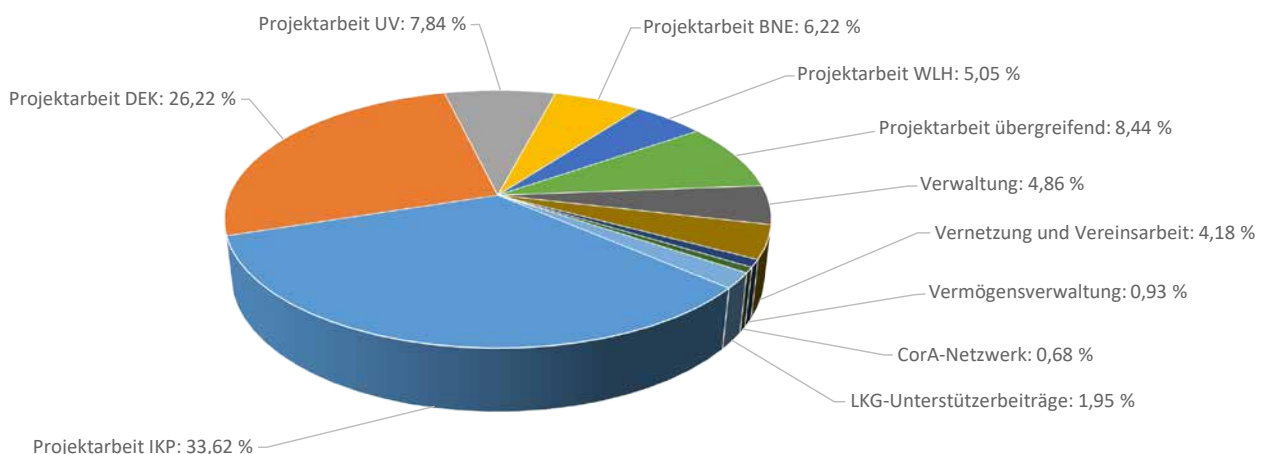


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen (Erläuterung der Abkürzungen siehe Text oben)

Unsere Geschäftsbeziehungen orientieren sich daran, wie wir unter Beachtung externer und interner Richtlinien einschließlich des Gebots von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit eine möglichst hohe Wirksamkeit beim Erreichen unserer satzungsmäßigen Ziele erlangen. In Einzelfällen und unter Sicherstellung des Vieraugenprinzips kann dies auch beinhalten, dass Geschäfte mit anderen Institutionen getätigt werden, bei denen Vorstandsmitglieder Beteiligungen und/oder Zeichnungsberechtigungen haben.

Entsprechende Vorgänge möchten wir der Transparenz halber freiwillig offenlegen. Im Berichtszeitraum 2022 gab es zwischen Germanwatch und der gemeinnützigen GmbH „CLIMCOM Berlin – Climate & Company – the private Institute for climate research and training“, an der unser Vorstandsmitglied Ingmar Jürgens eine Minderheitsbeteiligung hält und als Geschäftsführer zeichnungsberechtigt ist, folgende Geschäftsvorgänge (hierbei handelt es sich nicht um sogenannte In-Sich-Geschäfte nach BGB §181):

- Im von Climate & Company durchgeführten Projekt „Land use + Deforestation“ führte Germanwatch Leistungen aus und erhielt dafür eine Vergütung in Höhe von 56.074,77 Euro.
- Im von Germanwatch koordinierten Projekt „G7-G20 Track 2 Dialogue“ war Climate & Company als Projektpartner beteiligt und erhielt für die Durchführung seines Arbeitspakets eine Mittelweiterleitung in Höhe von 72.613,02 Euro.

Im Rahmen der Anpassung unserer Prozesse wurde zwischen Vorstand und Geschäftsführung vereinbart, dass zukünftig alle Geschäftsvorgänge dieser Kategorie vor Unterzeichnung im Vorstand offengelegt und genehmigt werden.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2022 weist einen Fehlbetrag in Höhe von -131.130 Euro auf (Vorjahr: -3.127 Euro). Trotz des negativen Betrags aufgrund der gebildeten Rückstellungen für Personalausgaben im Folgejahr können wir den eingangs beschriebenen Puffer weiterhin zum größten Teil sicherstellen und damit ein wichtiges Signal für Arbeitsplatzsicherheit an die Mitarbeiter:innen senden, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sog. Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2022 wurde von der Weckbecker&Partner Steuerberatungsgesellschaft mbH in enger Zusammenarbeit mit Germanwatch erstellt. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2021 über Körperschaftssteuer vom 28.10.2022 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2022 und Vergleich zu 2021: ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (WGB)

	2021	2022
A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Miet- und Zinseinnahmen)		
Ideeller Bereich:		
1. Mitgliedsbeiträge	104.912,57 €	106.429,59 €
2a. Spenden allgemein	247.060,17 €	314.073,21 €
2b. Spenden projektbezogen	490.289,71 €	420.847,46 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	4.142.946,50 €	5.414.995,45 €
5a. Einnahmen CorA-Netzwerk	35.574,22 €	49.640,74 €
5b. Einnahmen LKG Unterstützerbeiträge (Initiative Lieferkettengesetz)	48.455,96 €	74.232,02 €
6. Sonstige Einnahmen	37.604,45 €	2.588,70 €
Zweckbetrieb und WGB:		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	204.050,49 €	388.818,60 €
8. Einnahmen WGB	570.678,84 €	500.373,77 €
	5.891.572,91 €	7.281.999,54 €
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Vermietung und Nebenkosten Geldverkehr)		
Ideeller Bereich:		
9. Löhne und Gehälter / Soziale Abgaben	3.891.443,64 €	4.775.363,22 €
10. Fremdhonorare	629.976,04 €	835.320,15 €
11. Miete / Mietnebenkosten	147.399,27 €	155.341,65 €
12. Abgaben / Versicherungen	20.663,96 €	15.423,56 €
13. Beiträge	14.376,91 €	18.599,33 €
14. Reisekosten	35.445,37 €	196.100,94 €
15. Instandhaltungen und Kleingeräte	20.645,83 €	41.229,05 €
16. Abschreibungen	62.018,40 €	82.678,19 €
17. Porto / Telefon / Internet	51.823,98 €	42.861,42 €
18. Kopierkosten / Bürobedarf	18.631,58 €	15.534,17 €
19. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	55.159,36 €	97.129,31 €
20. Bücher und Zeitschriften	5.118,69 €	2.690,07 €
21. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	52.894,30 €	93.660,97 €
22. Aufwendungen für Lizenzen	33.830,43 €	47.029,07 €
23. Sonstiges	78.636,28 €	96.429,17 €
Zweckbetrieb und WGB:		
24. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	217.357,63 €	407.781,83 €
25. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	551.333,52 €	484.521,49 €
	5.886.755,19 €	7.407.693,59 €

	2021	2022
C. Laufendes Ergebnis	4.817,72 €	-125.694,05 €
D. Einnahmen Vermögensverwaltung		
30. Miet- und Pachterträge	63.443,04 €	65.310,31 €
31. Zinseinnahmen	182,66 €	233,51 €
E. Ausgaben Vermögensverwaltung		
32. Anteilige Miete für Untermieter	63.232,09 €	64.280,40 €
33. Nebenkosten Geldverkehr	3.502,38 €	3.333,22 €
F. Ertragssteuerneutrale Posten	-4.836,53 €	-3.366,95 €
G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	-3.127,58 €	-131.130,80 €

	2021	2022
Gesamtergebnis: Einnahmen		
Ideeller Bereich	5.116.843,58 €	6.392.807,17 €
Ertragssteuerneutrale Posten	- €	- €
Vermögensverwaltung	63.625,70 €	65.543,82 €
Zweckbetrieb	204.050,49 €	388.818,60 €
WGB	570.678,84 €	500.373,77 €
Summe	5.955.198,61 €	7.347.543,36 €

	2021	2022
Gesamtergebnis: Ausgaben		
Ideeller Bereich	5.118.064,04 €	6.515.390,27 €
Ertragssteuerneutrale Posten	4.836,53	3.366,95 €
Vermögensverwaltung	66.734,47 €	67.613,62 €
Zweckbetrieb	217.357,63 €	407.781,83 €
WGB	551.333,52 €	484.521,49 €
Summe	5.958.326,19 €	7.478.674,16 €
Ergebnis	-3.127,58 €	-131.130,80 €

Übertrag	-131.130,80 €
Entnahmen aus freien Ergebnismrücklagen (§62 Abs. 1 Nr. 3 AO)	131.130,80 €
Ergebnisvortrag	- €

Tab. E.2a: Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2022 im Vergleich zu 2021

Zuschüsse privater Geber	2021	2022
Stiftung Mercator	383.315,28 €	741.191,19 €
European Climate Foundation (ECF)	460.252,17 €	738.058,01 €
Foundation for International Law for the Environment (FILE) über Stiftung Zukunftsfähigkeit	- €	341.589,53 €
Misereor	261.719,37 €	250.680,05 €
Brot für die Welt - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung	229.682,28 €	246.826,10 €
Robert Bosch Stiftung	97.287,44 €	127.463,55 €
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen	37.623,72 €	75.376,28 €
OAK Foundation über Swiss Philanthropy Foundation	49.498,64 €	47.498,36 €
atmosfair	83.455,10 €	31.415,79 €
Deutsche Bundesstiftung Umwelt über Umweltstiftung Michael Otto	- €	26.404,67 €
Joseph Rowntree Charitable Trust	- €	25.571,04 €
ECF über Powershift e.V.	- €	18.227,24 €
Humanity United Action (HUA)	87.606,87 €	- €
Mercator über Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft/ Klima- Allianz	82.615,00 €	- €
Frank Bold Society	24.040,00 €	- €
Sonstige	35.419,00 €	18.017,23 €
	1.832.514,87 €	2.688.319,04 €

Davon wurden in 2022 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 663.829,58 einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse öffentlicher Geber	2021	2022
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung		
(BMZ) / BMZ über Engagement Global (EG)	640.678,37 €	1.155.084,34 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und		
Verbraucherschutz (BMUV)	421.173,23 €	519.713,16 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	170.977,58 €	169.228,23 €
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	139.940,37 €	147.818,38 €
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) über GIZ	35.648,19 €	139.477,67 €
BMUV über Umweltbundesamt (UBA)	79.357,86 €	67.213,28 €
Europäische Kommission über Carbon Market Watch	26.746,04 €	64.841,80 €
BMZ über Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	165.054,25 €	53.661,96 €
BMUV über GIZ	52.733,24 €	52.693,66 €
BMZ / Engagement Global / Staatskanzlei NRW über Eine-Welt-Netz NRW	51.000,00 €	51.000,00 €

BMUV über PACJA	- €	50.169,99 €
BMUV über Humboldt-Viadrina Governance Platform	59.977,07 €	41.311,37 €
BMWK	131.888,14 €	39.141,69 €
BMZ über CARE Deutschland	129.875,68 €	35.987,57 €
BMUV über Technische Universität Berlin	- €	34.429,00 €
BMUV / GIZ über Wuppertal Institut	53.088,28 €	32.423,30 €
BMUV / GIZ über ZERO – Associação Sistema Terrestre Sustentável	- €	25.713,00 €
BMAS über GIZ	14.967,00 €	19.357,85 €
Europäische Kommission über Climate Action Network Europe	43.681,37 €	16.497,13 €
BMZ / Engagement Global / Land Berlin über Stiftung Nord-Süd-Brücken	53.250,00 €	- €
Bundeskanzleramt	40.394,96 €	- €
Sonstige	- €	10.913,03 €
	2.310.431,63 €	2.726.676,41 €

Davon wurden in 2022 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 479.392,11 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b: Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2022 im Vergleich zu 2021

Zweckbetrieb	2021	2022
Lizenznehmer CCPI	106.427,33 €	145.367,00 €
Climate&Company	- €	56.074,77 €
atmosfair	23.570,00 €	47.863,15 €
Solutions for Our Climate (SFOC)	- €	32.809,17 €
Lightcycle	33.630,39 €	32.403,85 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	- €	24.500,00 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	11.730,00 €	17.395,00 €
Sonstige Einnahmen	28.692,77 €	32.405,66 €
	204.050,49 €	388.818,60 €

Davon wurden in 2022 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 5.347,00 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2c: Einnahmen im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2022 im Vergleich zu 2021

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	2021	2022
Empowered UG	272.325,12 €	300.766,69 €
Department for Business, Energy & Industrial Strategy über CASA Alliance	210.358,11 €	175.188,68 €
ODI Sales Ltd.	- €	15.500,00 €
Die Grünen im Bayerischen Landtag	24.594,03 €	- €
Sonstige Einnahmen	63.401,58 €	8.918,40 €
	570.678,84 €	500.373,77 €

Davon wurden in 2022 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 116.978,82 einkommensneutral behandelt.

Tab E.3: Bilanz 31.12.2022 und Vergleich zum 31.12.2021

AKTIVA		2021	2022
A.	<u>Sachanlagevermögen</u>		
	1. Software	2,50 €	2,50 €
	2. Büroeinrichtung	29.800,00 €	45.444,00 €
	3. Computeranlagen	5.064,25 €	2.104,75 €
	4. Einbauten in fremde Grundstücke	7.553,00 €	5.690,00 €
	5. Sonstige Betriebsausstattung	6.460,00 €	4.036,00 €
		48.879,75 €	57.277,25 €
B.	<u>Finanzanlagen</u>		
	1. Sonstige Ausleihungen	40.853,10 €	40.853,51 €
C.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	989.053,61 €	1.054.158,92 €
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	174.467,83 €	179.369,32 €
	3. Flüssige Mittel	1.794.750,29 €	1.903.086,66 €
		2.958.271,73 €	3.136.614,90 €
D.	<u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u>	- €	- €
	<u>Summe Besitzposten</u>	3.048.004,58 €	3.234.745,66 €
PASSIVA		2021	2022
E.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	935.415,83 €	804.285,03 €
	b) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	147.836,21 €	147.836,21 €
		1.083.252,04 €	952.121,24 €
F.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	1.902,00 €	5.008,48 €
	Sonstige Rückstellungen	10.000,00 €	226.795,00 €
G.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	396.530,41 €	478.455,90 €
	3. Sonstige Verbindlichkeiten	106.964,40 €	92.831,19 €
H.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	1.442.643,47 €	1.472.821,59 €
	<u>Summe Schuldposten</u>	3.048.004,58 €	3.234.745,66 €
	<u>Vermögen des Vereins</u>		
	Vermögen des Vereins zum 31.12.2021		1.083.252,04 €
	Jahresfehlbetrag 2022		-131.130,80 €
	Vermögen des Vereins zum 31.12.2022		952.121,24 €

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung/Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
BIC/Swift: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE95 3702 0500 0003 2123 23

Weitere Informationen erhalten Sie unter
www.germanwatch.org
oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228/60 492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30/57 71 328-0, Fax -11

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.